

Beteiligungsbericht der Stadt Würselen Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2024



Amt 20
Finanzen und Controlling



Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2024 im Jahr 2026

Herausgeber: Stadt W ü r s e l e n
Der Bürgermeister
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

Bearbeitung: Yvonne Steffen
Telefon: 02405 67-2056
Internet: <http://www.wuerselen.de>
Mail: yvonne.steffen@wuerselen.de

Vorwort

Die Stadt Würselen legt mit dieser Ausgabe den **Beteiligungsbericht für das Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2024** vor, in dem alle 13 unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften und 5 mittelbaren Beteiligungsgesellschaften dargestellt werden. Sie gibt damit Auskunft über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts nach § 117 der Gemeindeordnung NRW.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Würselen soll die interessierten Leser, vor allem aber die Entscheidungsträger im Stadtrat und in der Verwaltung über die Struktur der bestehenden wirtschaftlichen Beteiligungen, insbesondere über

- den Gegenstand der Unternehmen,
- die organisatorische Struktur der Unternehmen,
- die Zusammensetzung und personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane,
- die Ziele der Stadt Würselen mit der Beteiligung,
- den zu erfüllenden öffentlichen Gesellschaftszweck,
- die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 2 Jahre,
- die Leistungen der Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und die Verbindungen zum städt. Haushalt,
- der Personalbestand jeder Beteiligung,

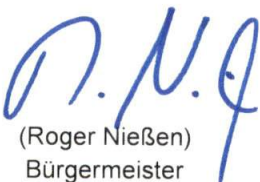
informieren, um sie damit bei ihrer verantwortungsvollen Steuerungsaufgabe als Aufsichtsratsvertreter oder Gesellschaftsvertreter unterstützen. Er soll aber darüber hinaus auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung ihrer Stadt geben.

Das betriebswirtschaftliche Zahlenmaterial stützt sich in der Regel auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des **Geschäftsjahres 2024**. Die Angaben zu den Aufsichts- und Entscheidungsgremien spiegeln den Stand zum 31.12.2024 der Besetzung durch den Rat der Stadt Würselen.

Die Anlagen erhalten unter anderem eine Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen zum Stand August 2025. Ergänzend soll die Darstellung der Berechnungsgrundlage der Bilanzkennzahlen die Transparenz erhöhen.

Der Beteiligungsbericht steht im Internet unter www.wuerselen.de, Stichwort Beteiligungsbericht, bzw. im Serviceportal unter <https://serviceportal.wuerselen.de> direkt zum Download zur Verfügung.

Würselen, am 02.06.2026


(Roger Nießen)
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	4
2	Beteiligungsbericht 2024	6
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	6
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	7
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Würselen	8
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	12
3.2	Beteiligungsstruktur	13
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	15
3.4	Einzeldarstellungen	16
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	16
3.4.1.1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	17
3.4.1.2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	21
3.4.1.3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	27
3.4.1.4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	31
3.4.1.5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	41
3.4.1.6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	63
3.4.1.7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH	72
3.4.1.8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	84
3.4.1.9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	89
3.4.1.10	d-NRW AöR	101
3.4.1.11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	112
3.4.1.12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	124
3.4.1.13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	130
3.4.1.14	KoPart eG	137
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	142
3.4.2.1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	142
3.4.2.2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	145
3.4.2.3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	147
3.4.2.4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	150

3.4.2.5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	157
4	Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen	162
5	Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen	163
6	Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen	173
7	Abkürzungsverzeichnis	174

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im

zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2024

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Würselen hat am 03.07.2025 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Würselen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Würselen hat am 02.06.2026 den Beteiligungsbericht 2024 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Würselen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Würselen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Würselen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Würselen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

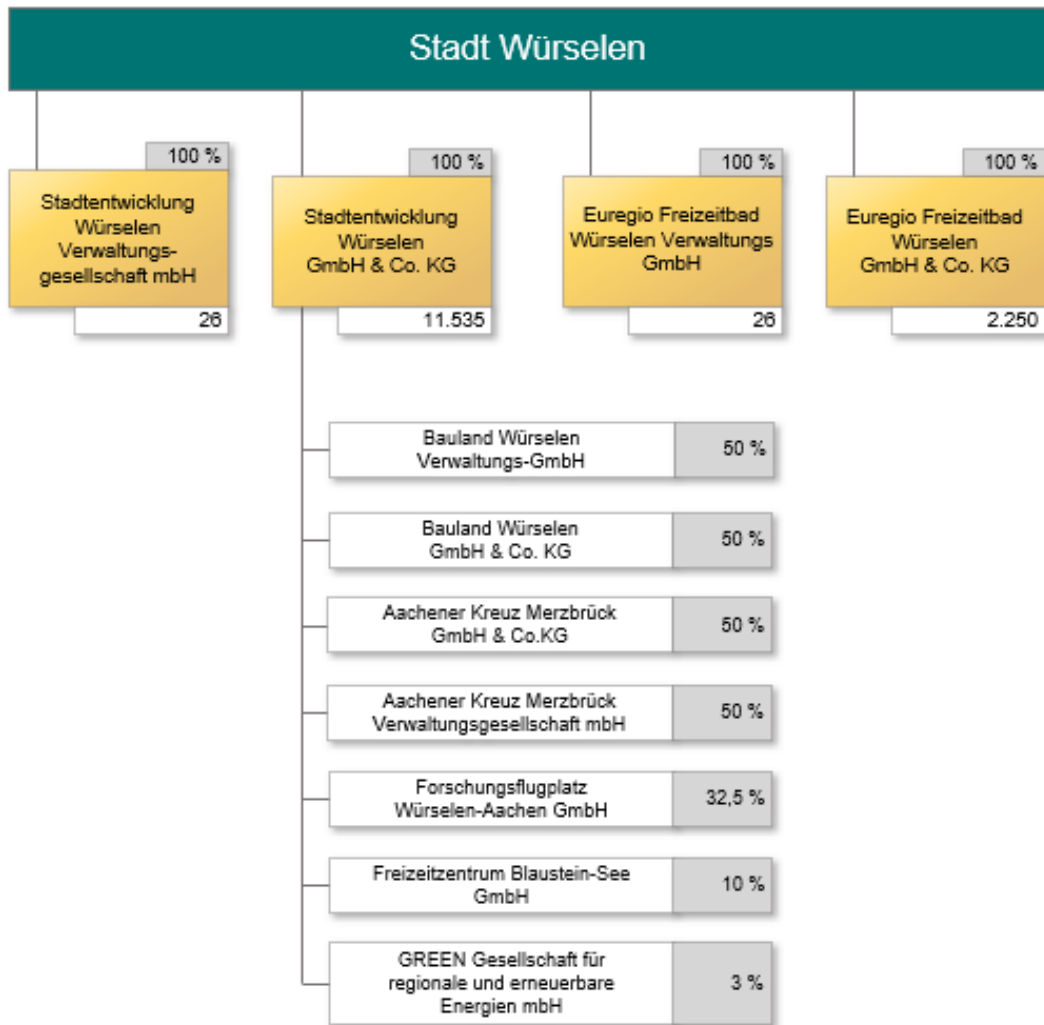
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Würselen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Würselen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Würselen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Würselen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

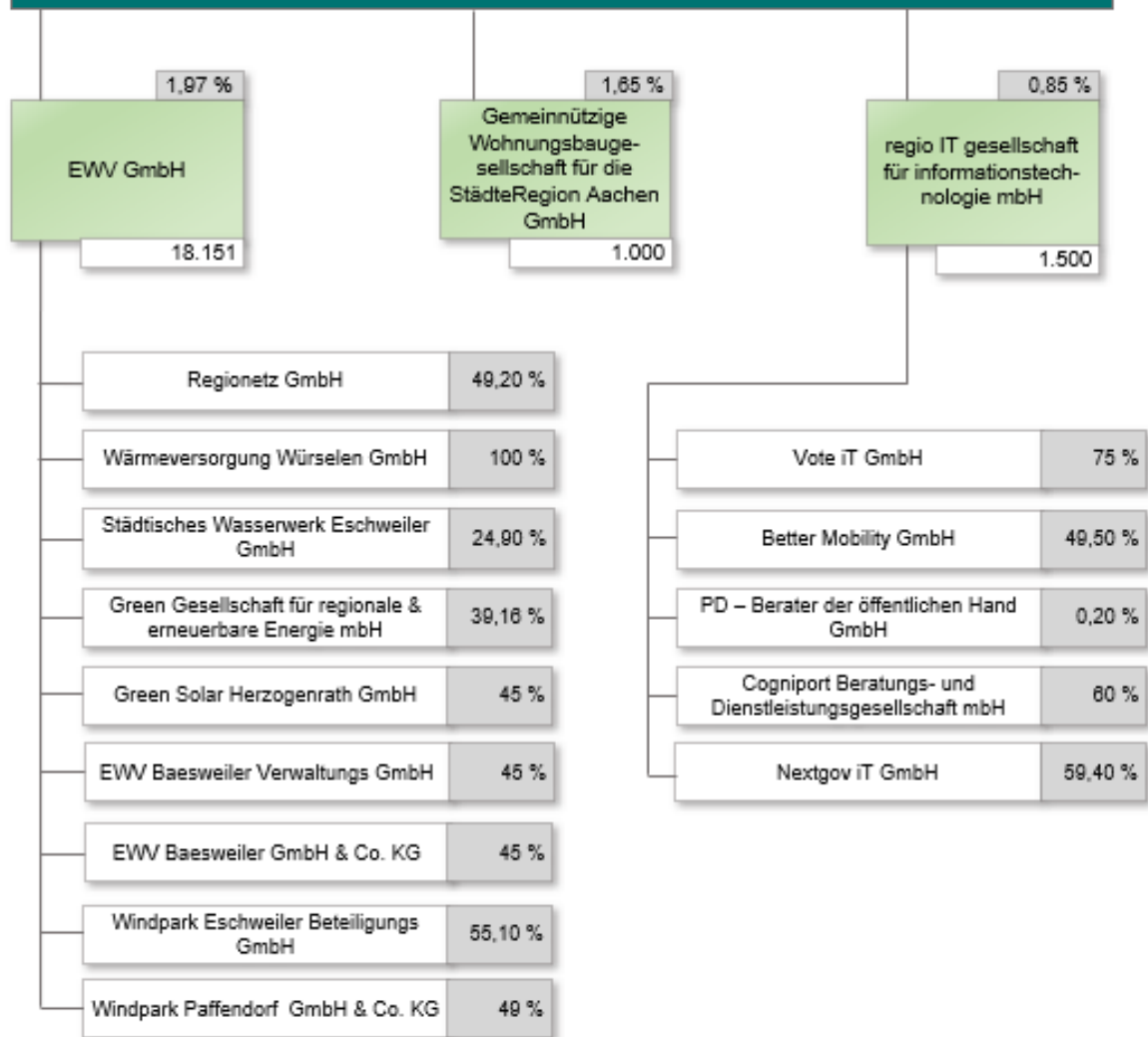
Die verwendeten wirtschaftlichen Daten sowie Auszüge aus den jeweiligen Lageberichten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten und testierten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2024. Daher sind keine Korrekturen erfolgt, insbesondere bezüglich der Grammatik und Darstellung der Zahlen. In den dargestellten Tabellen kann es zu Rundungsdifferenzen kommen (programmseitig). Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2024 aus.

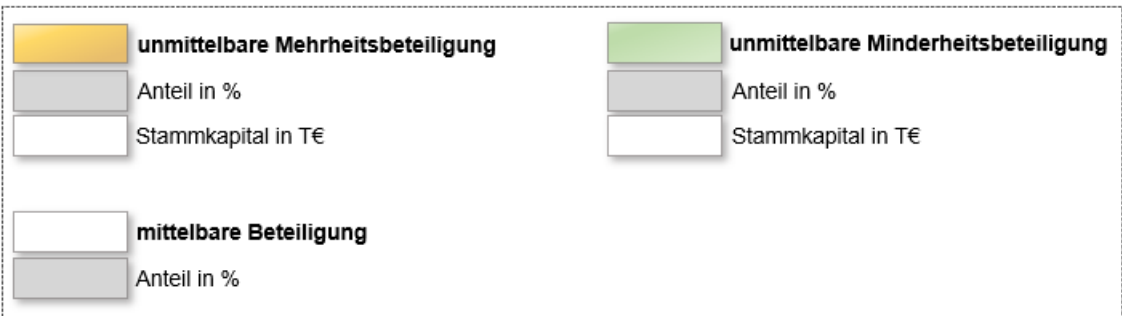
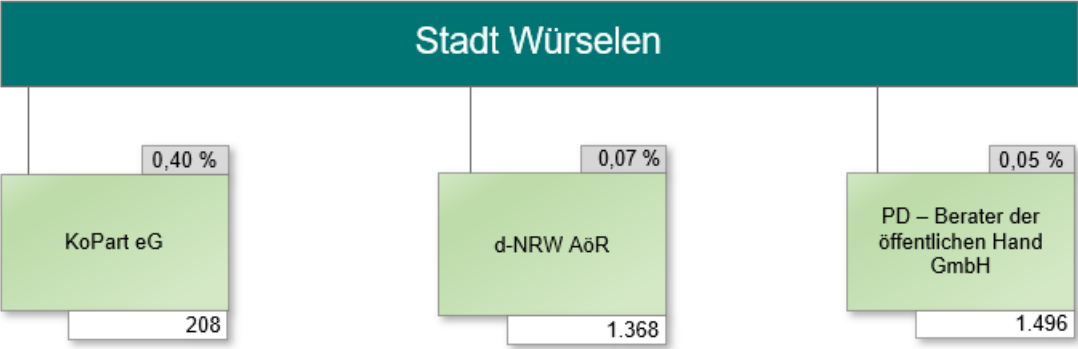
3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Würselen





Stadt Würselen





Stand 31.12.2025

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2024 hat es die folgenden Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Würselen gegeben.

Zugänge und Abgänge

Der Rat der Stadt Würselen hat in seiner Sitzung am 24.09.2024 die Veräußerung der von der Stadt Würselen gehaltenen Stammkapitalanteile der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und damit dem vollständigen Austritt der Gesellschaft beschlossen. Die notarielle Beurkundung erfolgte am 14. Oktober 2024. Die Abtretung des verkauften Geschäftsanteils erfolgte mit dinglicher Wirkung zum 30.12.2024

Veränderung in Beteiligungsquoten

Im Berichtsjahr ergab sich keine Veränderung in den Beteiligungsquoten.

Veränderungen im Geschäftsjahr

Wie bereits im Geschäftsjahr 2023 i.H.v. 1.705 T€ war auch im Jahr 2024 eine Wertberichtigung i.H.v. 733 T€ bei der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG auf die Geschäftsanteile der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG erforderlich. Ursächlich für den erneuten Wertberichtigungsbedarf waren neue Erkenntnisse zu Erschließungskostensteigerungen bezogen auf den AeroPark 1 bei der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Derzeit reichen die positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG nicht aus, um Defizite in den bestehenden Geschäftsbereichen oder finanzielle Mittelbereitstellungen an Beteiligungen auszugleichen. Die Gesellschaft wird ihrerseits weitere Mittel langfristig nur ausgleichen oder bereitstellen können, wenn die Stadt Würselen weitere Mittelbereitstellungen gewährleistet.

Ausblick auf geplante Änderungen

Mit Ratsbeschluss vom 03.07.2025 wurde die Gründung der Regiotram Infrastrukturgesellschaft Aachen mbH beschlossen. Die notarielle Umsetzung erfolgte am 17.12.2025.

3.2 Beteiligungsstruktur

Unmittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024	Anteil der Stadt Würselen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2024	4,5		
2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	2.250,0	2.250,0	100,00
	Jahresergebnis 2024	-725,9		
3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2024	5,0		
4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.088,9	11.535,0	100,00
	Jahresergebnis 2024*	0,0		
5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	18.151,5	357,6	1,97
	Jahresergebnis 2024	21.173,1		
6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	22.322,7	2.497,9	11,20
	Jahresergebnis 2024	11.182,9		
7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städte-Region Aachen GmbH	1.000,0	16,5	1,64
	Jahresergebnis 2024	547,3		
8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	25,0	151,3	5,59
	Jahresergebnis 2024	5,6		
9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	1.500,0	12,9	0,86
	Jahresergebnis 2024	4.094,5		
10	d-NRW AöR	0,0	1,0	0,08
	Jahresergebnis 2023	0,0		
11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.496,0	1,0	0,05
	Jahresergebnis 2024	14.445,9		
12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	106,3	1,5	5,88
	Jahresergebnis 2024	0,0		
13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	0,0	18,1	23,61
	Jahresergebnis 2023	-18,2		
14	KoPart eG	207,8	0,8	0,40
	Jahresergebnis 2024	25,1		

*Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresfehlbetrag von 1.082.338,45 € aus.

Mittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024	Durchgerechneter Anteil der Stadt Würselen
		TEURO	%
1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	25,5	50,00
	Jahresergebnis 2024	83,0	
2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	0,0	50,00
	Jahresergebnis 2024	-3,9	
3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	25,2	50,00
	Jahresergebnis 2024	-0,0	
4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	6.025,2	50,00
	Jahresergebnis 2024	-3.885,4	
5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	57,0	25,01
	Jahresergebnis 2024	0,0	

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	gegenüber	Stadt Würselen	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
Stadt Würselen	Forderungen		471,0	3.138,7
	Verbindlichkeiten		24,7	2,6
	Erträge		225,5	94,7
	Aufwendungen		1.315,7	912,2
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	228,9		
	Verbindlichkeiten	472,6		
	Erträge	383,5		
	Aufwendungen	226,6		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	981,8		
	Verbindlichkeiten	3.153,4		
	Erträge	638,5		
	Aufwendungen	94,7		

Zwischen der Stadt Würselen und den verbundenen Unternehmen wird kein Saldenabgleich zum Ende des Jahres vorgenommen.

3.4 Einzeldarstellungen

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2024

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Würselen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Würselen mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Würselen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Würselen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Würselen zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Würselen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Würselen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1992
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2024 bestanden keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Würselen Verwaltung GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	107	102	5
Umlaufvermögen	124	131	-7	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7	6	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Verbindlichkeiten	10	22	-12
				Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	124	131	-7	Bilanzsumme	124	131	-7

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	107	106	0
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-101	-101	-1
4 Ergebnis nach Steuern	5	5	0
5 Sonstige Steuern	-1	-1	0
6 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	5	0

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	86,4 %	78,1 %	8,3 %
Eigenkapitalrentabilität	4,2 %	4,5 %	-0,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	15,8 %	28,1 %	-12,3 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Die Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Ihrem Unternehmenszweck entsprechend hat die Gesellschaft als Komplementärin die persönliche Haftung und die Geschäftsführung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG, Würselen, an der sie vermögensmäßig nicht beteiligt ist, übernommen.

Weitere Aktivitäten hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 nicht entfaltet. Eine Ausdehnung des Unternehmenszwecks ist auch derzeit nicht vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Jahresüberschuss von 4.487,55 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG ab. Es wird auf die dortige Berichterstattung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.2 Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	www.aquana.de
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeitbades mit Sportbecken und Freibad.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung des Schwimmsports für Schulen und Vereine sowie Freizeitgestaltung für die Bevölkerung.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen. Die Erzielung eines zufrieden stellenden Ertrags war hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht möglich.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	2.250,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Würselen leistet einen jährlichen Betriebskostenzuschuss. Als Gegenleistung stellt die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Zeiten für das Schul- und Vereinsschwimmen bereit. Daneben trägt die Stadt Würselen die Verluste der Gesellschaft, und zwar nach Abzug der Abschreibung und zuzüglich der Tilgung der Kredite.

Der Betriebskostenzuschuss für 2024 betrug 410.315,52 EUR (VJ: 410.315,52 EUR).

Die gezahlte Verlustabdeckung für 2024 betrug 905.400,00 EUR (VJ: 1.453.600,00 EUR). Es wurden 211.912,00 EUR aus Abrechnungen als Abgrenzungsbuchungen gebucht.

Als Erträge konnte die Stadt Würselen 165.763,01 EUR aus Leistungsbeziehungen (u.a. Erbbauzins, Schmutz- und Niederschlagswasser) und 60.632,29 EUR aus Steuererträgen generieren.

Zur Abdeckung des bei der Euregio Freizeitbad veranschlagten nicht durch Eigenkapital gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin hat die Stadt Würselen entsprechende Rückstellungen gebildet.

Gebildete Rückstellung für 2024: 137.046,62 EUR (VJ: 316.068,60 EUR).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	947	991	-43	Eigenkapital	-137	-316	179
Umlaufvermögen	634	830	-196	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	146	134	12
				Verbindlichkeiten	1.595	2.026	-431
Aktive Rechnungsabgrenzungen	22	23	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	1.741	2.159	-419	Bilanzsumme	1.741	2.159	-419

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2024 beträgt 381.609,41 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	3.403	2.884	518
3 Sonstige betriebliche Erträge	21	24	-3
4 Materialaufwand	-1.480	-1.351	-129
5 Personalaufwand	-1.913	-1.745	-168
6 Abschreibungen	-104	-201	96
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-104	-201	96
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-578	-544	-35
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	2
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-18	2
10 Ergebnis nach Steuern	-665	-949	284
11 Sonstige Steuern	-61	-41	-20
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-726	-990	264
14 Einzahlungen im Geschäftsjahr	-1.661	-1.576	-85
15 Erfolgssonderkonten	-2.387	-2.566	179

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	-7,9 %	-14,6 %	6,8 %
Eigenkapitalrentabilität	529,6 %	313,3 %	216,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	-14,5 %	-31,9 %	17,4 %
Verschuldungsgrad	-1.270,0 %	-683,2 %	-586,9 %
Umsatzrentabilität	-21,3 %	-34,3 %	13,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 96 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 90) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Geschäftsverlauf

Der Fehlbetrag 2024 beträgt 725.865,07 €. Dass nach wie vor Verluste erwirtschaftet werden, ist branchenüblich.

Die Geschäftsentwicklung 2024 war mit Abschluss der Sanierung der Beckenwassertechnik seit 2019 das erste wieder reguläre Geschäftsjahr. Besondere Vorkommnisse, wie das Brandgeschehen im Imbiss oder der Hagelschaden an den Plexiglaskuppeln in der Sauna und des Freizeitbads konnten durch kurzfristig eingeleitete Maßnahmen behoben werden, ohne dass eine relevante vorübergehende Einstellung des Geschäftsbetriebs erforderlich war. Die realisierten Investitionen in die neue Beckenwassertechnik haben zu der erwarteten Reduzierung des Energieverbrauchs geführt.

Mit Einführung der neuen Aqua-Cycling Kurse wurde die Angebotskompetenz des Aquanas weiter ausgebaut und neue Umsatzpotentiale realisiert. Weitere Kostensteigerungen, hier besonders die Personalkosten aufgrund der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohnes, wurden durch Anpassung der Eintrittspreise soweit im Marktvergleich möglich ausgeglichen.

Durch die rechtzeitig eingeleiteten Maßnahmen konnte der Umsatz 2024 im Vergleich zu 2023 um ca. 17,9 % gesteigert und der Verlust um ca. 26 % im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet und aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, sämtliche Aufwendungen durch eigene Einnahmen zu decken. Im Berichtsjahr besteht eine Finanzierungslücke in Höhe des nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin in Höhe von 137.046,62 €.

Die Verluste 2024 wurden, wie die Verluste der vergangenen Jahre, durch Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin ausgeglichen. In der Sitzung des Rates der Stadt Würselen am 14.12.2017 wurde der Beschluss, die Gesellschaft weiter zu betreiben und die Verluste über den städtischen Haushalt wie bisher abzudecken, mehrheitlich bestätigt.

Eine seitens des Gesellschafters bestätigte Mehrjahresplanung der zu erwartenden Verluste bis einschließlich 2029 liegt vor.

Ausblick Chancen und Risiken

Der Betrieb eines Freizeitbades ist in der Summe über alle Geschäftsbereiche, begründet in seinem öffentlichen Zweck, grundsätzlich defizitär.

Dies ist auch dem einzigen Gesellschafter, die Stadt Würselen, bewusst. Auch in den bisherigen Lageberichten zu den Jahresabschlüssen wurde darauf hingewiesen, dass jährliche Ausgleichszahlungen in Höhe der liquiditätswirksamen Verluste, einschließlich Investitionsausgaben und Tilgungen Voraussetzung für die Fortführung des Geschäftsbetriebes sind.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2024 ist durch gestiegene Energie-, Material- und Personalkosten gekennzeichnet. Die seit 2019 eingeleitete Unternehmensstrategie des Aquana im Freizeitbad- und

Saunabereich wieder zu einer bekannten und für den Gast auch zu einer attraktiven Marke im Sport- und Freizeitbereich aufzubauen bei gleichzeitiger Steigerung der Fachkompetenz als Anbieter einer eigenen Schwimmschule, für Vereins-, Schulschwimmen sowie für verschiedene Sportvereine wurde auch im Jahr 2024 weiterentwickelt und umgesetzt. Die positive Entwicklung der Besucherzahlen (+23 % im Vergleich zu 2023) bestätigen, dass diese Unternehmensstrategie von den Gästen angenommen wird.

Die in 2024 gestartete Konzeptentwicklung und Ausschreibung einer Erneuerung der Lüftungstechnik wird in 2025 fortgesetzt. Erste Umsetzungsmaßnahmen sind für 2026 vorgesehen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Erarbeitung eines nachhaltigen Energiekonzeptes unter Nutzung von regenerativer Energieversorgung. Mit diesen Maßnahmen werden die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Nachhaltigkeit sowie für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen. Für 2025 wird maximal ein Fehlbetrag in vergleichbarer Höhe zum Vorjahr erwartet.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzende(r) Stadt Würselen	
Benja, Michaela Qualitätsmanagementbeauftragte	Stadtverordnete(r) UWG	
Claßen, Melanie Leitung Rechnungswesen	Stadtverordnete(r) CDU	
Dr. Kurmann, Jörg Pflegedirektor	Stadtverordnete(r) SPD	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	Stadtverordnete(r) SPD	
Janas, Erwin Rentner/Minijober	Stadtverordnete(r) SPD	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	
Tremöhlen, Heike Hauswirtschaftsleitung	Stadtverordnete(r) CDU	
Woltery, Lukas Kfm. Leitung/Steuerberater	Stadtverordnete(r) CDU	
Kaminski, Rebecca Studentin der Rechtswissenschaft	Sachkundige(r) Bürger(in) SPD	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	Sachkundige(r) Bürger(in) CDU	
Wetzstein, Wolfgang Laborleitung	Sachkundige(r) Bürger(in) B90/Die Grünen	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1993 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.3 Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Begrenzung der Haftung für die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.
Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2024 bestanden keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Stadtverwaltung Würselen Verwaltungs- GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	88	83	5
Umlaufvermögen	118	120	-1	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	11	12	-1
				Verbindlichkeiten	19	25	-6
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	118	120	-1	Bilanzsumme	118	120	-1

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1	1	0
2 Sonstige betriebliche Erträge	265	267	-2
3 Personalaufwand	-263	-262	-1
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2	-2	-0
5 Erträge aus Beteiligungen	5	0	5
6 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-1	-0
7 Ergebnis nach Steuern	5	3	2
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	3	2

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	74,2 %	69,2 %	5,1 %
Eigenkapitalrentabilität	5,8 %	4,2 %	1,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	34,7 %	44,6 %	-9,8 %
Umsatzrentabilität	387,9 %	266,6 %	121,3 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Jahresüberschuss von 5.042,68 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG ab. Es wird auf die dortige Geschäftsentwicklung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	
Pasperski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.4 Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen in Kooperation mit der Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR e.V.), mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Aachen GmbH und mit der AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovations- und Technologietransfer mbH unter Beachtung der regionalen Strukturentwicklungsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Kreises Aachen.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Stadt Würselen in Fragen der örtlichen und überörtlichen Planung – auch im Hinblick auf Wirtschaftsförderung - zu beraten und zu unterstützen und kontinuierlich Strategien, Projekte und Leistungen zu entwickeln, um den Wohn- und Wirtschaftsstandort Würselen zukunftsfähig zu machen;
- in Abstimmung mit der Stadt Würselen das Grundstücksmanagement zu betreiben und insbesondere stadtentwicklungsrelevante Flächen und Immobilien zu erwerben, zu überplanen, zu erschließen, zu bebauen und zu vermarkten, im Bestand zu halten und / oder zu verwalten;
- sich zur Erreichung ihres Zwecks an anderen Gesellschaften zu beteiligen;
- zum sicheren, wirtschaftlichen, umweltverträglichen und ressourcenschonenden Betrieb und zur Instandhaltung von Versorgungsnetzen (Strom, Gas, Wärme, alternative Energien und Wasser) inklusive des Ausbaus der jeweiligen Netze, des Aufbaus und Betriebs dezentraler Versorgungsstrukturen, zur Errichtung und zum Betrieb erneuerbarer Energieanlagen, Contracting, Messeeinrichtungen, sowie zur Erbringung hiermit unmittelbar verbundener Dienstleistungen, Kommunikations- und Mobilitätsdienstleistungen und zum Betrieb der Straßenbeleuchtung. Ferner sind Gegenstand der Gesellschaft alle mit den o.g. Gegenständen im Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich des Verpachtens.

Zweck der Beteiligung ist auch die Durchführung von Kulturveranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, deren Vertretung übernehmen oder Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen sowie Gewährleistung der Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte

der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	11.535,0	100,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	3.012,6	50,00
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH	18,8	3,00
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	14,3	25,01
Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	12,8	50,00
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	12,6	50,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	2,6	10,00
Bauland Würselen GmbH & Co. KG	1,0	50,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2024 hat die Stadt Würselen 94.672,28 EUR Erträge von der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG erhalten, welche aus Leistungsbeziehungen (u.a. Kosten für Personal, EDV-Infrastruktur, Porto- und Telekommunikation) resultieren. Die Aufwendungen in Höhe von 912.243,50 EUR setzen sich zusammen aus den monatlichen Abschlägen der Stadt Würselen an die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in einer Gesamthöhe von 614.040,00 EUR und 298.203,50 EUR aus Mietzahlungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	20.461	20.967	-506	Eigenkapital	11.726	12.809	-1.082
Umlaufvermögen	8.702	6.999	1.703	Sonderposten	0	17	-17
				Rückstellungen	453	392	61
				Verbindlichkeiten	16.977	14.743	2.233
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10	11	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	18	15	2
Bilanzsumme	29.173	27.976	1.196	Bilanzsumme	29.173	27.976	1.196

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2024 beträgt 17.912.500,00 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	3.497	2.769	728
2 Sonstige betriebliche Erträge	431	101	330
3 Materialaufwand	-390	-278	-113
4 Personalaufwand	-793	-709	-84
5 Abschreibungen	-540	-2.024	1.484
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.343	-2.051	-292
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	203	60	143
9 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-735	-2	-733
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-420	-232	-188
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	9	4	5
13 Ergebnis nach Steuern	-1.082	-2.363	1.282
14 Sonstige Steuern	-1	-1	-0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.082	-2.364	1.281
16 Belastung auf Kapitalkonten	1.082	2.364	-1.281
17 Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	40,2 %	45,8 %	-5,6 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	57,3 %	61,1 %	-3,8 %
Verschuldungsgrad	148,6 %	118,2 %	30,5 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 13) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Branchenkonjunktur

Gem. „Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2025“ schlagen das derzeitige Zinsniveau und eine schwache Einkommensentwicklung sich negativ auf den Wohnungsbau nieder. Prognostisch dürfte das reale Neubavolumen 2025 um 1,8 % sinken. Bereits im Jahre 2024 war ein Rückgang von ca. 10% zu verzeichnen. Insgesamt dürfte das Bestandvolumen im Jahre 2025 nochmals um 0,9% sinken, bevor es mit anziehender Baukonjunktur im Jahre 2026 um 1,5% steigen wird.

(Quelle: Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2025 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; dort S. 2; https://www.bbsr.de//BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2025/ak-03-2025_dl.pdf?_blob=publicationFile&v=2)

Wettbewerbssituation

Bei der Entwicklung von Wohnbauland ist eine Wettbewerbssituation mit Dritten in den Baugebieten „Singergelände“ (Stadtmitte), „Kinkartz“ sowie „Kronenbrotgelände“ (beide Broichweiden) gegeben. Es liegt indes überregional und regional eine stabile Wohnraumnachfrage vor, insbesondere im Bereich des bezahlbaren Wohnraums (Sozialwohnungen). Genau in diesem Sektor engagiert sich die SEW zunehmend. Da von fremden Dritten keine Gewerbegebiete entwickelt werden, ist hier innerhalb des Stadtgebietes keine Wettbewerbssituation gegeben. Eine besondere Wettbewerbssituation betrifft die Kulturveranstaltungen auf der Freilichtbühne Burg Wilhelmstein, da diese grundsätzlich in Konkurrenz zu anderen Spielstätten steht. Als regionales Alleinstellungsmerkmal ist jedoch deren Ausbau als Freilichtbühne und deren allgemein geschätztes Ambiente anzusehen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2024 hat die SEW ihr ursprünglich im Wirtschaftsplan vom 06.12.2023 vorgegebenes Ziel (damalig kalkuliertes Gesamtergebnis von einem Defizit i.H. TEUR 91,8) mit dem tatsächlichen Jahresdefizit von 1,084 Mio. € verfehlt. Anzumerken ist indes, dass die Prognosen bei der Fortschreibung des Wirtschaftsplans angepasst wurden (vgl. WiPl vom 06.03.2024 = Defizit 241,1; WiPl. 26.06.2024 = Defizit 265,8 TEUR, 30.09.2024 = Defizit 407,8 und 07.11.2024 = Defizit 132,8 TEUR). Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr bei 3,497 Mio. € gegenüber 2,769 Mio. € im Vorjahr, die periodenfremden Erträge bei 41 TEUR, im Vorjahr 10 TEUR. Der Personalaufwand stieg von 709 TEUR (2023) auf 793 TEUR. Dies ist auf tarifvertragliche Erhöhungen, die Neueinstellung einer weiteren Teilzeitbeschäftigten im Bereich Kultur, Ausgleich von Mehrarbeit und Wochenendarbeit, Ausgleich von Urlaub und Überstunden ausgeschiedener Mitarbeiter und geringfügigen Erhöhungen der Kosten bei Aushilfskräften (Burg Wilhelmstein) zurückzuführen. Größtenteils ist der Jahresfehlbetrag auf eine Abschreibung i.H.v. 733 TEUR im Hinblick auf die Werthaltigkeit der Gesellschaftsanteile der SEW an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG zurückzuführen. Er ist im Weiteren im operativen Bereich auf gestiegene Zinsaufwendungen aus Kontokorrentkonten im Berichtsjahr sowie weitere Instandhaltungsaufwendungen in der Kaiserstraße zurückzuführen. Einerseits lag im Vergleich zum Jahresende der in Anspruch genommene Kontokorrentkredit des Jahres 2024 in Höhe von 11,758 Mio. € über der Linie des Jahres 2023 in Höhe von 11,315 €. Andererseits lag im Vergleich zum Vorjahr auch über den gesamten Jahreszeitraum 2024 die Inanspruchnahme eines höheren Kreditrahmens vor. Lag der Bedarf im Jahre 2024 am 01.01.2024 bereits bei 11,315 Mio. € und verlief grosso modo bis zum 31.12.2024 fast „gleichbleibend“, so lag im Jahre 2023 die anfängliche Inanspruchnahme am 01.01.2023 „nur bei 8,094 Mio. €.

Die Abschreibungen auf Gebäude i.H.v. 529 TEUR lagen über dem Vorjahrsniveau von 309 TEUR, wohingegen sich der Aufwand für Versicherungen und Beiträge mit 86 TEUR in etwa auf dem Vorjahrsniveau belief. Eine Abweichung zum Vorjahr zeigt sich bei der Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“. Hier stieg die Position von 278 TEUR im Jahre 2023 auf 390 TEUR, was im Zusammenhang mit den Veräußerungen der getätigten Grundstücke steht.

Im Bereich der Raumkosten stieg die Position „Energiekosten – Grundstücke / Gebäude“ von 69 TEUR (2023) auf 133 TEUR. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass die Objekte in der Kesselgracht erstmalig im Jahre 2024 vermietet wurden.

Der „Personalaufwand Verwaltungs GmbH“ ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu mit 260 TEUR zu 262 TEUR (2023) konstant. Ein Anstieg liegt bei den Fremdleistungen im Kulturbereich von 554 TEUR auf 706 TEUR vor. Dem Anstieg des Aufwands steht allerdings spiegelbildlich ein gesteigerter Umsatzerlös von 744 TEUR (2023) auf 935 TEUR entgegen. Der Anstieg der Fremdleistungskosten und der Umsatzerlöse ist darauf zurückzuführen, dass die SEW die 100 Jahr – Feier der Stadt finanziert und ausgerichtet hat. Ein Großteil der Kosten konnte über Sponsorenverträge refinanziert werden.

Die Mieterträge (Mieteinnahmen, Erlöse Senioren- und Pflegezentrum und Mieteinnahmen 19% USt) wurden von 882 TEUR auf 1,223 Mio. EUR gesteigert. Maßgeblich hierfür ist die Erstvermietung der Objekte Kesselgracht 5 und 5A. Die Erträge aus dem bestehenden Vertrag der SEW mit der Stadt Würselen zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben mit einem Jahresnettoertrag stiegen von 593 TEUR (2023) auf nunmehr 639 TEUR.

Aufgrund von Flächenabgängen hat sich der Grundstücksbestand des Umlaufvermögens von 188.427 qm (2023) auf 156.983 qm geringfügig verändert.

Die der SEW gesellschaftsvertraglich obliegende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes wurde im Berichtsjahr 2024 erfüllt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Analyse der Vermögenslage

Das Anlagevermögen verringerte sich von 20,96 Mio. € auf 20,46 Mio. € und das Vorratsvermögen von 3,8 Mio. € auf 3,4 Mio. € aufgrund der Veräußerung zweier Grundstücke. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich von 2,5 Mio. € auf 4,41 Mio. €, was auf an die AKM GmbH & Co. KG gewährte Kredite zurückzuführen ist. Entsprechend stieg die Position „Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ von 1,5 Mio. € auf 3,2 Mio. €. Der Kassenbestand erhöhte sich von 741 TEUR auf 914 TEUR und das Gesamtvermögen insgesamt um rd. 1,2 Mio. € durch die vorgenannten Maßnahmen auf rd. 29,17 Mio. €.

Das Eigenkapital verringerte sich von 12,8 Mio. € im Jahre 2023 auf 11,73 Mio. €.

Bereits für das Geschäftsjahr 2023 hatte die Geschäftsführung eine Wertberichtigung (i.H.v. 1.705 Mio. €) der Werthaltigkeit der Gesellschaftsanteile der SEW an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG (AKM GmbH & Co. KG; kurz AKM) vorgenommen auf Basis der Annahme, dass die SEW Ende 2037 nur in voller Höhe ihre Einlage (6,091 Mio. €) zurückerhält. Für das Geschäftsjahr 2024 ist eine erneute Wertberichtigung anzusetzen, da nach aktueller Mitteilung der Geschäftsführung der AKM GmbH & Co. KG im dortigen Jahresabschluss 2024 im Rahmen der verlustfreien Bewertung ein Betrag von 3.572.536,34 € gewinnmindernd zu berücksichtigen ist. Da im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 hiervon bereits 842.172,56 € bei der AKM, aber auch wie oben erwähnt dieser Umstand ebenfalls schon bei der SEW im Jahresabschluss 2023 Berücksichtigung fand, ist bei der AKM noch ein Betrag von 2.730.360,78 € in die verlustfreie Bewertung einzustellen. Entsprechend den Gesellschafts-

anteilen, die die SEW an der AKM hält, ist für den hiesigen Jahresabschluss einerseits der hälftige Betrag (= 1.365.180,39 €) zu berücksichtigen, andererseits aber auch, dass entsprechend dem oben Gesagten schon eine aus aktueller Sicht „Teil – Wertberichtigung“ im Jahre 2023 vorgenommen worden war.

Die Geschäftsführung hat für die Beteiligung daher einen beizulegenden Wert auf den 31. Dezember 2024 nach dem Gebot des Vorsichtsprinzips und des Gläubigerschutzes vorsichtig geschätzt. Da der beizulegende Wert unterhalb der historischen Anschaffungskosten der AKM liegt, ist eine „weitere“ außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 732.804,35 € vorzunehmen. Die Schätzung basiert auf der Annahme, dass die SEW Ende 2037 nicht mehr in voller Höhe ihre Einlage zurückerhält, sondern nur in Höhe von (6.091.073,21 € - 1.365.180,39 € = 4.725.892,82 €). Im Weiteren ist eine 2%-ige Abzinsung bis zum Jahre 2037 vorgenommen worden, so dass die Gesellschaftsanteile nach Neubewertung nunmehr mit 3.653.286,86 € bemessen werden.

Im Hinblick auf die weiteren von der Geschäftsführung der AKM mitgeteilten wirtschaftlichen Perspektiven der AKM GmbH & Co. KG sieht die Geschäftsführung der SEW keine weiteren Risiken für die Vermögenslage der SEW. Hinsichtlich der Erschließungskosten für die Baugebiete Aero - Park 2 und 3 ist nach derzeitiger Planung der Geschäftsführung der AKM von einer Sicherstellung der Erschließungskosten auszugehen, da einerseits mit förderfähigen Gesamtausgaben von ca. 89 Mio. € und Einnahmen i.H.v. ca. 51 Mio. € zu rechnen ist. Etwaige wirtschaftliche Risiken, die sich aus der Umsetzung des Mob - Hub - Projekts für die AKM mit durchreichender Wirkung für die SEW ergeben könnten, sind im Hinblick auf die beabsichtigten DAWI - Betrauungsakte nicht erkennbar, wonach letztlich der Gesellschafter der SEW, die Stadt Würselen, und die StädteRegion Aachen eventuelle Verluste ausgleichen werden. Zudem sind zum jetzigen Zeitpunkt die Verträge zwischen dem Mob - Hub Betreiber, der KOMPAC GmbH und der AKM GmbH & Co. KG sowieso noch nicht geschlossen. Und letztlich bietet die geplante Infrastrukturmaßnahme der AKM, das Aviation Innovation Center (AIC) perspektivisch nach Ablauf der Zweckbindungsfrist der Fördermittel genügende, positive Vermietungs- oder Veräußerungsmöglichkeiten, auch wenn dem Fördergeber für die Zweckbindungsfrist von 15 Jahren nachzuweisen ist, dass das Projekt zunächst keine positiven Renditen erwirtschaftet.

Die Verbindlichkeiten stiegen von 14,74 Mio. € auf 16,98 Mio. €, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass das der AKM GmbH & Co. KG gewährte Darlehen selbst kreditfinanziert ist. Dementsprechend erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 10,76 Mio. € auf nunmehr 13,24 Mio. €.

Analyse der Ertragslage

Die Erträge aus der Wahrnehmung städtischer Aufgaben und Vermietungen decken den Aufwand nicht. Erwerb, Entwicklung und Verkauf von Grundstücken sind weiterhin notwendig, um positive Jahresergebnisse zu erzielen. Es wird als notwendig angesehen, zukünftig mehr Ertrag, beispielsweise durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies bedeutet zugleich eine Ausweitung bzw. Ausbau der Bestandsimmobilien. Durch die unter „Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses“ dargestellten Maßnahmen bzw. Ereignisse wurde letztlich ein Jahresverlust von 1.082 TEUR erzielt.

Finanzlage

Der städtische Bürgschaftsrahmen beträgt 17.912 Mio. EUR. Damit werden weitgehend Fremdfinanzierungen des Umlaufvermögens abgesichert. Seit längerem bedient sich die SEW zur Finanzierung des Anlagevermögens vermehrt der Inanspruchnahme von Grundschulden. Die Höhe des Rahmenkredits bei der VR Bank beläuft sich auf 18,00 Mio. €. Davon waren zum 31.12.2024 insgesamt 11,758 Mio. € und zum 31.08.2025 noch 10,00 Mio. € in Anspruch genommen worden. Danach besteht beim städtischen Bürgschaftsrahmen derzeit ein Freiraum von rd. 8 Mio. € gegenüber ca. 6,25 Mio. € zum 31.12.2024. Die Geschäftsführung sieht derzeit keine Liquiditätsengpässe.

Gesamtaussage

Die im Wirtschaftsplan von Dezember 2023 und in seiner Fortschreibung festgehaltenen Ziele wurden nicht erreicht. Bei der ursprünglichen Planung wurde in der Sparte „Stadtentwicklung“ mit einem positiven Teilergebnis von gerundet 81 TEUR gerechnet, im Bereich Kultur mit einem negativen Teilergebnis von ca. 173,3 T EUR. Letztlich fiel das Teilergebnis „Stadtentwicklung“ mit ca. 983 TEUR Defizit schlechter als geplant aus, wohingegen das Teilergebnis „Kultur“ aufgrund guten Wetters, attraktiver Veranstaltungen und hoher Zuschauerzahlen um ca. 70 TEUR besser als ursprünglich geplant ausfiel.

Prognosebericht, Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Geschäftspolitik der SEW und der getroffenen Entscheidungen bei der Stadt Würselen zur möglichen Entwicklung von neuen Wohnbauarealen kann die zukünftige Entwicklung der SEW grundsätzlich positiv beurteilt werden, bedarf jedoch wie im Vorjahr einer kritischen Betrachtung.

Die Kooperation der SEW mit der GWG bietet bei den Wohnbauprojekten im Bereich der Bardenberger Str. / Von-Goerschen-Str. die Chance der nennenswerten Erweiterung eigenen Wohnraumbestands zwecks mittelfristiger Erhöhung des Deckungsbeitrags. Es ist davon auszugehen, dass der Bebauungsplan im Frühjahr nächsten Jahres rechtskräftig wird, so dass evtl. schon Ende 2026 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Ferner sind die Prüfaufträge der Politik hinsichtlich der Eignung des Rhenania — Geländes als Schulstandort abgeschlossen. Das B-Planverfahren wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2026 abgeschlossen. Hier bieten sich der SEW eigene Vermarktungsmöglichkeiten, aber auch im Rahmen eines entgeltpflichtigen Geschäftsführungsvertrags Drittvermarktungschancen (Stadt).

Durch die im Jahre 2024 erfolgte Änderung des Gesellschaftsvertrags und satzungsmäßige Zweckerweiterung (vgl. oben A. Grundlagen des Unternehmens, I. Geschäftsmodell des Unternehmens, dort Ziffer 3.) erschließen sich zukünftig neue, lukrative Geschäftsbereiche (Betreiben von Netzen).

Die Zinsbelastung aufgrund in Anspruch genommener kurzfristiger Kredite ist aus zweierlei Gründen rückläufig. Es konnte erstens die Höhe der kurzfristigen Kredite (vgl. oben) um ca. 1 Mio. € reduziert werden. Zweitens ist das Zinsniveau von ehemals 4,5% auf 2,15 % gesunken. Aufgrund des am 28.09.2023 geschlossenen, doppelten Betrauungsakts hat sich aus Sicht der SEW die Situation im Hinblick auf zu erbringende Pachtzuschüsse gegenüber der Forschungsflugplatz Würselen - Aachen GmbH dahingehend positiv verändert, als dass die Stadt sich gegenüber der SEW zur Ausgleichung dieser Aufwendungen verpflichtet hat. Dies führt zu einer Verbesserung der Liquiditätslage.

Der Erbbauvertrag „Burg Wilhelmstein“ zwischen Eigentümer und Stadt wurde im Jahr 2024 vorzeitig um 40 Jahre verlängert. Aufgrund der jetzt gegebenen langfristigen Planungssicherheit ist u.a. der Ausbau der Sitzplatztribüne von ca. 650 Sitzplätzen auf ca. 900 Plätze geplant. Hierdurch entfielen zukünftig die teure jährliche Errichtung einer temporären Tribüne, was sich im Aufwand positiv niederschlagen wird. Das Sponsoring (außerhalb der 100 Jahr Feier) konnte im Jahre 2024 bereits ausgebaut werden. Hier sieht die Geschäftsführung aber noch weiteres Ausbaupotenzial.

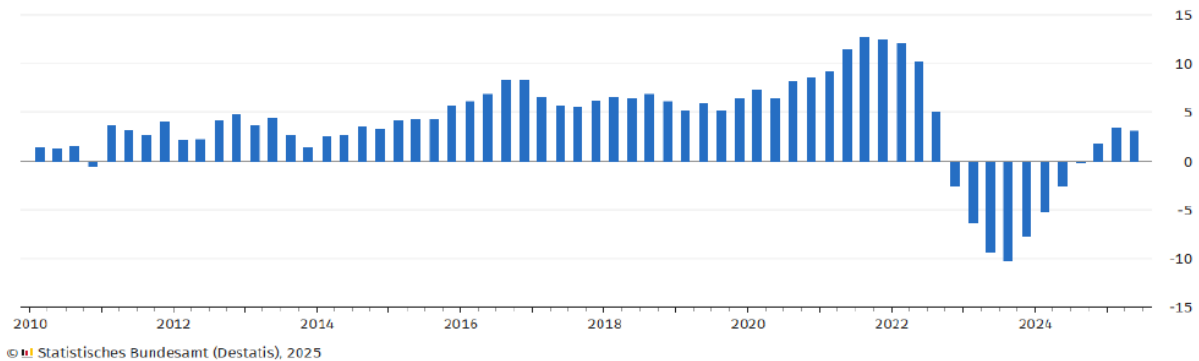
Sonstige Angaben

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen:

Die allgemeine Prognose sollte bei den Baupreiskosten weiterhin nicht von Optimismus geprägt sein, wenngleich eine stetige Steigerung nicht mehr in dem Maße wie nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs zu erwarten ist. Zudem ist der Häuserpreisindex seit Monaten wieder steigend.

Häuserpreisindex (2015 = 100)

Veränderungsrate zum entsprechenden Vorjahresquartal, in %



Das Risiko weiterhin ansteigender Zinsen ist aus Sicht der Geschäftsführung vorläufig gebannt. Eine leicht rückläufige Tendenz beim Zinsniveau ist erkennbar. Hinsichtlich der Bestandsimmobilien hat sich die Geschäftsführung weiterhin dazu entschlossen, stärker als in den Jahren zuvor — trotz gestiegener Baupreise — in Instandhaltung und Renovierung zu investieren. Hier sind insbesondere im Hinblick auf beispielsweise energetische Sanierungen mögliche öffentliche Förderkulissen im Blick zu halten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Prokura		
Leroy, Ralph	Einzelprokurist(in)	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzende(r)	
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	1. stv. Vorsitzende(r)	
Benend, Guido Landwirt	Stadtverordnete(r) CDU	
Carduck, Marcus Angestellter	Stadtverordnete(r) FDP	
Debray, Tobias Jurist	Stadtverordnete(r) CDU	
Fries, Max Referent	Stadtverordnete(r) SPD	
Jochmann, Michael Dipl.-Ing.	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	

Aufsichtsrat		
Lohmann, Josefine Rentnerin	Stadtverordnete(r) CDU	
Bürger, Heribert Dipl.-Ing.	Sachkundige(r) Bürger(in) B90/Die Grünen	
Dr. Knauf, Renate Angestellte	Sachkundige(r) Bürger(in) SPD	
Geusen, Helmut Rentner	Sachkundige(r) Bürger(in) UWG	
Huppertz, Frank Betriebsschlosser	Sachkundige(r) Bürger(in) SPD	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gem. § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.5 Energie- und Wasser- Versorgung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg
Gründungsjahr	1912
Internet	www.ewv.de
Telefon	02402/101-0
Telefax	02402/101-1515

Zweck der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist

1. in der StädteRegion Aachen und in benachbarten Gebieten in den Bereichen Strom, Gas und Wärme, erneuerbare Energien und innovative Energietechnologien, Wasser und Abwasser, Telekommunikation und öffentliche Straßenbeleuchtung sowie in sonstigen funktional vergleichbaren oder komplementären Geschäftsbereichen (Kernbereiche) (Dienst-)Leistungen jeglicher Art zu erbringen,
2. Anlagen, Werke, Einrichtungen und dazugehörige Infrastruktur, einschließlich Versorgungsnetzen sowie Unternehmen zur Wassergewinnung und –versorgung, zu errichten, innezuhaben und betrieblich zu führen und
3. Unternehmen zu gründen, zu pachten und zu verpachten sowie Unternehmen oder Beteiligungen zu erwerben und zu veräußern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeitgeber und Auftragnehmer in der Region. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Innogy SE, Essen	9.751,0	53,72
Stadt Stolberg	2.592,0	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,2	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,0	9,25
Kreis Heinsberg	687,9	3,79
Stadt Alsdorf	395,7	2,18
Stadt Würselen	357,6	1,97
Stadt Baesweiler	181,5	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	105,3	0,58
Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Gemeinde Aldenhoven	7,3	0,04

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
GREEN Solar Herzogenrath GmbH	1.260,0	45,00
regionetz GmbH, Düren	490,2	49,20
Wärmeversorgung GmbH, Würselen	393,2	100,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	249,0	24,90
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Stolberg	244,8	39,16
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	13,8	55,10
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11,3	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	5,0	45,00
Windpark Paffendorf GmbH & Co.KG	0,5	49,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 1,97 % (abzügl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag) jeweils im nächsten Jahr zu. Für das Berichtsjahr 2024 waren dies 499.478,28 €. Daneben erhält die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für das Gasnetz in Würselen. Im Berichtsjahr 2024 waren das 153.429,31 €.

Die Aufwendungen an die EWW beliefen sich im Jahr 2024 auf 1.883.113,39 €. Darunter fallen unter anderem die Bewirtschaftungskosten der Gebäude in der Stadt Würselen mit Heizung und Energie in Höhe von 1.675.025,36 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	152.609	152.963	-354	Eigenkapital	66.884	71.011	-4.127
Umlaufvermögen	92.203	100.315	-8.112	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	106.395	120.536	-14.141
				Verbindlichkeiten	72.496	62.334	10.162
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3.007	2.291	716	Passive Rechnungsabgrenzungen	2.044	1.689	356
Bilanzsumme	247.819	255.569	-7.751	Bilanzsumme	247.819	255.569	-7.751

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Energie- und Wasser- Versorgung GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	322.396	376.998	-54.601
3 Sonstige betriebliche Erträge	4.678	8.088	-3.409
4 Materialaufwand	-261.432	-284.781	23.350
5 Personalaufwand	-25.754	-32.365	6.611
6 Abschreibungen	-4.108	-2.988	-1.120
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.108	-2.988	-1.120
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-34.909	-34.392	-517
8 Erträge aus Beteiligungen	21.196	11.713	9.483
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6	5	1
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	716	610	106
11 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	-2.444	2.444
12 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.381	-1.215	-166
13 Steuern vom Einkommen und Ertrag	16	-13.692	13.708
14 Ergebnis nach Steuern	21.425	25.536	-4.111
15 Sonstige Steuern	-252	-234	-18
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21.173	25.302	-4.129

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	27,0 %	27,8 %	-0,8 %
Eigenkapitalrentabilität	31,7 %	35,6 %	-4,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	43,8 %	46,4 %	-2,6 %
Verschuldungsgrad	267,5 %	257,5 %	9,9 %
Umsatzrentabilität	6,6 %	6,7 %	-0,1 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 264 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 251) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Im Jahr 2024 dauerten die geopolitischen und handelspolitischen Spannungen sowie die damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft weltweit an und spiegelten sich in den Prognosen für das globale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wider, das gemäß OECD für das Jahr 2024 bei 3,2 Prozent und somit gleichauf zum Vorjahr lag. Trotz der eingangs erwähnten Herausforderungen ist das globale Wachstum stabil geblieben, während die Inflation weiter nachgelassen und sich der Welthandel etwas erholt hat.

Laut OECD ist die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2024 um 0,7 Prozent gewachsen (2023: 0,5 Prozent) und damit weniger als erwartet. Der Arbeitsmarkt zeigte sich robust und die Inflationsrate lag Ende 2024 bei 2,4 Prozent. Allerdings wirkte die restriktive Geldpolitik der letzten Jahre nach, auch wenn die EZB den Leitzins im Jahr 2024 drei Mal auf 3,0 Prozent zum Jahresende gesenkt hat.

Die EU-Kommission geht in ihrer Herbstprognose davon aus, dass die deutsche Wirtschaft das zweite Mal in Folge schrumpfen soll – nach 0,3 Prozent im Jahr 2023 nun 0,1 Prozent im Jahr 2024.

Gemäß OECD stagnierte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024. Gründe hierfür sind die schwächelnde Industrie, hohe Unsicherheiten bei den Investitionen und restriktive Finanzierungsbedingungen sowie ein Rückgang des Exportgeschäfts mit China.

Die Inflationsrate lag Ende des Jahres bei 2,4 Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte über dem im September prognostizierten Wert von 1,8 Prozent. Der Anstieg ist auf Preissteigerungen unter anderem bei Nahrungsmitteln und bei Dienstleistungen zurückzuführen.

Energiepolitisches Umfeld

International

Die Frage, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2024 weltweit die energiepolitische Debatte.

Auf der UN-Klimakonferenz COP29 im November 2024 in Baku, Aserbaidschan, haben sich Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern getroffen und einen neuen Rahmen für die internationale Finanzierung von Klimaschutz und die Anpassung an die Klimafolgen beschlossen. Demnach soll der jährliche Beitrag in erster Linie der Industriestaaten bis 2035 auf mindestens 300 Milliarden Dollar erhöht werden. Nicht weiter vorangekommen ist man bezüglich neuer Beschlüsse zur Abkehr von fossilen Brennstoffen und zur Senkung des Treibhausgasausstoßes.

Europa

Die aktuelle energiepolitische Debatte in Europa und Deutschland ist stark von Fragen der Bezahlbarkeit geprägt. Die Finanzierung der Energiewende erfordert erhebliche Investitionen, deren Finanzierung jedoch nicht gesichert ist: Die öffentlichen Mittel reichen nicht aus und die Finanzkraft sowie die Verschuldungsfähigkeit der Energiewirtschaft sind unter den gegebenen Rahmenbedingungen begrenzt. Private Investitionen können mobilisiert werden, wenn Projekte wirtschaftlich tragfähig sind und die notwendigen Renditen erzielt werden können - dies gilt insbesondere für vorausschauende Investitionen in den Netzausbau und die Wasserstoffinfrastruktur. Daher muss der Zugang zu Kapital erleichtert werden, z. B. durch eine voll entwickelte Kapitalmarktunion.

Nach den Europawahlen im Juni 2024 und der Wiederwahl von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin verschieben sich daher auch die Prioritäten der EU in Richtung Wettbewerbsfähigkeit und Marktintegration. Ein Clean Industrial Deal soll hier zentrale Hebel ansetzen und dürfte stark durch Mario Draghis Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU geprägt sein, der dafür plädiert, Innovationslü-

cken zu schließen, Energiekosten zu senken und die Versorgungssicherheit zu stärken. Draghis Empfehlungen umfassen die technologische Aufholjagd gegenüber den USA und China, eine Kombination aus Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie den Aufbau einer Kapitalmarktunion zur Nutzung privaten Kapitals.

Der von der Kommission im November 2023 vorgelegte EU Grid Action Plan (EU Grid Action Plan) ist ein umfassendes Maßnahmenpaket, um die Modernisierung und den Ausbau der europäischen Energieinfrastruktur voranzutreiben. Schwerpunkte des Plans sind die Finanzierung, die Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Stromnetze. Dies sind zentrale Punkte, um die Energiewende umzusetzen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit und Netzstabilität in Europa zu gewährleisten. Der EU-Energierat hat am 30. Mai 2024 zudem die Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer nachhaltigen Stromnetzinfrastruktur angenommen. Insbesondere fordert der Rat die Kommission auf, ein regulatorisches Umfeld zu fördern, das den Anforderungen der vereinbarten Dekarbonisierungsziele gerecht wird und gleichzeitig vorausschauende Investitionen erleichtert, und eine Umsetzungsagenda zu entwickeln, um die Mitgliedstaaten in enger Zusammenarbeit mit den Übertragungs- und Verteilernetzbetreibern bei der Beseitigung der Haupthindernisse für die effiziente Nutzung und den Ausbau der Strominfrastruktur zu unterstützen.

Zur Förderung des europäischen Wasserstoffhochlaufs hat die EU im Mai 2024 ein Maßnahmenpaket für Wasserstoff und den dekarbonisierten Gasmarkt verabschiedet. Übergeordnetes Ziel ist es, einen gemeinsamen Rahmen für die Dekarbonisierung des Gas- und Wasserstoffmarktes zu schaffen und den Rechtsrahmen an zukünftige gasförmige Energiemixe anzupassen, die weniger (fossiles) Erdgas und einen steigenden Anteil erneuerbarer und kohlenstoffarmer Gase enthalten. Das Paket sieht vor, dass die meisten Vorschriften, die für das bestehende Erdgasnetz gelten, für dekarbonisierte Gase weitgehend unverändert bleiben und für Wasserstoffnetze übernommen werden. Dies betrifft die eigentumsrechtliche Entflechtung der Übertragungsnetzbetreiber und die Entflechtung der regulierten Anlagen sowie den Zugang Dritter zu den Erdgas- und Wasserstoffnetzen, einschließlich Speicheranlagen und Terminals. Die Verordnung wurde von den Mitgliedsstaaten bis August 2024 umgesetzt.

Deutschland

Auf nationaler Ebene begann das Jahr 2024 mit dem Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) und des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), die im vergangenen Jahr verabschiedet wurden. Beide Gesetze sollen die Wärmewende in Deutschland vorantreiben. Das WPG regelt Einzelheiten zur verpflichtenden Einführung einer kommunalen Wärmeplanung ab 2026 beziehungsweise 2028 (für Kommunen <100.000 Einwohner). Das GEG regelt Einzelheiten zur Umsetzung der Wärmewende für Eigentümer von Neubauten und Bestandsgebäuden. Die beiden Gesetze sind zwar inhaltlich miteinander verknüpft, die Konnektivität ist jedoch teilweise sehr komplex und inkonsistent. Zudem ist der Wärmeplan nach WPG nicht rechtsverbindlich: Die Zuordnung zu einem bestimmten Wärmenetzgebiet bedeutet keine Verpflichtung, eine bestimmte Art der Wärmeversorgung zu nutzen oder anzubieten. Damit fehlt derzeit praktisch allen Infrastrukturbetreibern die notwendige Planungssicherheit. Fehlende Planungssicherheit, auch aufgrund von Konzessionsverträgen, die enden können, bevor sich Investitionen amortisiert haben, kann zu einer Verzögerung von Dekarbonisierungsmaßnahmen führen.

Der massive Ausbau und die Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung sind für die Wärmewende unerlässlich. Im Sommer 2024 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zu den Rahmenbedingungen der Fernwärmeversorgung vorgelegt. Mit der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung vom 5. Februar 2024 soll der sofortige Ausbau neuer, moderner, hochflexibler und klimafreundlicher Kraftwerke (H2-ready) durch Ausschreibungen gefördert werden, die dann ab 2028 in einen Kapazitätsmechanismus eingebunden werden. Die Kraftwerksstrategie kann als richtiger Schritt angesehen werden, allerdings sind noch viele wichtige Aspekte offen, wie zum Beispiel die Höhe der ausgeschriebenen Gesamtkapazität (derzeit sind nur 4 x 2,5 MW angekündigt) und wie diese Kapazitäten in einen zukünftigen Kapazitätsmarkt integriert werden, für den im August erste Konzepte vorgeschlagen wurden. Darüber hinaus muss das Thema mit den Leitlinien für staatliche Beihilfen in Einklang gebracht werden, was den Nachweis einer Versorgungslücke erfordert und im Hinblick auf die angestrebte regionale Verteilung der Kraftwerke die Frage der Gebotszoneneinteilung wieder auf die Tagesordnung bringt. Ein wichtiger Punkt ist auch die Frage, ob ein vorgezogener Zubau vor dem geplanten Kohleausstieg 2030 möglich ist.

Die Einführung eines Kapazitätsmechanismus bis 2028 wurde ebenfalls im Rahmen der Vorstellung der Kraftwerksstrategie am 5. Februar 2024 angekündigt. Im August 2024 veröffentlichte die Bundesregierung ein Papier mit Optionen für das Strommarktdesign der Zukunft. Darin enthalten ist ein Vorschlag

für einen hybriden Kapazitätsmarkt. Dieser sieht vor, den Markt in zwei Teile zu gliedern: einen zentralen Kapazitätsmarkt für Investitionen mit längeren Refinanzierungszeiträumen und einen dezentralen Markt, der Bilanzkreisverantwortlichen den Zugang zu Kapazitätszertifikaten ermöglicht und sie dazu verpflichtet, zu bestimmten Zeiten im Jahr die jeweilige Höchstlast sicherzustellen.

Im Hinblick auf das Ausschreibungsverfahren für neue Kraftwerke wird die Herausforderung darin bestehen, möglichst schnell klare und umfassende Rahmenbedingungen für Kapazitätsmechanismen zu definieren, um unnötige Kosten durch Risikopreise zu vermeiden. Der hybride Kapazitätsmarkt soll die Vorteile des zentralen und des dezentralen Kapazitätsmarktes vereinen, bringt aber auch einen deutlich höheren administrativen Aufwand mit sich. Ziel sollte es sein, einen möglichst offenen und damit liquiden Kapazitätsmarkt zu schaffen, der auch Lastmanagement und Speicher einbezieht. Als Vorbild könnte der belgische Kapazitätsmarkt dienen, zumal dieser bereits von der EU-Kommission geprüft wird. Inwieweit die Kraftwerksstrategie und der Vorschlag eines hybriden Kapazitätsmechanismus nach Bildung der neuen Bundesregierung noch Bestand haben werden, ist jedoch völlig ungewiss.

Darüber hinaus sollten regionale Flexibilitätsmärkte auch für Netzengpässe etabliert und eine entsprechende räumliche Zuordnung von Erneuerbare-Energien-Anlagen (gegebenenfalls unter Einbeziehung von Speichern oder H₂-Senken) gefördert werden. Das Gesetz zum Smart Meter Rollout in Deutschland (GNDEW) ist am 27. Mai 2023 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den Einbau von Smart Meter deutschlandweit zu beschleunigen. Bis 2032 sollen diese flächendeckend in Haushalten und Unternehmen zum Einsatz kommen.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich weiterhin in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Neben den energiepolitischen Debatten und den teils unklaren Rahmenbedingungen, sorgt der anhaltende Russland-Ukraine Krieg für große volkswirtschaftliche Unsicherheiten und beeinflusst den Energiesektor. Die Folgen des Kriegs haben auch Auswirkungen auf unser Geschäft. Insbesondere die volatilen Commodity-Preise wie auch das Energienachfrageverhalten haben Einfluss auf unsere Aktivitäten und sind in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

Energiepreisentwicklung

Die geopolitischen Krisen und Kriege, die in den Vorjahren begonnen haben, haben sich auch im Jahr 2024 fortgesetzt und die Energiemärkte beeinflusst. Dies gilt insbesondere für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die diversen kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Hinzu kamen in diesem Jahr politische Ereignisse in den westlichen Demokratien (Präsidentenwahl in USA, gescheiterte Regierungskoalitionen in Frankreich und Deutschland), die zu Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung dieser Länder im Spannungsdreieck „Wirtschaftlichkeit – Klimaschutz – Versorgungssicherheit“ geführt haben.

Aufgrund einer stabilen und diversifizierten Versorgungssituation haben sich die Energiepreise im Jahre 2024 seitwärts bewegt, auch wenn es mitunter zu starken Preisschwankungen durch die (geo-) politischen Unsicherheiten gekommen ist.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom befanden sich zum Ende des Geschäftsjahres 2024 in etwa auf demselben Niveau wie zu Jahresanfang (90 – 95 €/MWh für das Base-Produkt 2025). Konnte in den ersten beiden Monaten noch eine kontinuierliche Abwärtsbewegung verzeichnet werden (tiefster Preis am 23.02.: 69 €/MWh), erholten sich die Preise anschließend wieder und schwankten mit einer hohen Volatilität zwischen 85 und 100 €/MWh. Der Jahresmittelwert betrug für das Grundlastprodukt 2025 etwa 89 €/MWh und lag damit ca. 35% unter dem Vorjahreswert. Die Seitwärtsbewegung bei den Preisen ist auf eine stabile Angebotssituation (Steigerung der Einspeisung Erneuerbarer Energien und hohe Verfügbarkeit der konventionellen Kraftwerke, u. a. auch der Kernenergie in Frankreich) zurückzuführen. Hinzu kommt, dass sich die für die Kostenstruktur in der konventionellen Stromversorgung wichtigen Energieträger gegenseitig neutralisiert haben (Preissteigerungen bei Gas, leichte Preisrückgänge bei Kohle, Öl und CO₂).

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2024 leicht gestiegen. Nach den bis Ende Februar fallenden Preisen (Minimum für das Produkt Cal 2025: 28 €/MWh) ist die Preiserholung im Jahresverlauf deutlich stärker ausgefallen als bei Strom. Am Jahresende standen die Preise etwa 20-25 % höher als zu Beginn des Jahres. Der Jahresmittelwert lag mit 38 €/MWh aber auch in diesem Jahr deutlich unter dem Vorjahreswert (53 €/MWh). Auch am Gasmarkt haben die geopolitischen Krisen für große Preisschwankungen gesorgt. Neue Nachrichten aus der Ukraine oder dem Nahen Osten haben häufig zu nervösen und manchmal übertriebenen Aktivitäten am Großhandelsmarkt geführt. Zudem sind bei Gas immer auch die Wittersituation und die Füllstände der Gasspeicher von großer Bedeutung. Während der Winter 23/24 relativ mild ausfiel und die Speicherstände im Frühjahr ein hohes Niveau aufwiesen (>65% in Deutschland), hat der Winter 24/25 im Mittel kälter begonnen, so dass die Speicher schneller entleert wurden als in den Vorjahren. Befürchtungen einer Knappheitssituation in der Gasversorgung sind angesichts einer stabilen Pipelineversorgung aus Norwegen sowie der neu errichteten deutschen LNG-Terminals jedoch unbegründet.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Im Jahr 2024 setzte sich die Erholung des Energiemarktes fort. Die Energiepreise blieben zwar volatil, jedoch stabilisierten sich die Beschaffungskonditionen weiter. Dank dieser Entwicklung konnten konstante Absatzpreise realisiert werden. Im Sondervertragskundengeschäft wurden die 2022 eingeführten risikominimierenden Einschränkungen nahezu vollständig aufgehoben, wodurch Angebote mit kürzeren Bindefristen möglich waren. Dennoch wurden die Vielzahl der Verträge weiterhin in den für die EWW risikoarmen Vertragstypen (z.B. Tranchenverträgen) abgeschlossen. Im Tarifikundengeschäft sind wieder verstärkt Konkurrenten an den Markt zurückgekehrt, welche eher eine sehr kurzfristig orientierte Beschaffungsstrategie verfolgen. Dies hat zu einem großen Kundenwechselverhalten – im Wesentlichen über die Vergleichsportale – geführt.

Projekt SAP S4/HANA

Die EWW nutzt bislang als ERP den von E.ON angebotenen ESM-Standard auf Basis von SAP R3. SAP hat die Technologie überarbeitet und wird keine weitere Entwicklung im R3-Umfeld starten, die Nachfolgetechnologie ist S4/HANA. In diesem Kontext hat E.ON gegenüber EWW den Vertrag für die weitere Bereitstellung des ESM zum 31.12.2025 gekündigt und wird der EWW auch nicht die Nachfolgeplattform zur Verfügung stellen. Vor diesem Hintergrund hat sich EWW entschieden, S4/HANA in Eigenregie zum 01. Januar 2026 einzuführen. Die EWW wird im Rahmen der Einführung vom Dienstleister und SAP-Partner adesso SE begleitet. Offizieller Projektstart war im August 2024.

Konzessionen EWW

Die EWW konnte in 2024 wichtige Erfolge im Rahmen des Konzessionswettbewerbs erzielen. So konnten die Konzessionen für Strom (Innenstadt) und Erdgas in Eschweiler und Stolberg langfristig verlängert werden. Mit ihrem Partner Regionetz ist die EWW dort somit auch in Zukunft für den Betrieb der Netze zuständig.

Wiederaufbauhilfen und Wiedereinzug Ketschenburg

Infolge der Schäden durch Starkregen und Hochwasser im Juli 2021 hat die EWW im Geschäftsjahr 2022 Wiederaufbauhilfen im Rahmen der Förderrichtlinie Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen vom 10. September 2021 für den Wiederaufbau der Ketschenburg beantragt. Von den bisher beantragten Wiederaufbauhilfen von insgesamt 11,6 Mio. € wurden bislang 7,2 Mio. € bewilligt (im Berichtsjahr wurden weitere Anträge in Höhe von 4,4 Mio. € eingereicht, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung jedoch noch nicht bewilligt waren) und 3,8 Mio. € ausgezahlt.

Der offizielle Wiedereinzug in das Verwaltungsgebäude der EWW ist im August 2024 erfolgt, die Eröffnungsfeier im Kreise der Anteilseigner fand am 02. September statt. Die Mischung zwischen Home-Office und Präsenzarbeit auf Basis der Betriebsvereinbarung zum mobilen Arbeiten wird von den Mitarbeitenden sehr gut angenommen. Die EWW kann sich mit den geschaffenen Arbeitsbedingungen als

sehr attraktiver Arbeitgeber positionieren, was die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung im November 2024 deutlich bestätigten.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2024 21,2 Mio. € gegenüber 25,3 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach niedriger als dies in der Prognose des Vorjahres (24,2 Mio. €) geplant war, insbesondere bedingt durch einen zunehmenden Wettbewerb.

Investitionen: Die EWW investierte im Jahr 2024 4,3 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €, geplant waren 13,2 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht wurden. Diese Investitionen werden zum größten Teil im Jahr 2025 erfolgen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. Im Jahr 2024 hat die EWW 551 GWh Strom (Vorjahr 539 GWh, geplant 708 GWh) und 1.173 GWh Gas (Vorjahr 1.189 GWh, geplant 1.258 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2024 belaufen sich auf 322,4 Mio. € (Vorjahr: 377,0 Mio. €, geplant 357,1 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 140,9 Mio. € (Vorjahr 163,9 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 125,9 Mio. € (Vorjahr: 156,5 Mio. €) sowie 5,4 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. In den genannten Segmenten sanken die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von durchgeführten Vorjahrespreissenkungen, die im Berichtsjahr nun vollständig Wirkung zeigten. Die geringeren Umsatzerlöse gegenüber der Planung resultieren aus Temperatureffekten sowie einem zunehmenden Wettbewerb, der zu erhöhten Kundenabgängen geführt hat.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 27,1 Mio. € (Vorjahr: 26,0 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 23,0 Mio. € (Vorjahr: 24,0 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gas-mengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Im Berichtsjahr wurden keine Preisanpassungen am aktiven Produktportfolio vorgenommen. Die wirksam gestiegenen Netzentgeltkosten zum 01.01.2024 wurden nicht an die Verbraucher weitergereicht, um somit die Wettbewerbsfähigkeit der aktiven Produkte zu gewährleisten. Im Zuge der sich stabilisierenden Beschaffungsmärkte kam es im Jahr 2024 zu einem verstärkten vertrieblichen Wettbewerb. Dies führte dazu, dass die Kundenanzahl im Strom um ca. 2.700 Kunden gesunken ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge im Jahr 2024 im Wesentlichen über Tranchen- oder spotinduzierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWW weitestgehend risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2024 bei 551 GWh und damit leicht über der Abgabemenge des Vorjahres (539 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Das geringe Absatzwachstum resultiert aus positiven periodenfremden Absatzmengen im Geschäftskundenbereich, welchen Rückgänge im Privatkundensegment gegenüberzustellen sind. Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 172 GWh auf private Haushalte, 23 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 355 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2023 für 2024 wurden 157 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus den vorgenannten Kundenabgängen resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Analog zum Stromsegment wurden im Gas keine Preisanpassungen im aktiven Produktportfolio durchgeführt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte zu gewährleisten. Der wieder einsetzende Wettbewerb ist auch im Erdgassegment sichtbar und führte zu ca. 3.700 Kundenabgängen. Um Rückvermarktungsschäden sowie weitere Kundenabgänge zu vermeiden, sind Preisanpassungen ausgeblieben und der Online-Vertrieb wurde auf Vergleichsportalen gestärkt.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risikauflagen (analog zum Stromgeschäft).

Die Erdgasabsatzmenge 2024 liegt mit rund 1.173 GWh insgesamt 16 GWh unter der des Vorjahres (1.189 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Kundenabgängen. Gegenüber der Prognose aus 2023 für 2024 wurden 85 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie Mengeneffekten durch Kundenabgänge im Segment Privat- und Gewerbekunden resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 21,2 Mio. € (Vorjahr: 25,3 Mio. €), womit das Ergebnis unter der Planung i. H. v. 24,2 Mio. € liegt.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2024		2023		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	322.396	100,0%	376.998	100,0%	-54.602	-14,5%
Materialaufwand	-281.432	-81,1%	-284.781	-75,5%	23.349	8,2%
Rohergebnis	60.964	18,9%	92.217	24,5%	-31.253	-33,9%
Andere betriebliche Erträge	4.678	1,5%	8.088	2,1%	-3.410	-42,2%
Personalaufwand	-25.754	-8,0%	-32.365	-8,6%	6.611	20,4%
Andere betriebliche Aufwendungen	-39.269	-12,2%	-37.614	-10,0%	-1.655	-4,4%
Betriebsergebnis	619	0,2%	30.326	8,0%	-29.707	-98,0%
Beteiligungsergebnis	21.196	6,6%	9.268	2,5%	11.928	128,7%
Zinsergebnis	-659	-0,2%	-600	-0,2%	-59	-9,8%
Steuerergebnis	16	0,0%	-13.692	-3,6%	13.708	100,1%
Jahresüberschuss	21.173	6,6%	25.302	6,7%	-4.129	-16,3%

Die Umsatzerlöse sanken um 14,5 % bzw. 54,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 322,4 Mio. €. Die Abweichung zur Planung von 357,1 Mio. € beruht insbesondere darauf, dass die im Vorjahr aufgestellte Planung für 2024 ein weiterhin hohes Energiepreinsniveau unterstellte und Preisanpassungen nicht ausgeschlossen werden konnten, aber letztendlich ausgeblieben sind.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche temperaturbedingte Mengeneffekte und eine volatile Preissituation am Kurzfristmarkt. Die Gaserlöse sanken um 30,6 Mio. € von 156,5 Mio. € auf 125,9 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 23,1 Mio. € auf 140,9 Mio. € gesunken, insbesondere bedingt durch die ausbleibende Weitergabe von Netzentgelten und Umlagen, um Produkte auf einem wettbewerbsfähigen Preisniveau anbieten zu können.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen aufgrund von niedrigeren Absatzpreisen gegenüber dem Vorjahr von 6,5 Mio. € auf 5,4 Mio. € gesunken.

Der Materialaufwand reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 23,3 Mio. € auf 261,4 Mio. €, einerseits durch niedrigere Beschaffungskosten in Terminmarktgeschäften sowie andererseits durch eine niedrigere Kundenanzahl im Aufsatzpunkt des Geschäftsjahres.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr im Strom um 45% gestiegen, wohingegen im Gas die Netzentgelte um 3% gesunken sind. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Umlagen im Stromsektor um 15% gestiegen. Im Gasgeschäft sind zudem höhere Kosten in der CO₂-Umlage und der Gasspeicherumlage sichtbar gewesen.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 61,0 Mio. € (Vorjahr: 92,2 Mio. €) bzw. 18,9 % der Umsatzerlöse, was einen Rückgang i. H. v. 33,9 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (2,5 Mio. €, Vorjahr: 3,1 Mio. €) sowie Erträge aus der Zuschreibung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (0,5 Mio. €, Vorjahr: 2,7 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 25,8 Mio. € und verringerte sich um 20,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die Reduktion ist insbesondere auf gesunkene Rückstellungen für gutachterlich bewertete Deputate zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € auf 4,1 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € von 37,6 Mio. € auf 39,2 Mio. €, insbesondere bedingt durch um 2,2 Mio. € erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Instandsetzung des flutgeschädigten Hauptsitzes in Stolberg.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich infolge des deutlichen Rückgangs des Rohergebnisses um 29,7 Mio. € auf 0,6 Mio. €.

Das negative Zinsergebnis beträgt 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Zinsen für die Bewertung der Pensionsrückstellungen i. H. v. 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) sowie dem Zinsergebnis im Zusammenhang mit Kreditverbindlichkeiten/Bankguthaben von -0,2 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen liegt bei 21,2 Mio. € (Vorjahr: 9,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 18,6 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €). Zudem sind hierin weitere Beteiligungserträge i. H. v. 2,6 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) enthalten.

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2024 mit einem Betrag i. H. v. 0,0 Mio. € (Vorjahr: 13,7 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr – bei einem periodenfremden Steuerertrag von 16 T€ – 0,1 % (Vorjahr: -34,9%). Aufgrund steuerlicher Umkehreffekte aus dem Vorjahr im Zusammenhang mit Personalarückstellungen sowie größtenteils steuerfreier Beteiligungserträge sind im Berichtsjahr keine laufenden Steuern angefallen.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht vermindert bei 6,6 % (Vorjahr: 6,7 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 21,2 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 29,8 % (Vorjahr: 37,9%) erzielt. Die EBIT-Marge - ohne Berücksichtigung von Beteiligungserträgen – beträgt 0,3 % (Vorjahr: 8,1 %).

Investitionen

Im Berichtsjahr 2024 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,3 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen, den immateriellen Vermögensgegenständen sowie Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 2,7 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagen-Contractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	152,6	61,6%	153,0	59,9%	-0,4	-0,3%
- davon Sachanlagen	17,1	6,9%	17,1	6,7%	0,0	0,0%
- davon Finanzanlagen	134,3	54,2%	134,3	52,5%	0,0	0,0%
Umlaufvermögen	92,2	37,2%	100,3	39,2%	-8,1	-8,1%
- davon Forderungen aus LuL	36,8	14,8%	46,2	18,1%	-9,8	-20,8%
Rechnungsabgrenzungsp.	3,0	1,2%	2,3	0,9%	0,7	30,4%
	247,8	100,0%	255,6	100,0%	-7,8	-3,1%
Passiva						
Eigenkapital	66,9	27,0%	71,0	27,8%	-4,1	-5,8%
Rückstellungen	106,4	42,9%	120,6	47,2%	-14,2	-11,8%
- davon Pensionsrückstellungen	55,1	22,2%	59,1	23,1%	-4,0	-6,8%
Verbindlichkeiten	72,5	29,3%	62,3	24,4%	10,2	16,4%
- davon ggüber Kreditinstituten	30,2	12,2%	32,0	12,5%	-1,8	-5,6%
Rechnungsabgrenzungsp.	2,0	0,8%	1,7	0,7%	0,3	17,6%
	247,8	100,0%	255,6	100,0%	-7,8	-3,1%

Die Bilanzsumme verringerte sich um 7,8 Mio. € von 255,6 Mio. € auf 247,8 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür ist die Entwicklung der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Rückgang der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (-9,2 Mio. €), für Steuern (-3,2 Mio. €) und für Deputatsverpflichtungen (-3,1 Mio. €). Gegenläufig wirkte sich insbesondere der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 8,7 Mio. € aus.

Die Anlagenintensität liegt bei 61,6 % (Vorjahr: 59,9 %).

Das Eigenkapital zeigt sich leicht verringert bei 27,0 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 27,8 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 55,1 Mio. € (Vorjahr: 59,1 Mio. €) betragen. Diese machen 22,2 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen i. H. v. 1,8 Mio. € um 5,6 % auf 30,2 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow auslaufender Geschäftstätigkeit sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2024	2023	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1,9	25,0	-26,9
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	11,4	11,1	0,3
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-28,7	-31,4	2,7
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-19,2	4,7	-23,9
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	35,3	30,6	4,7
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	16,1	35,3	-19,2

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr von 25,0 Mio. € auf -1,9 Mio. € vermindert.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWW. Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen.

Im Berichtsjahr ist der Rückgang des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere auf die Entwicklung der Rohmarge zurückzuführen. Geringeren Erlösen im Strom und Gas (insbesondere aufgrund von Temperatureffekten sowie Kundenabgängen) standen in Relation zur Beschaffungsmenge erhöhte Beschaffungskosten gegenüber. Zudem konnten aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs Netzentgelte und Umlagen im Strom nicht in Gänze an die Kunden weitergegeben werden. Des Weiteren hatten sich im Vorjahr die von der KfW erhaltenen Erstattungsbeträge im Rahmen der Energiepreiskontrollen positiv auf den Cash-Flow ausgewirkt.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 11,4 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € erhöht. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit Einzahlungen der Regionetz im Rahmen der Vorabgewinnausschüttung i. H. v. 13,2 Mio. € sowie weitere Beteiligungserträge i. H. v. 2,6 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,1 Mio. €, Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 4,0 Mio. € sowie in Beteiligungen i. H. v. 0,2 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -28,7 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 21,0 Mio. €) sowie Darlehensstilgungen i. H. v. 2,5 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 21,9 Mio. € (Vorjahr: 24,4 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 16,1 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 8,2 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 16,1 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 8,2 Mio. €. Der Finanzmittelfonds reduzierte sich demnach um 19,2 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 30,2 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 34,3 %.

Die Geschäftsführung der EWW bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die EWW durchschnittlich 264 (Vorjahr: 251) Mitarbeitende. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWW zwölf Mitarbeitende in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/"Switch")
- Personaldienstleistungskauffrau/-mann
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement
- Fachinformatiker/-in - Fachrichtung Systemintegration
- Fachinformatiker/-in - Fachrichtung Prozess- und Datenanalyse

An ehemalige Mitarbeitende und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,33 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. Der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 367.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2024 wurde durch die Personalentwicklung im Auftrag der Geschäftsführung abermals eine Mitarbeitenden Befragung durchgeführt. Mit einer erneut überragenden Teilnahmequote von 89 % konnten weitere wertvolle Rückmeldungen für die Weiterentwicklung der EWW gesammelt werden. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich das Ergebnis EWW-weit in allen Feldern nochmals verbessert. Besonders stark zeigt sich das bei der strategischen Ausrichtung – aber auch beim Thema Stress und Belastung. Beide Kategorien wurden deutlich besser bewertet. Auch das neue Führungsleitbild wurde insgesamt positiv wahrgenommen. Die Weiterempfehlungsrate (eNPS) hat sich deutlich von 43,75 im Vorjahr auf 60,26 gesteigert. Auch der Zufriedenheitsindex (ESAT) ist von 72,39 im Vorjahr auf 76,68 weiter gestiegen. Die positive Entwicklung ist ein klarer Ansporn, weiter an Verbesserungen zu arbeiten.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeitenden. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeitende geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“ Dies gilt insbesondere in Zeiten des digitalen und hieraus resultierenden dezentralen Arbeitens. Darüber hinaus wurden durch das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zahlreiche Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeitenden konzipiert und durchgeführt.

Klima- und Umweltschutz

Die Förderung des Klima- und Umweltschutzes genießt bei der EWW eine hohe Priorität. Die EWW fördert unter anderem den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. Das Thema (ökologische) Nachhaltigkeit ist auch fester Bestandteil der EWW-Strategie der Zukunft. In diesem Zusammenhang hat die Geschäftsleitung der EWW im Jahr 2024 auch die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichtes beschlossen, der erstmals im Jahr 2026 auf Basis der Geschäftszahlen des Jahres 2025 veröffentlicht werden soll.

Die EWW berät mit ihrem Netzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWW erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei der EWW orientiert sich das Risikomanagementsystem an dem des Hauptgesellschafters E.ON.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativen Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierte Margengenerierung infolge steigenden Wettbewerbs.

Strategische Risiken

Strategische Risiken sind insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen. Beispielsweise birgt auch die sich aktuell vollziehende Energiewende Risikopotenziale, ist aber auch Chance zugleich.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hierin werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im IT- oder administrativen Bereich. Trotz Implementierung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWW sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich Human Resources gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Eine gewisse Steuerung und Minimierung sozialer und ökologischer Risiken stellt die EWV über die Einbindung in das E.ON-konzernweite Environmental, Social, Governance (ESG)-Reporting sicher.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

1 Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:

- 1) Niedrig (>1 bis 10 %)
- 2) Mittel (>10 bis 20 %)
- 3) Hoch (>20 bis 50 %)
- 4) Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

1) Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:

- a) Gering (0 bis 10 %)
- b) Mittel (>10 bis 20 %)
- c) Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
- d) Kritisch (>50 %)
- e) Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die fünf wertwichtigsten Risiken:

1. Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Das erfasste (extreme) Szenario unterstellt einen Schadensfall der gleichen Größenordnung wie dem Hochwasser im Jahr 2021, allerdings ohne Intervention eines staatlich aufgelegten Hilfsfond bzw. der Gebäudeversicherung.

2. Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit der größten jährlichen Liefermenge dar.

3. Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc.

Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom.

4. Margenminderung aufgrund höherer Kundenabgänge und Wechsler (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. erfolglose Kündigungsverhinderungs- und Akquisitionsversuche in dem angegebenen Zeitfenster, allgemeine Zunahme der Wechselbereitschaft, äußere Marktstörungen, die Energiewende, Kündigungen aufgrund von Wechseln wegen neuer Preisanpassungsklauseln.

5. Ergebnisrückgang aufgrund höherer Gewalt (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Mögliche Ursachen können beispielsweise Wetterextreme (Hochwasser) oder andere Naturkatastrophen, oder aber auch Kriege sein. Bewertet werden hier die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen, die solche Ereignisse auf die Geschäftstätigkeit der EWW haben.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen

Die weitere Einbindung erneuerbarer Energien in unser Portfolio ist ein zentraler Schritt, um eine führende Rolle bei der Energiewende in der Städteregion Aachen einzunehmen. Gleichzeitig bleiben wir ein verlässlicher Anbieter konventioneller Produkte. Für die EWW ergeben sich dadurch vielversprechende Chancen, sowohl durch die Entwicklung und Vermarktung von Energiewende-Produkten für Privatkunden wie beispielsweise Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und ein Angebot rund um E-Mobilität als auch durch Investitionen in größere regionale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Dies ermöglicht die Erschließung neuer Märkte und die Weiterentwicklung bestehender Produkte und Initiativen. Allerdings hängt das Potenzial für Investitionen in Photovoltaik, Windparkprojekte und E-Mobilität maßgeblich von den jeweils geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ab.

Auch für 2025 erwarten wir ein anhaltend hohes Interesse an klimafreundlichen Lösungen für die Wärmeversorgung. Die Verpflichtung der Kommunen in NRW zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung eröffnet der EWW weiterhin die Möglichkeit, als verlässlicher Partner Angebote für die Konzeption solcher Planungen einzubringen. Bereits 2024 konnten wir mit drei Kommunen entsprechende Planungen starten und erwarten die finalen Ergebnisse im Laufe des Jahres 2025. Wir streben an, dieses Engagement im Jahr 2025 bei weiteren Kommunen auszubauen. Neben der Unterstützung bei der kommunalen Wärmeplanung setzen wir auch zukünftig auf die Umsetzung nachhaltiger Nahwärmekonzepte in Neubaugebieten. Diese Aktivitäten werden durch die Klimaneutralitätsziele vieler Gemeinden und die Aussicht auf ein Verbot rein fossiler Heizsysteme begünstigt. Gemeinsam mit dem wachsenden Umweltbewusstsein der Bürger sehen wir erhebliche Chancen, Nahwärmeprojekte voranzutreiben und den Absatz von Wärmepumpen weiter zu steigern.

Das wachsende Marktpotenzial der Elektromobilität bietet uns die Möglichkeit, unser Geschäft im Bereich der Ladeinfrastruktur weiter signifikant auszubauen. Mit gezielten Investitionen in öffentliche Ladepunkte schaffen wir nicht nur eine verlässliche Einnahmequelle in einem zukunftssträchtigen Markt, sondern stärken auch unsere regionale Präsenz im Versorgungsgebiet. Aufbauend darauf befinden wir uns in der Anfangsphase der Entwicklung komplexer Abrechnungsmodelle für gewerbliche Anwendungen. Insgesamt erkennen wir in allen Bereichen der Elektromobilität eine zunehmende strategische Relevanz für die EWW.

Prognosebericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die anhaltenden geopolitischen Krisen und die damit verbundenen Unsicherheiten wirken sich auch auf die Entwicklung der Wirtschaft aus. Somit sind sie in den Prognosen für das Wirtschaftswachstum berücksichtigt. Die OECD geht von einem globalen Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 und 2026 von 3,3 Prozent aus.

Für den Euroraum prognostiziert die OECD ein Wirtschaftswachstum für das Jahr 2025 von 1,3 Prozent und für das Jahr 2026 von 1,5 Prozent. Die europäische Wirtschaft soll sich langsam erholen, jedoch ist es für die einzelnen Staaten eine Gratwanderung, einerseits die Schulden zu senken und andererseits das Wachstum anzuschieben.

Mit Blick auf Deutschland erwartet die OECD für die Jahre 2025 und 2026 ein BIP-Wachstum von 0,7 Prozent respektive 1,2 Prozent. Mitte des Jahres sind die Experten noch von leicht höheren Wachstumsraten ausgegangen. Als Begründung für die schlechteren Erwartungen werden unter anderem der Fachkräftemangel und ein schwacher Binnenkonsum genannt. In den Prognosen sind niedrige Inflationsraten (2025: 2,0 Prozent und 2026: 1,9 Prozent) und steigende Löhne berücksichtigt, die die Realinkommen und den privaten Verbrauch stützen sollen. Die privaten Investitionen sollen sich dank der hohen Ersparnis der Unternehmen und der langsam sinkenden Zinssätze nach und nach beleben. Politische Unsicherheiten werden das Investitionsklima voraussichtlich weiter belasten. Weiter wird davon ausgegangen, dass sich die Exporte unter dem Einfluss der steigenden Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern allmählich erholen.

Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bisher bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird bedingt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren sukzessive zurückgehen. In welchem Umfang und Tempo dies passieren wird, hängt auch von der energiewirtschaftlichen Agenda der neuen Bundesregierung ab, die sich nach den Neuwahlen im Februar 2025 bilden wird. Davon abgesehen plant die EWW eine höchstmögliche Kompensation zurückgehender Liefermengen im Gas durch ansteigende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation in der Region dar. Hier gilt es, Einbindung und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung über Investitionen erfolgt. Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Belange der Kommunen in der Region kommt es im hohen Maße auf einen effizienten Einsatz der Ressourcen (Projektmanager, Investitionen, etc.) an. Dabei sind auch die Transformationspläne für die eigenen Fernwärmenetze und die des Netzbetreibers Regionetz aufeinander abzustimmen. Die EWW hat dazu ein strategisches Projekt aufgesetzt, welches einen langfristigen Charakter haben wird. Zentraler Baustein wird das Wasserstoffkernnetz sein, welches eine Anbindung einzelner Industriebetriebe in der Region wohl vor 2030 ermöglicht. Zudem kann die Verwendung an Wasserstofftankstellen eine Option sein.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid / intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es weiterhin den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es, alle Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Ein systematischer Angang von potentiellen Flächen und die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern sind essentiell. Dies gilt im Kern auch für den Hochlauf der öffentlichen Ladeinfrastruktur, der von EWW forciert wird.

EWW sieht derzeit Chancen für neue Geschäftsfelder u.a. durch neue Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Smart-Meter-Roll-Out aber auch in der Beteiligung an Großbatteriespeichern. Entsprechende Initiativen wurden gestartet.

Die EWW will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Hierzu sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

Einen wichtigen strategischen Eckpfeiler der EWW stellt die Digitalisierung dar. Die Vorteile der Digitalisierung sollen optimal unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse genutzt werden. Dabei wird auch zunehmend der Einsatz von künstlicher Intelligenz eine Rolle spielen. Zudem wird zu Beginn des Jahres 2026 ein neues SAP-System eingeführt.

Die Fähigkeit mittels Daten Mehrwerte zu schaffen, ist heutzutage eine Schlüsselkompetenz für nahezu alle Unternehmen, um wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Um diese Fähigkeit der Datenwertschöpfung aufzubauen und ein effizientes Datenmanagement zu etablieren, wird zum 01. Januar 2025 die neue Stabsstelle „Daten & Analytics“ gegründet. Die Datenstrategie soll mittelfristig auf die Zielerreichung der vier Säulen der Unternehmensstrategie – Digitaler Wandel, Kunde, Wachstum und Arbeitgeberattraktivität – einzahlen.

Im Vertrieb ist bereits im Verlaufe des Jahres 2024 die Umsetzung der ersten spezifischen Anwendungsfälle der Datenstrategie gestartet. Die EWW betrachtet die neue Datenstrategie als große Chance, die Erreichung der Unternehmensziele zielgerichtet zu unterstützen. Zu diesem Zweck ist die EWW gewillt, in den kommenden Jahren eine hohe Datenkompetenz in allen Bereichen und Ebenen zu verankern und das Thema Datenkultur im Unternehmen gezielt voranzutreiben.

Dem allgemeinen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt wird die EWW durch eine erhöhte Arbeitgeberattraktivität entgegenwirken. Ein hohe Mitarbeitendenzufriedenheit stellt hierzu die Basis dar. Zudem hat die EWW im Jahr 2024 auch ein übergreifendes Projekt zur „strategischen Personalplanung“ gestartet, um die Personalplanung auf die Herausforderungen der Zukunft, sowohl in Bezug auf die dynamische Entwicklung in der Energiebranche als auch hinsichtlich der erforderlichen Schlüsselqualifikationen und des sich verändernden Fachkräfteangebots, auszurichten. Dieses Vorgehen soll bis zur Mittelfristplanung im Juli 2025 bereits das erste Mal durchgeführt werden und kurz- bis mittelfristig die bisherige Personalplanung der EWW, die überwiegend auf der Basis von quantitativen Daten erfolgte, ablösen.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz stellt einen zentralen Baustein in der politischen Arbeit dar. Am 3. Juli 2020 wurde der sukzessive Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2038 im Deutschen Bundestag beschlossen. Seit Mai 2021 sind eindeutige Vorgaben zum Klimaschutz in einem eigenen Gesetz verankert. Dieses sieht vor, dass Deutschland den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65% gegenüber 1990 zu senken hat. Bis 2040 sollen es 88% sein, bevor Deutschland im Jahr 2045 letztendlich Treibhausgasneutralität erreichen soll.

Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EU-Gesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die Städteregion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neuen Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue

Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

EWV Schwerpunkte

Die EWV verfolgt eine mittelfristige Unternehmensstrategie, die verschiedene Schwerpunkte umfasst und das Thema Nachhaltigkeit als zentralen Unterbau vorsieht.

So verfolgt die EWV das ambitionierte Ziel, zu einem der besten Arbeitgeber in der Region zu werden. Die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden steht im Fokus und wird im Rahmen von Mitarbeitendenbefragungen kontinuierlich gemessen und verbessert. Angesichts der Herausforderung von Fachkräftemangel und demografischem Wandel gilt es, bestehende Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig neue Fähigkeiten zu erlernen. Dies ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens zu erhalten und sich in einer ständig verändernden Arbeitswelt zu behaupten.

Die EWV sieht die Digitalisierung als einen entscheidenden Faktor für den langfristigen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens in einem immer stärker werdenden digitalen Geschäftsumfeld. Vor diesem Hintergrund wird man auch verstärkt auf automatisierte Prozesse und künstliche Intelligenz setzen.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) sogenannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsam mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen.

Ein zentrales Vorhaben bildet die sogenannte Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt insbesondere das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zwecks Weiterentwicklung und möglicher Umsetzung des Vorhabens wird derzeit eine Projektstruktur unter Beteiligung der EWV erarbeitet.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2025 320,3 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 580 GWh Strom und 1.331 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 138,4 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 125,4 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2025 wird gemäß Plan bei 24,5 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 18,2 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2025 beträgt ca. 25,3 Mio. €.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2024 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Bedenbecker, Nicolai	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	Vorsitzende(r)	
Dr. Küppers, Stefan Vorstand Westenergie AG	1. stv. Vorsitzende(r)	
Kohlen, Thomas Betriebsratsvorsitzender EWW	2. stv. Vorsitzende(r)	
Bachmann, Erik Abteilungsleiter Kundenservice/Abrechnung/Debitoren	-	
Back, Dieter Gruppenleiter Lager & Material	-	bis 26.02.2024
Becker, Udo Betriebsratsvorsitzender Regionetz	-	
Danelzik, Sarah Senior Vice President Order2Cash	-	
Dipl.-Ing. Spelthahn, Wolfgang Landrat des Kreises Düren	-	
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	-	
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Finke, Guido stv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Greven, Tanja	-	ab 26.02.2024
Hermanns, Karl-Heinz Städteregionstagsmitglied	-	
Kever, Astrid stv. Betriebsratsvorsitzende	-	
Krauthausen, Dietmar Ratsmitglied Stadt Eschweiler	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Mingers, Sebastian	-	ab 26.02.2024
Prof. Dr. Schröder, Achim Vorstand	-	
Pusch, Stephan Landrat des Kreises Heinsberg	-	
Ruhnau-Schroeder, Klaudia ehm. Mitarbeiterin der EWW	-	bis 26.02.2024
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Stangel, Michael Leiter Region Westliches Rheinland	-	
Vogt, Brigitte Leiterin Marketing & Brand	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Beirat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	
Ohlmann, Heike Technische Beigeordnete Stadt Würselen	-	ab 18.03.2024
von Hoegen, Till	-	bis 18.03.2024

Die ausführliche Aufsichtsratsübersicht wurde aus dem Jahresabschluss der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH entnommen. Für die Gesellschafterversammlung und den Beirat erfolgte nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 23,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die EWV GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1912 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.6 enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Basisdaten

Anschrift	enwor - energie & wasser vor ort GmbH Kaiserstr. 100 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1909
Internet	www.enwor-vorort.de
Telefon	02407/5795555
Telefax	02407/509-7777

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist

- die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme,
- die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen,
- die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie
- die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Wärme.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der enwor ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Der gesamte Geschäftsbetrieb der Gesellschaft ist im Jahr 2024 mit notariell beurkundetem „Beteiligungsvertrag zur Umsetzung des Zusammenschlusses“ vom 11. Dezember 2023 im Wege der Ausgliederung gem. § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung von Aktien an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG übergegangen.

Der Ausgliederungstag war der 1. Januar 2024. Das Vollzugsdatum war der Tag der Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister der Gesellschaft am 1. Oktober 2024.

Die enwor – energie und wasser vor ort GmbH bleibt als Rechtsträger bestehen und wird zivilrechtliche Eigentümerin der gewährten Anteile an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen. Gegenstand des Unternehmens ist nach der o.g. Ausgliederung das Halten und Verwalten der Beteiligung an der STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	11.724,3	52,52
Stadt Herzogenrath	5.860,3	26,25
Stadt Würselen	2.497,9	11,19
Stadt Übach-Palenberg	1.317,6	5,90
Stadt Alsdorf	550,3	2,46
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319,7	1,43
Stadt Baesweiler	52,6	0,24
2 ehem. Aktionäre StwAG	2,4	0,01

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG	14.581,8	25,10

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 11,891 % (abzgl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag / anteiliger Erstattung durch die Finanzbehörde) jeweils im nächsten Jahr zu. Im Jahr 2024 waren dies 1.752.563,13 € Gewinnanteil. Daneben erhielt die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für die Strom- und Wassernetze in Würselen in Höhe von 1.824.663,15 €. Insgesamt ergaben sich in 2024 Erträge von der Enwor in Höhe von 3.577.226,28 €. Aufgrund der zuvor beschriebenen Ausgliederung erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2024 eine disquotale Gewinnverteilung, dessen Ausschüttung im Jahr 2025 erfolgt.

Die Aufwendungen an die Enwor beliefen sich im Jahr 2024 auf 532.291,94 €. Darunter fallen unter anderem die Aufwendung für Straßenbeleuchtung in Höhe von 16.167,79 € sowie Leistungen für die Bewirtschaftung von Gebäuden mit Strom, Wärme und Wasser in Höhe von 480.035,11 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	56.711	157.755	-101.044	Eigenkapital	65.590	70.069	-4.479
Umlaufvermögen	15.110	59.896	-44.786	Sonderposten	0	21.303	-21.303
				Rückstellungen	2.944	108.603	-105.659
				Verbindlichkeiten	3.288	18.375	-15.086
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	705	-705	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	7	-7
Bilanzsumme	71.821	218.356	-146.534	Bilanzsumme	71.821	218.356	-146.534

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Seit 2024 besteht keine Bürgschaft mehr zwischen der enwor – energie und wasser vor ort GmbH und der Stadt Würselen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1	188.243	-188.242
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-7.723	7.723
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	2.597	-2.597
4 Sonstige betriebliche Erträge	1	3.785	-3.784
5 Materialaufwand	0	-115.314	115.314
6 Personalaufwand	-157	-27.467	27.310
7 Abschreibungen	-1	-8.611	8.610
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1	-8.611	8.610
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-163	-11.332	11.169
9 Erträge aus Beteiligungen	12.069	4.764	7.304
10 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	119	-119
11 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1.704	-1.702
12 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	-5.495	5.495
13 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-1.252	1.251
14 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-567	-8.642	8.075
15 Ergebnis nach Steuern	11.183	15.376	-4.193
16 Sonstige Steuern	0	286	-286
17 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.183	15.662	-4.479

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	91,3 %	32,1 %	59,2 %
Eigenkapitalrentabilität	17,0 %	22,4 %	-5,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	115,7 %	44,4 %	71,2 %
Verschuldungsgrad	9,5 %	181,2 %	-171,7 %
Umsatzrentabilität	931.909,3 %	8,3 %	931.901,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 294) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 betrug das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands rund 4,31 Billionen Euro, nominal ist das BIP damit gegenüber 2023 gestiegen. Dies liegt allerdings in der Inflation begründet, preisbereinigt befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in einer Rezession, das reale Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent. Schon im Vorjahr ging die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent zurück; dass die Wirtschaft in Deutschland zwei Jahre in Folge schrumpfte, kam zuletzt vor über 20 Jahren vor.

Die Probleme, mit denen die deutsche Wirtschaft kämpft, sind vielfältig. Deutschland ist als exportorientierte Volkswirtschaft besonders von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Schwäche der letzten Jahre betroffen, welche unter anderem durch die Folgen des Krieges in der Ukraine und anderen geopolitischen Spannungen ausgelöst bzw. verstärkt wurden. Auch die Folgen der in den letzten beiden Jahren hohen Inflation belasten die deutsche Wirtschaft weiterhin. Zudem müssen die deutschen Unternehmen den Umbau hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft bewältigen und sich an die Folgen des demografischen Wandels anpassen.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 % gegenüber 2023 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, fiel die Inflationsrate im Jahr 2024 damit deutlich geringer aus als in den drei vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt hatte sie 2023 bei +5,9 %, 2022 sogar bei +6,9 % und 2021 bei +3,1 % gelegen.

Regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung von NRW wird 2025 nach Einschätzung der Landesregierung bzw. des von ihr beauftragten RWI-Wirtschaftsforschungsinstituts um 0,1 % steigen. Die Wirtschaftsleistung in NRW ging im Jahr 2024 um 0,4 % zurück. Nachdem die Wirtschaftsleistung in NRW insgesamt zwei Jahre in Folge gesunken ist, deutet sich dadurch eine allmähliche Stabilisierung an.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Jahreswechsel 2024/2025 leicht gestiegen. Sie liegt in der StädteRegion Aachen mit 7,8 % in etwa auf dem gleichen Niveau wie in NRW insgesamt. Die Lage innerhalb der StädteRegion ist uneinheitlich. Die niedrigste Quote weist der Bezirk Monschau mit 4,9 % auf, die höchste Quote liegt in den Städten Aachen und Stolberg mit jeweils 8,2 %. Der Kreis Düren rangiert mit 7,7 % auf vergleichbarem Niveau wie die StädteRegion Aachen, wohingegen die Quote im Kreis Heinsberg mit 6,4% deutlich günstiger ausfällt.

Derzeit wird der regionale Arbeitsmarkt trotz vieler Herausforderung für die Betriebe noch als robust eingeschätzt. Angesichts des Fachkräftemangels versuchen die Unternehmen auch bei „Auftragsdelien“ ihre Belegschaften weiter zu beschäftigen.

Die Unternehmen blicken insgesamt im IHK Bezirk Aachen pessimistisch in das Jahr 2025. Die Geschäftserwartungen sind trüb und bleiben negativ, zudem wird auch die aktuelle Geschäftslage zunehmend kritisch beurteilt - erstmals seit der Corona-Pandemie wieder mit einem negativen Saldo. Aufgrund der negativen Zukunftserwartungen ist nicht davon auszugehen, dass es zu einem spürbaren Anstieg der Mitarbeiterzahlen kommen wird.

Die weiterhin inflationsbedingt hohen Baukosten und die Bauzinsen belasten unverändert im Baugewerbe bzw. bei den Immobilieninvestoren die Entscheidungssituationen. Angesichts dessen sind die Renditeaussichten am Bau belastet und bremsen die Baukonjunktur - insbesondere den so dringend benötigten Wohnungsneubau. Lediglich der Tiefbau federt den Einbruch beim Bauvolumen ab.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Als finanzielle Leistungsindikator nutzt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH das Ergebnis vor Steuern.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor – energie & wasser vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2024 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2024 bildet nach der Ausgliederung des Geschäftsbetriebs zum 1. Januar 2024 erstmals ein Geschäftsjahr ab. Entsprechend sind die Vorjahreswerte des Geschäftsjahres 2023 nicht mehr den Werten des Geschäftsjahres 2024 vergleichbar.

Die enwor - energie & wasser vor ort GmbH selbst erzielte im Geschäftsjahr 2024 aufgrund der Ausgliederung des Geschäftsbetriebs keine wesentlichen Umsatzerlöse. Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Personalaufwendungen, Rechts- und Beratungskosten sowie Aufsichtsratsvergütungen. Das Periodenergebnis vor Steuern beträgt EUR 11,75 Mio.

Die Personalaufwendungen betreffen Aufwendungen für insgesamt 2 Mitarbeiter in Höhe von T€ 156,92 im Geschäftsjahr 2024.

Die Abschreibungen betragen insgesamt T€ 1,4 für die Abnutzung von Büroequipment.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2024 T€ 163,49. Diese bestehen überwiegend aus Rechts- und Beratungskosten in Höhe von T€ 54,4, Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von T€ 54,5 sowie Buchführungskosten in Höhe von T€ 6,3.

Die Erträge aus der Beteiligung an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG in Höhe von M€ 12,07 im Geschäftsjahr 2024 sind aufgrund der phasengleichen Erfassung der Gewinnausschüttung bzw. Ausgleichszahlung entstanden.

Das Jahresergebnis im Jahr 2024 zeigt einen Jahresüberschuss von M€ 11,18

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen der enwor - energie & wasser vor ort GmbH ist von T€ 157.755 im Vorjahr auf 56,7 Mio.€ im Geschäftsjahr 2024 zurückgegangen. Im Wesentlichen besteht dieses aus der Beteiligung an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG in Höhe von T€ 56.543. Daneben sind noch Grundstücke und Bauten in Höhe von T€ 164 bilanziert.

Das Umlaufvermögen besteht im Wesentlichen aus Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt T€ 12.078. Im Zuge der Unternehmensausgliederung ist der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme auf 79 % gestiegen.

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahr um T€ 4.479 auf nunmehr T€ 65.590 gesunken. Zum 31.12.2024 beträgt die Eigenkapitalquote damit 91,30 %. Rückstellungen wurden für diejenigen Sachverhalte gebildet, aus denen sich für die enwor - energie & wasser vor ort GmbH noch zukünftige Verpflichtungen ergeben können. Diese betreffen im Wesentlichen Rückstellungen gegenüber der Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG T€ 2.768,7. Daneben bestehen noch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von T€ 1.992 im Wesentlichen für Ansprüche der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG aus Umsatz- und Körperschaftsteuervorauszahlungen für die enwor - energie & wasser vor ort GmbH sowie sonstige Verbindlichkeiten von T€ 1.296, darunter T€ 1.249 Geschäftsführergehälter.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist im Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um T€ 8.627 auf T€ 1.126 gesunken.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die Geschäftsführung erwartet, dass dies auch 2025 der Fall sein wird.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Seit dem Ausgliederungstichtag mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2024 beschränkt sich der Geschäftsbetrieb der enwor - energie & wasser vor ort GmbH auf das Halten und Verwalten der Beteiligung an der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG. Entsprechend leiten sich die Chancen und Risiken der enwor - energie & wasser vor ort GmbH aus dem wirtschaftlichen Verlauf sowie der strategischen und operativen Entwicklung der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG ab. Bei der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG wurden folgende wesentlichen branchenspezifischen Risiken und Chancen identifiziert:

- Besonders die Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich weiter normalisiert. Die Großhandelspreise an den Beschaffungsmärkten sind im Jahresverlauf gesunken, liegen jedoch weiterhin oberhalb des Marktniveaus vor Beginn des Ukrainekrieges.
- Im Jahr 2024 setzte die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Zinssenkungskurs fort und senkte den Leitzins in vier Schritten von 4,5 % auf 3,15 %. Dies hat entsprechend Einfluss auf die Bewertung von Rückstellungen.
- Die Energietransformation bleibt in Deutschland ein politisches und wirtschaftliches Kernthema. Der Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen, die Abkehr von fossilen Brennstoffen sowie neue Technologien stellen bedeutende Investitionsfelder dar. Trotz langfristiger Chancen bestehen jedoch weiterhin Unsicherheiten in Bezug auf Umsetzungsgeschwindigkeit, regulatorische Rahmenbedingungen und Finanzierungsvolumen. Auch witterungsbedingte Absatzrisiken, die sich positiv wie negativ auswirken können, bleiben Teil des Geschäftsmodells. Preisvolatilitäten an den Beschaffungsmärkten bestehen fort, wenngleich mit abnehmender Tendenz. Gleichzeitig bleibt der Wettbewerbsdruck im Energiemarkt unverändert hoch. Kunden reagieren sensibel auf Preisveränderungen, insbesondere auf Erhöhungen, was das Risiko von Abwanderungen erhöht.

Durch den Zusammenschluss des Geschäftsbetriebs der enwor - energie & wasser vor ort GmbH mit der STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG entsteht die Möglichkeit, dass strategische Wachstumspotenziale gehoben werden und der enwor - energie & wasser vor ort GmbH langfristige stabile Ergebnisbeiträge zufließen. Aus heutiger Sicht bestehen keine Risiken, die den Fortbestand der enwor - energie & wasser vor ort GmbH gefährden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Nahrath, Stephan	Geschäftsführung	bis 25.10.2024
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	bis 25.10.2024
Frey, Michael	Geschäftsführung	ab 25.10.2024

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzende(r)	
Höfer, Frank Arbeitnehmervertreter	1. stv. Vorsitzende(r)	bis 30.09.2024
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	

Aufsichtsrat		
Dr. Fasel, Bernd Selbständig	-	
Dr. Moschel, Florian Rechtsanwalt/Steuerberater	-	
Goebbels, Wolfgang Personalratsvorsitzender	-	
Gronowski, Dieter Bautechniker	-	
Helg, Georg K. Betriebsratsvorsitzender	-	
Krämer, Friedhelm Beamter a.D.	-	
Lahaye-Reiß, Birgit Lehrerin	-	
Matheis, Kunibert Pensionär	-	
Möhring, Maximilian Sozialpädagogische Familienhilfe	-	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	-	
Sobczyk, Marie-Therese Fachkraft Betreuung	-	
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	
Walther, Oliver Bürgermeister Übach-Palenberg	-	
von Morandell, Ingrid Betriebswirtin	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Die ausführliche Aufsichtsratsübersicht wurde aus dem Jahresabschluss der enwor – energie & wasser vor ort GmbH entnommen. Für die Gesellschafterversammlung erfolgte nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die enwor GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1909 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.7 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH Bierstr. 1d 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1951
Internet	www.gwg-aachen.de
E-Mail	info@gwg-aachen.de
Telefon	02406/988660
Telefax	02406/9886699

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Würselen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der kreisangehörigen Kommunen. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	781,8	78,17
Stadt Stolberg	49,1	4,91
Provinzial	48,8	4,87
Stadt Eschweiler	43,5	4,35
Stadt Alsdorf	17,9	1,79
Stadt Würselen	16,5	1,64
Stadt Herzogenrath	16,5	1,65
Sparkasse (S-IBG)	15,3	1,52
ASEAG AG	6,1	0,61
Gemeinde Simmerath	4,9	0,49

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

An der Gewinnausschüttung bzw. einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die Stadt Würselen entsprechend ihrem Anteil von 1,645 % am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2024 ist eine Gewinnausschüttung i.H.v. 1.645,00 € erfolgt.

Insgesamt wurden in 2024 154.784,72 € an Erträgen von der GWG eingenommen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Steuern in Höhe von 75.486,41 €, Abfallgebühren in Höhe von 25.634,52 € sowie 48.027,70 € für Kanalbenutzungsgebühren, Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

Die Stadt Würselen hat 15.758,76 € an Aufwendungen an die GWG gezahlt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen und betreffen die Bewirtschaftung, Instandhaltung sowie die Unterhaltung der Gebäude und städtischen Häuser.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	43.180	44.512	-1.332	Eigenkapital	23.382	22.931	451
Umlaufvermögen	6.809	4.892	1.917	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	224	217	7
				Verbindlichkeiten	26.385	26.262	123
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2	6	-4	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	49.991	49.410	581	Bilanzsumme	49.991	49.410	581

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	6.591	9.527	-2.936
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	128	-308	437
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	18	45	-26
4 Sonstige betriebliche Erträge	116	113	4
5 Materialaufwand	-2.676	-5.689	3.013
5.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.676	-5.689	3.013
6 Personalaufwand	-1.294	-1.094	-200
7 Abschreibungen	-1.406	-1.252	-155
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.406	-1.252	-155
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-362	-388	26
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	92	94	-2
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56	13	44
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-447	-442	-5
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-63	-31	-32
13 Ergebnis nach Steuern	754	587	167
14 Sonstige Steuern	-207	-167	-40
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	547	420	127
17 Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1	1	0
18 Einstellungen in die Bauerneuerungsrücklagen	-448	-320	-128
19 Bilanzgewinn	100	101	-1

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	46,8 %	46,4 %	0,4 %
Eigenkapitalrentabilität	2,3 %	1,8 %	0,5 %
Anlagendeckungsgrad 2	54,2 %	51,5 %	2,6 %
Verschuldungsgrad	113,8 %	115,5 %	-1,7 %
Umsatzrentabilität	8,3 %	4,4 %	3,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 35) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spricht als eines der vier großen gesamtwirtschaftlichen Probleme die Knappheit von Wohnraum - insbesondere in den Ballungsgebieten - an. Dies hemmt den Zuzug von Arbeitskräften in produktive Regionen. Vorgeschlagen wird von Seiten des Sachverständigenrates, das Wohnraumangebot durch die Mobilisierung von Baulandreserven, stärkeren Bauanreizen, die Senkung der Baukosten mittels harmonisierter Bauvorschriften sowie durch den Einsatz seriellen und modularen Bauens zu erhöhen.

Die Bautätigkeit könnte nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2025 wieder langsam anziehen. Voraussetzung wäre allerdings, dass der Wohnungsbau von etwaigen Zinssenkungen profitieren könnte, was bedeutet, dass die Zinssenkungen der Zentralbanken in günstige Bau- und Hypothekenzinsen transformiert werden. Der Nicht-Wohnungsbau profitiert aktuell vom Ausbau der Stromnetze, vom Infrastrukturmaßnahmen Paket der Deutschen Bahn und anderer Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand.

Der Wohnungsmangel ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein gesamtwirtschaftliches Problem. In Deutschland haben sich die Preise für Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010 mehr als verdoppelt. Die Neumieten stiegen im gleichen Zeitraum um 60 %, die Bestandsmieten (vor allem durch die Regulierung bedingt) um rund 20 %. D. h., dass sich der Abstand von Bestands- und Neumieten vergrößert hat, was die Motivation zum Umzug verringert. Umzugsketten werden daher nicht in Gang gesetzt.

Im Wohnungsmarkt sind einkommensschwache Haushalte überdurchschnittlich stark von Preisanstiegen der Kaltmieten und der Nebenkosten betroffen.

Die Bauinvestitionen gingen bzw. gehen nach einer Prognose des IfW in den Jahren 2024 und 2025 zurück. Dies würde bedeuten, dass sie seit 2020 um insgesamt 15 % gesunken sind. Möglicherweise zeichnet sich ein Durchschreiten der tiefen Talsohle ab, wenn sich die Finanzierungsbedingungen verbessern.

Die Deutsche Bundesbank prognostiziert, dass sich die Wohnungsbauinvestitionen ab Mitte 2025 zögerlich erholen könnten. Hierfür sieht sie erste, aber noch instabile Anzeichen. Ein Signal, dass in diese Richtung wirkt, ist, dass die Preise für Immobilien in den letzten Monaten erstmals seit langer Zeit wieder gestiegen sind. Auch der Anstieg der Baukosten hat sich signifikant abgeschwächt.

Bestandentwicklung:

Wir verfügten über

	31.12.2024	31.12.2023
Häuser	133	133
Wohnungen	848	848
davon frei finanziert / preis- gebunden	606 / 242	606 / 242
Garagen / Stellplätze	296 / 171	296 / 171
Wohnfläche	51.547 m ²	51.547 m ²
Anzahl sonstiger Einheiten	12	12
Fläche sonstiger Einheiten	3.547 m ²	3.547 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2024 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 754 T€ ausgegeben. Das entspricht einem Weniger von 46 T€ gegenüber dem Vorjahr (800 T€).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.936 gesunken. Dies hängt mit dem signifikanten Rückgang der Erlöse aus Betreuungstätigkeit für eine verwandte Gesellschaft zusammen (T€ -3.692), für die wir Beschaffungs- und Projektmanagementleistungen erbracht haben. Diesbezüglich verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang.

Im Gegensatz zu den gesunkenen Umsatzerlösen aus Baubetreuungstätigkeit sind die Umsätze aus der Hausbewirtschaftung gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen, den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der erstmalig ganzjährigen Vermietung unserer Neubauten in der Bierstraße, Herzogenrath sowie in der Kesselsgracht, Würselen, zusammen.

Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten in Höhe von T€ 754 wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 291) durchgeführt, womit insgesamt T€ 1.045 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen 20,27 €.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 23,29 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2024 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 201 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von ca. 18,31 %. Neben den üblichen Tarifsteigerungen ist dies auf die halbjährige Doppelbesetzung der Bauingenieurstelle zurückzuführen, die für eine reibungslose Übergabe des in den Ruhestand ausscheidenden Kollegen erforderlich schien. Bei der Geschäftsführung ist Aufwand, der bislang im sonstigen betrieblichen Aufwand entstanden und ausgewiesen wurde, in den Personalaufwand gewandert.

Der Anstieg der Personalkosten korrespondiert zu einem erheblichen Teil auch mit Erträgen aus Dienstleistungen. Beides war bzw. ist ein temporäres Geschäftsmodell.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 547.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 127 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür hauptsächlich verantwortlich sind Umsatzerlöse aus Vermietung (Mietumsätze ca. T€ 100 über Plan) und sonstige betriebliche Erträge (T€ 40).

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit im Berichtsjahr vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die essenziellen Bilanzzahlen stellen sich im Vergleich zu den beiden Vorjahren so dar:

	2024	2023	2022
Bilanzsumme in T€	49.991	49.410	46.230
Anlagevermögen in T€	43.180	44.512	38.807
Anlagevermögen % zu Bilanzsumme	86,4	90,1	83,9
Eigenkapitalquote in %	46,8	46,4	48,9
langfristige Fremdkapitalquote in %	47,7	48,7	43,5

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2024 ein Jahresergebnis von T€ 547 erwirtschaftet (gegenüber T€ 420 in 2023). Das Ergebnis 2024 liegt mit einer Steigerung von ca. 30% deutlich über dem Vorjahresniveau.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung von wesentlichen Teilen des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft und die Geschäftsführung sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2024	2023	2022	2021
Umsatzerlöse in T€	6.591	9.526	7.474	5.089
Eigenkapital in T€	23.382	22.931	22.595	20.206
Eigenkapitalquote	46,8	46,4	18,9%	50,8%
Eigenkapitalrentabilität	2,3%	1,8%	11,2%	2,8%
Fluktuationsquote	9,5%	8,5%	11,8%	8,1%
Leerstandsquote (länger als 3 Monate)	0,0%	0,0%	0,6%	0,3%
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,8%	1,5%	1,6%	1,1%

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Infolge der geopolitischen Spannungen und der volatilen Handelspolitik eines Landes entstehen gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen. Dies wirkt bis hinein in die lokale Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die EU hat die nähere Zukunft vor einigen Jahren im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unter die Überschrift „Dekade des Handelns“ gestellt.

Das Thema Nachhaltigkeit unserer Wohnungsbestände bzw. deren Herstellung wird die GWG vor organisatorische, technische und vor allem finanzielle Herausforderungen stellen. Diese sog. transitorischen Risiken werden massive Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Die Vorgaben der EU (Green Deal) sowie die aktuell gültigen Gebäudeenergiegesetze und -verordnungen tangieren das Geschäftsmodell massiv.

Ertragsorientierte Risiken

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungsangebote weiterhin Gegenstand guter Nachfrage sein werden. Im Neubaubereich bleibt die GWG gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. Allein bis 2030 wird die Zahl der Rentner an der Gesamtbevölkerung um 10% steigen.

In diesem Kontext reduzieren wir quotal durch Neubau den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: graue Wohnungsnot). Die niedrigen/unterdurchschnittlichen Einkommensverhältnisse in der Region sind ein Belastungsfaktor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Aufgrund der momentan stabilen Liquiditätsausstattung unseres Unternehmens sind kurzfristig Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind aber bei allfälligen Nicht-Zahlungen von Mietern Belastungen für die GWG nicht auszuschließen. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig ein und ist konsequent.

Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauprojekt keine neuen Kredite gewähren würden.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände zunehmend der Beobachtung und individualisierten Gegensteuerung bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einträge vermittelt.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sahen wir 2024 erneut Preissteigerungen.

Angesichts der rückläufigen Auftragspolster bei den Bauunternehmen und der Stornierung zahlreicher Bauaufträge sollte die Bereitschaft der Handwerker steigen, ihre bisherigen Margen zu reduzieren.

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Instandhaltungsbudgets der Zukunft wesentlich anders aussehen werden, als die der Gegenwart, gering. Bereits jetzt strengt sich die GWG stark an, ihre Bausubstanz attraktiv zu halten.

Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt wird die Gesellschaft weiterhin mit Erfahrung, Flexibilität und Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen - da Nachverdichtungschancen oftmals ausgereizt sind - neue Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir unverändert gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung können sich sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen) als auch im Sanierungsbereich unserer Bestände ergeben. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken insgesamt noch gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (wenngleich mit regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer investitionsbedingt steigenden Fremdkapitalquote würden sich Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden werden seit jeher beobachtet.

Es ist zu erkennen, dass angesichts der EU-Taxonomie-Verordnung die Bereitschaft des Kapitalmarkts und der Kaufinteressenten, nicht-energieeffiziente Gebäude zu finanzieren, deutlich abnimmt. Wenn ein Objekt zum Verkauf gestellt wird, findet die Energieeffizienz des zu finanzierenden Objektes unmittelbar oder mittelbar in die Konditionen (Kaufpreis, Zins) Eingang.

Es wird die Aufgabe der zukünftigen Geschäftsjahre sein, dass Risikomanagement im Allgemeinen zu überarbeiten und in Bezug auf die transitorischen Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken zu erweitern.

Die GWG hat die wahrscheinlichen Reformen der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie auf EU-Ebene bzw. auf nationaler Ebene sorgfältigst zu beobachten. Hier sind bedeutende Hürden für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft zu sehen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, besteht kein Risiko, da es sich um eine Bewertungseinheit handelt.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen bzw. Versorgungsaufträge schwerpunktmäßig kümmern:

- 2) Halten unserer bestehenden Mieter
- 3) Akquisition neuer Mieter (unsere Fluktuationsquote schwankt und liegt im Durchschnitt bei ca. 9-10 %)
- 4) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- 5) öffentlich geförderter Wohnungsbau
- 6) Nachhaltigkeit / Energieeffizienz.

Voraussetzung für eine positive Unternehmensentwicklung ist, dass wir die Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird und dass das Portfolio seine ESG-Parameter verbessert.

Insgesamt finden sich diese Aspekte in der Geschäftspolitik wieder.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG verhalten positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region sehen wir auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2025 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€.

Wir werden im Planjahr 2025 in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Unser Ziel ist es, in dieser Dekade unser strategisches Ziel (100 neue Wohnungen zu errichten) zu vollenden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzende(r)	
Berlipp, Heiner Dipl. Ing. Architekt	1. stv. Vorsitzende(r)	
Bock, Björn Finanzberater	-	
Borning, Ronald Zollbeamter a.D.	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Kahlen, Ralf Erster Beigeordneter der Stadt Alsdorf	-	
Körlings, Franz Rentner	-	
Laufs, Norbert Vorstandsvorsitzender Sparkasse Aachen	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Lo Cicero-Marenberg, Susanne Bau- und Umweltdezernentin der StädteRegion Aachen	-	
Lübben, Lars Geschäftsführer einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung	-	
von Hoegen, Till	-	bis 19.03.2024

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Bürgermeister(in)	ab 19.03.2024
von Hoegen, Till		bis 19.03.2024

Die ausführliche Aufsichtsratsübersicht wurde aus dem Jahresabschluss der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH entnommen. Für die Gesellschafterversammlung erfolgte nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1951 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Basisdaten

Anschrift	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH Bierstraße 1d 52134 Herzogenrath
E-Mail	info@wfg-aachen.de

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte im Kreis Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere

- mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
- sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben,
- Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	1.183,1	51,36
Sparkasse Aachen	306,8	13,32
Stadt Eschweiler	189,4	8,23
Stadt Alsdorf	151,8	6,59
Stadt Würselen	151,3	5,59
Stadt Stolberg	12,9	9,27
Gemeinde Roetgen	12,9	0,22
Gemeinde Simmerath	12,9	0,22
Stadt Monschau	12,9	0,22
Stadt Herzogenrath	12,9	4,76
Stadt Baesweiler	5,2	0,22

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr bestanden keine Finanz- und Leistungsbeziehungen mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1	13	-12	Eigenkapital	31	2.972	-2.941
Umlaufvermögen	50	17.892	-17.842	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	12	34	-22
				Verbindlichkeiten	11	14.899	-14.889
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2	0	2	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	53	17.905	-17.852	Bilanzsumme	53	17.905	-17.852

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Seit 2017 besteht keine Bürgschaft mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	63	77	-15
3 Sonstige betriebliche Erträge	27	174	-147
4 Materialaufwand	-4	-12	8
5 Personalaufwand	-40	-69	29
6 Abschreibungen	-13	-17	3
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-13	-17	3
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-45	-59	14
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	23	-5
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-4	4
12 Ergebnis nach Steuern	6	113	-108
14 Erträge aus Verlustübernahme	0	70	-70
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	183	-178

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	57,7 %	16,6 %	41,1 %
Eigenkapitalrentabilität	18,3 %	6,2 %	12,1 %
Anlagendeckungsgrad 2	2.565,2 %	22.951,5 %	-20.386,2 %
Verschuldungsgrad	73,4 %	502,5 %	-429,1 %
Umsatzrentabilität	9,0 %	236,5 %	-227,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

In der Gesellschafterversammlung vom 30. Dezember 2022 wurde ordnungsgemäß die Herabsetzung des gezeichneten Kapitals der Gesellschaft im Zuge der gesellschaftsrechtlichen Neuordnung von EUR 2.303.500 auf EUR 25.000 beschlossen. Die Eintragung der Kapitalherabsetzung im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen (HR B 627) erfolgte am 04. Juli 2024.

Mit Beschluss vom 13. September 2024 wurde der Gewinnvortrag in Höhe von EUR 668.483,52 vollständig an die Gesellschafter ausgezahlt.

Mit Notarvertrag vom 14. Oktober 2024 haben alle Gesellschafter ihre Anteile vollständig an die Gesellschafterin „StädteRegion Aachen“ veräußert, auch die Stadt Würselen, wodurch die StädteRegion zur alleinigen Gesellschafterin Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH wurde.

Daher wird die Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbh nun letztmalig in einem Beteiligungsbericht der Stadt Würselen enthalten sein.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	bis 31.10.2024
Frey, Michael	Geschäftsführung	ab 30.10.2024

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.9 regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH

Basisdaten

Anschrift	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen
Gründungsjahr	2003
Internet	www.regioit.de
Telefon	0241/41359-0
Telefax	0241/413540 -1698

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist die automatische Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft iT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung in den Verwaltungen der Stadt und der städtischen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der regioiT ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung sowie die Qualifizierung von kommunalen Mitarbeitern und Einwohnern. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	564,6	37,64
Zweckverband INFOKOM Gütersloh	193,2	12,88
StädteRegion Aachen	151,3	10,08
Stadt Aachen	151,3	10,08
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	27,0	18,00
Stadt Würselen	12,9	0,86
Stadt Stolberg	12,9	0,86
Stadt Eschweiler	12,9	0,86
Stadt Alsdorf	12,9	0,86
Stadt Baesweiler	12,9	0,86
Gemeinde Roetgen	12,9	0,86
Gemeinde Simmerath	12,9	0,86
Stadt Monschau	12,9	0,86
Stadt Herzogenrath	12,9	0,86
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12,9	0,86
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien (DG)	12,9	0,86
Stadt Düren	12,9	0,86
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	1,5	1,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
nextgov iT GmbH	60,0	60,00
vote iT GmbH	17,5	70,00
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	15,6	60,00
Better Mobility GmbH	12,4	49,50
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	4,0	0,20
Telecomputer GmbH	2,0	4,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 0,859 % (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) in Höhe von 42.296,19 € zu.

Die Stadt Würselen hat im Jahr 2024 Aufwendungen in Höhe von 1.720.773,49 € an die regio iT GmbH geleistet. Dabei handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen, wie bspw. 1.559.997,22 € für die Benutzung der EDV-Anlage und Programmpflege.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	34.994	32.974	2.020	Eigenkapital	18.835	19.658	-824
Umlaufvermögen	24.919	25.709	-790	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	16.467	15.004	1.464
				Verbindlichkeiten	34.548	31.568	2.980
Aktive Rechnungsabgrenzungen	10.211	7.920	2.292	Passive Rechnungsabgrenzungen	274	373	-99
Bilanzsumme	70.123	66.602	3.521	Bilanzsumme	70.123	66.602	3.521

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	164.973	155.333	9.640
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-345	345	-690
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	35	537	-503
4 Sonstige betriebliche Erträge	1.049	2.804	-1.755
5 Materialaufwand	-74.334	-69.560	-4.773
6 Personalaufwand	-61.541	-56.711	-4.829
7 Abschreibungen	-10.670	-10.076	-594
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.670	-10.076	-594
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-13.849	-14.281	432
9 Erträge aus Beteiligungen	1.182	558	624
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	37	13	24
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-768	-470	-298
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.647	-2.340	692
13 Ergebnis nach Steuern	4.122	6.152	-2.029
14 Sonstige Steuern	-28	-4	-24
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.095	6.148	-2.053

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	26,9 %	29,5 %	-2,7 %
Eigenkapitalrentabilität	21,7 %	31,3 %	-9,5 %
Anlagendeckungsgrad 2	53,8 %	59,6 %	-5,8 %
Verschuldungsgrad	270,9 %	236,9 %	34,0 %
Umsatzrentabilität	2,5 %	4,0 %	-1,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 649 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 615) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2% gesunken. Die Wirtschaftsleistung sank damit im zweiten Jahr in Folge. Zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein erhöhtes Zinsniveau und unsichere wirtschaftliche Aussichten standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Weg.

Positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik Gesamtmarkt stiegen 2024 von 214,9 (2023) auf 222,7 Mrd. Euro (+3,6%).

Der für die regio iT wichtige Teilmärkte Informationstechnik ist um 4,8% gestiegen. Während die Teilmärkte Software (+12,0%) sowie IT-Services (+3,6%) ein Wachstum aufwiesen, blieb der Teilmarkt IT-Hardware auf Vorjahresniveau. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 6.700 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2024 ihren Gesamtumsatz entgegen der wirtschaftlichen Lage auf einen Wert i.H.v. 165,0 Mio. € steigern. Dieses Wachstum führt zu einer neuen Bestmarke für die regio iT.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 116,5 Mio. € Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 6,5 Mio. € bzw. 5,9%. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Insbesondere die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT Früchte, Kunden zu Gesellschaftern zu machen.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 11,5 Mio. € weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 12,3 Mio. € konnte in diesem Umsatzsegment nicht erreicht werden. Die angespannte Haushaltsslage der Kommunen führt zu einem rückläufigen Projektgeschäft.

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (21,2 Mio. €) konnten mit 26,2 Mio. € übertroffen werden. An dieser Stelle zeigen sich die investiven Maßnahmen seitens der Kunden aufgrund des DigitalPaktes.

Die sonstigen Erträge liegen mit 1,0 Mio. € rund 1,8 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2,8 Mio. €). Im vergangenen Jahr konnten einmalige Effekte generiert werden. Im Wesentlichen wurden Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften votegroup GmbH und cogniport GmbH erzielt, welche den jeweiligen Buchwert überschritten.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand einen Anstieg auf. Mit 74,3 Mio. € liegt dieser 4,8 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Die Fremdlieferungen entwickeln sich analog den Umsätzen aus Handels- und Leasinggeschäft, da dieses Kostensegment in unmittelbarer Korrelation zu diesem Umsatzsegment steht. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wartungskosten. Aufgrund der gestiegenen Produkterlöse werden im Zuge der Leistungserbringung vermehrt Wartung und Subskription eingekauft.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 89,5 Mio. € auf 91,4 Mio. € gesteigert werden. Die Rohertragsquote im Verhältnis zum Gesamtumsatz beläuft sich auf 55,4%.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung der Gesamtleistung führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 61,5 Mio. € (Vorjahr: 56,7 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2024. Ausschlaggebend ist der Aufbau von Mitarbeitenden. Zum 31. Dezember 2024 waren bei der regio iT 729 Mitarbeitende (Vorjahr: 697), davon 48 Auszubildende (Vorjahr: 55) beschäftigt. Darüber hinaus

fürten die tarifvertraglich geltenden Entgelterhöhungen zu steigenden Personalkosten. Mit Wirkung zum 01.03.2024 erfolgte eine monatliche Tarifsteigerung von 220 € zzgl. 5,5%. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 37,3%.

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 10,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (10,1 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 13,8 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (14,3 Mio. €).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 5,3 Mio. € ist zwar im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dies ist insbesondere aufgrund der Einmaleffekte in den sonstigen Erträgen durch den Verkauf der Geschäftsanteile 2023 sowie der deutlich gestiegenen Tarifierhöhungen zu erklären.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 91,4 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 89,5 Mio. €). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2024 bei 55,4% (Vorjahreszeitraum: 57,6%).

Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 7,0%. Dies entspricht einen relativen Rückgang von 0,9%-Punkten zum Vorjahr (7,9%).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Service-Management) regelmäßig von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits ISO 9001 und ISO 27001 fanden im Berichtsjahr 2024 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2026 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach

der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2026 zu führen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der regio iT liegt im Betrachtungszeitraum bei 4,1 Mio. €. Dies ist zwar im Vergleich zum Vorjahr ein rückläufiges Ergebnis. Insgesamt betrachtet kann die Ertragslage der regio iT als stabil bezeichnet werden.

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2024 betrug die Bilanzsumme 70,1 Mio. € (Vorjahr 66,6 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände, der Finanz- und Sachanlagen bei 12,7 Mio. € (Vorjahr 13,8 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2024 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 53,8%, und die Eigenkapitalquote 26,9% (Eigenkapitalquote Vorjahr 29,5%). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr 18,8 Mio. €).

Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2024 kann unter herausfordernden Rahmenbedingungen als stabil bewertet werden. Trotz des rückläufigen Ergebnisses kann ein Gewinn nach Steuern in Höhe von 4,1 Mio. € ausgewiesen werden.

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 232,9 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 4,6% wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2025 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2024/2025 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2025 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2024 Ist	2025 Plan*	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	165,0	164,9	-0,1	-0,1%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	116,5	119,5	3,0	2,6%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	11,5	12,3	0,8	7,0%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	26,2	21,4	-4,8	-18,3%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	7,0%	7,5%	-	-
Rohergebnis	91,4	96,3	4,9	5,4%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	4,2	-1,6	-27,6%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	3,5%	2,6%	-	-

Für das Geschäftsjahr 2025 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 119,5 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 12,3 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 21,4 Mio. € nach wie vor auf hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte.

Nach wie vor verbleibt das Risiko, dass mit deutlich höheren Preissteigerungen seitens der Hersteller zu kalkulieren ist. Trotz rückläufiger Inflationsrate wirken sich die gestiegenen Preise auf die Kostensituation der regio iT aus. Zudem wird für 2025 mit Personalkosten in Höhe von 66,4 Mio. € gerechnet, was einem Anstieg von 4,9 Mio. € gegenüber 2024 entspricht.

In der Folge erwartet die regio iT für 2025 eine Steigerung des Rohergebnisses von 91,4 Mio. € auf 96,3 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern wird mit 4,2 Mio. € niedriger ausfallen (Vorjahreswert: 5,8 Mio. €). Die regio iT wird die gestiegenen Kosten Großteils nicht an die Kunden weitergeben, weil die Preise für den Produkt-/Applikationsbetrieb auf mehrere Jahre hinweg fest vereinbart sind. Folglich wird die Kostenentwicklung zu Lasten des Ergebnisses gehen.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer guten Geschäftsentwicklung für das Jahr 2025 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Erklärung der Geschäftsführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 2 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 7 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 40 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 12,5 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z.B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung in Themengebiete, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe mit Datendiebstahl durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negativen Auswirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Wahrscheinlichkeit und Ausmaß von Schäden durch externe Angriffe sind allerdings nur sehr schwer abzuschätzen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-)Maßnahmen keinen hinreichenden Schutz bieten, da sich insbesondere die Szenarien externer Angriffe ständig verändern. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarten Leistungserbringungen dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden

sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen.

Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden einget. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeitenden nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands und der Beteiligungsgenossenschaft mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, hohen Energiepreisen bzw. hoher Inflation sowie verschärften Material- und Lieferengpässen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, solchen Entwicklungen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Wolf, Stefan	Geschäftsführung	
Ludwigs, Dieter	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Servos, Michael Ratsmitglied Stadt Aachen	Vorsitzende(r)	
Dr. Ziemons, Michael Dezernent StädteRegion Aachen	1. stv. Vorsitzende(r)	
Adenauer, Sven-Georg Landrat Kreis Gütersloh	-	
Dr. Becker, Christian Geschäftsführer	-	
Dr. Kremer, Markus Beigeordneter Stadt Aachen	-	
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Grootens, Klaus	-	
Harre, Roland Betriebsratsvorsitzender	-	
Hubert, Lothar Stellv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Jacoby, Klaus-Dieter Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Joest, Frank Stellv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Kurzbach, Tim Oberbürgermeister Stadt Solingen	-	
Pilgram, Hermann-Josef Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Steffen, Hjalmar Betriebsratsvorsitzender	-	
Wullen, Jörg Betriebsratsvorsitzender	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Die ausführliche Aufsichtsratsübersicht wurde aus dem Jahresabschluss der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH entnommen. Für die Gesellschafterversammlung erfolgte nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 2 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 40 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 12,5 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

3.4.1.10 d-NRW AöR

Basisdaten

Anschrift	d-NRW AöR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Internet	www.d-nrw.de
E-Mail	info@d-nrw.de
Telefon	0231/22243810
Telefax	0231/22243811

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Unterstützung der Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziele der Beteiligung sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes. Auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erbringt die Anstalt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und öffentlichen Stellen.

Hinweis der Verwaltung:

Bis zur Erstellung des Beteiligungsberichtes für das Jahr 2024 hat der Jahresabschluss der d-NRW AöR für das Jahr 2024 noch nicht vorgelegen. Daher beziehen sich alle Angaben zur d-NRW AöR auf das Jahr 2023.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2023 sind:

- a) Land NRW –vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium-
- b) 352 Städte und Gemeinden (VJ: 335)
- c) 31 Kreise inkl. Der StädteRegion Aachen sowie (VJ: 31)
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2023 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	179	140	39	Eigenkapital	2.914	2.897	17
Umlaufvermögen	48.889	25.943	22.946	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	8.045	5.607	2.437
				Verbindlichkeiten	38.116	17.559	20.557
Aktive Rechnungsabgrenzungen	111	10	101	Passive Rechnungsabgrenzungen	104	30	75
Bilanzsumme	49.178	26.092	23.086	Bilanzsumme	49.178	26.092	23.086

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der d-NRW AöR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	129.383	101.209	28.174
3 Sonstige betriebliche Erträge	103	433	-330
4 Materialaufwand	-123.390	-96.866	-26.523
5 Personalaufwand	-4.893	-4.040	-853
6 Abschreibungen	-56	-46	-11
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147	-676	-471
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-14	14
9 Ergebnis nach Steuern	0	0	0
10 Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	5,9 %	11,1 %	-5,2 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	1.631,3 %	2.073,5 %	-442,2 %
Verschuldungsgrad	1.584,2 %	799,7 %	784,5 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 69) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD- Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Absatz-Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden- Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AÖR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweite Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 TEUR,

- zur Fortführung Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 TEUR sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 TEUR bis zum Jahresende 2028

zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT- Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online- Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d- NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	140	179	+39
Umlaufvermögen	25.942	48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung	10	111	+101
Passiva			
Eigenkapital	2.897	2.914	+17
Fremdkapital	23.196	46.264	+23.068
Bilanzsumme	26.093	49.178	+23.085

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+TEUR 23.085) insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 35.882 (31.12.2022: TEUR 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Register- modernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förder- programmcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d- NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	103.766	131.490	27.724
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	101.209	129.384	28.175

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwahrenentgelte (TEUR 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt TEUR 14) entfallen.

Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 1.766

(von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 40.529 (von ursprünglich TEUR 200.000), „nrwGOV 2023-2026“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.774 (von ursprünglich TEUR 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von TEUR 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind. Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitende Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der d-NRW AöR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AöR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AöR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der

zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten.

Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrhein- westfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Lienenkamp, Roger	Vorsitzende® der Geschäftsführung	
Both, Markus	Allgemein(e) Vertreter(in)	

Verwaltungsrat		
Ahajliu, Karim Referent Landkreistag NRW	Stellvertreter(in)	
Dr. Brakmann, Markus Ministerialrat	Stellvertreter(in)	
Dr. Flüs, Jörg Reginerungsbeschäftigter	Stellvertreter(in)	
Friedrich, Dagmar Ltd. Ministerialrätin	Stellvertreter(in)	
Grah, Eckhard Ministerialrat	Stellvertreter(in)	
Grehling, Annekathrin Stadtdirektorin & Kämmerin Stadt Aachen	Stellvertreter(in)	
Happe, Andreas Ministerialdirigent	Stellvertreter(in)	
Janke, Mike-Sebastian Kreisdirektor Kreis Unna	Stellvertreter(in)	
Keßen, Stefan Ltd. Städt. Direktor Stadt Hagen	Stellvertreter(in)	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	Stellvertreter(in)	
Köster, Petra Ministerialrätin	Stellvertreter(in)	
Brügge, Dirk Kreisdirektor Rhein-Kreis Neuss	-	
Dr. Kuhn, Marco Erster Beigeordneter Landkreistag NRW	-	
Dr. Oberheim, Heinz Ministerialrat	-	
Dreyer, Simone Regierungsbeschäftigte	-	
Hamacher, Lee Ministerialdirigentin	-	
Jestaedt, Katharina Ministerialdirigentin	-	
Jägers, Diane Ministerialdirigentin	-	
Kopietz, Sebastian Stadtdirektor Stadt Bochum	-	
Wohland, Andreas Beigeordneter Städte- und Gemeindebund NRW	-	
Zillikens, Harald Bürgermeister Stadt Jüchen	-	

Die ausführliche Verwaltungsratsübersicht wurde aus dem Jahresabschluss der d-NRW AöR entnommen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.1.11 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH Friedrichstraße 149 10117 Berlin
Internet	www.pd-g.de
E-Mail	info@pd-g.de
Telefon	030/257679-0
Telefax	030/257679-199

Zweck der Beteiligung

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH berät die öffentliche Hand und ausländische Staaten in allen Phasen des Beschaffungsprozesses. Hierbei bietet die Gesellschaft ihre Arbeit als Beratungsunternehmen für die öffentliche Hand künftig als Inhouse-fähige Gesellschaft an. Besonderer Schwerpunkt ist dabei ein flächendeckendes Varianten-neutrales Beratungsangebot zu allen Beschaffungsvarianten auch gerade für Kommunen über den kompletten Projektzyklus von öffentlichen Investitionsvorhaben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Zu den 247 Gesellschaftern zählen u.a. neben dem Bund derzeit 14 Bundesländer, kommunale Gesellschafter inklusive der kommunalen Spitzenverbände, in zwei Beteiligungsvereinen organisierte Universitätskliniken, Hochschulen und kommunale Großkrankenhäuser, Körperschaften und Forschungseinrichtungen, öffentliche Unternehmen, Zweckverbände, Genossenschaft, Kooperationen, Vereine und die Republik Zypern.

Die Stadt Würselen ist mit einem Anteil von 0,05 % und einem Anteil am Stammkapital von 1.000,00 € an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2024 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	3.632	3.954	-322	Eigenkapital	55.547	45.349	10.198
Umlaufvermögen	81.459	68.224	13.235	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	20.753	18.511	2.242
				Verbindlichkeiten	10.232	9.681	551
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.453	1.378	75	Passive Rechnungsabgrenzungen	13	16	-3
Bilanzsumme	86.544	73.556	12.988	Bilanzsumme	86.544	73.556	12.988

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	161.179	137.077	24.101
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3.339	2.089	-5.428
3 Sonstige betriebliche Erträge	843	689	153
4 Materialaufwand	-19.260	-22.128	2.869
4.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.260	-22.128	2.869
5 Personalaufwand	-95.386	-81.708	-13.677
6 Abschreibungen	-1.529	-1.428	-101
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.910	-19.259	-2.651
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	538	214	323
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-0	-1
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.687	-4.886	-1.802
11 Ergebnis nach Steuern	14.446	10.660	3.786
12 Sonstige Steuern	-0	-1	0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14.446	10.660	3.786

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	64,2 %	61,7 %	2,5 %
Eigenkapitalrentabilität	26,0 %	23,5 %	2,5 %
Anlagendeckungsgrad 2	1.529,2 %	1.146,8 %	382,4 %
Verschuldungsgrad	55,8 %	62,2 %	-6,4 %
Umsatzrentabilität	9,0 %	7,8 %	1,2 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2024 waren 1.145 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 970) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2024 erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2024 konkretisierten Wachstumserwartungen für das Betriebsergebnis voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in den vergangenen Jahren gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf, Frankfurt am Main und Hamburg entwickelten sich im Berichtsjahr weiter positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, dadurch eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die in 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden und Kundinnen der PD aus den jeweiligen Regionen. Die PD hat während des Geschäftsjahres 2024 durchschnittlich 1.145 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 970 im Geschäftsjahr 2023.

In Folge der von der Gesellschafterversammlung in 2023 beschlossenen PD-Strategie 2024-2028 wurden in den Geschäftsbereichen der PD konkrete Beratungsfelder identifiziert, für die entsprechende Produkte entwickelt wurden und zudem ein stärkerer Fokus auf interföderale Beratungsprojekte gelegt. Darüber hinaus wurde das Wissensmanagement intern, aber auch in Richtung der Gesellschafter und Kunden weiter ausgebaut. Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bzgl. des zweiten Nachtragshaushalts 2021 und der daraus resultierenden Haushaltssperre, wurde die bereits in der Strategie vorgesehene stärkere Diversifizierung der Kundenbasis und Ausweitung des Geschäfts auf der Länderebene forciert und somit mögliche Einbußen verhindert.

Der Gesellschafterkreis ist in 2024 auf 247 Gesellschafter angewachsen und wird in 2025 weiterwachsen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenlage

Im Rahmen des weiteren Wachstums der PD hat sich die Bilanzsumme um 13,0 Mio. € (+ 17,7%) gegenüber dem Vorjahreswert von 73,5 Mio. € auf 86,5 Mio. € erhöht.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist um 34,8% (+4.467 T€) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Vorräte verringerten sich im Gegenzug um 34,7% von 9.422 T€ auf 6.148 T€. Demgegenüber haben sich in der Berichtsperiode die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.513 T€ auf 1.913 T€ erhöht (+26,4%). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die sonstigen Rückstellungen in Summe nur geringfügig um 62 T€. Während die Rückstellung für Tantieme anstieg (+1.622 T€), verminderten sich die Rückstellungen für Fremdleistungen (-919 T€) und für die Rückstellungen sonstiger ausstehender Rechnungen (-788 T€).

Die Gesellschaft verfügte zum Ende des Jahres 2024 über direkte Geldmittel in Höhe von 55,6 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten Festgeldanlagen. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 11,9 Mio. € angestiegen. Maßgeblich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 4,4 Mio. €.

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2024) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 55,5 Mio. € bei rund 64,2% der Bilanzsumme. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 15,3-fachen des Anlagevermögens. Damit erhöht sich der Faktor im Vergleich zum Vorjahr um 33,3%.

Finanzlage

Der Cash-Flow betrug insgesamt 11.932 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 55.578 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug

17.582 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.207 T€. Sie liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist einen Betrag von -4.443 T€ aus. Gewinnausschüttungen für das Jahr 2023 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß genau in dieser Höhe.

Das working capital zum 31.12.2024 betrug 48.087 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr um 26,5% gestiegen.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 14.446 T€ abgeschlossen. Damit erhöhte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 3.786 T€. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Umsatz zzgl. Bestandsveränderungen (T€)	54.578	65.407	94.040	116.635	139.167	157.840
Rohergebnis (T€)	31.952	48.767	73.184	94.482	117.728	139.422
Jahresüberschuss (T€)	2.898	6.303	12.704	9.353	10.660	14.446

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Umsätze gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der Positionierung als verlässlicher Projektberater und der somit stark einhergehenden Kundenbindung. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundentamm, insbesondere im Bereich der Länder, weiter auszuweiten und zu festigen.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt im Geschäftsjahr 2024 rund 20.597 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr um 5.265 T€ gestiegen.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung teilweise erfüllt. Während die Gesamtleistung den Vorjahreswert übertraf, konnte der vom Aufsichtsrat beschlossene Planwert nicht erreicht werden. Die Unterschreitung des Planwertes für die Gesamtleistung begründet sich durch eine deutlich geringe Inanspruchnahme für bezogene Fremdleistungen, was sich auch im Deckungsbeitrag widerspiegelt. Mit Steigerung der Gesamtleistung (+18.792 T€) gegenüber dem Vorjahr sind auch planmäßig die Gesamtkosten angestiegen (+13.561 T€). Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalkosten (+13.683 T€) aufgrund des nachhaltig geplanten Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Trotz Steigerung liegen die Personalkosten mit -6.229 T€ dennoch weit unterhalb des Planwertes. Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen durch geringere Einstellungen als geplant. Die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum gegenüber dem Vorjahr konstant. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr bei den Fortbildungskosten, den Aufwendungen für Personalsuche und den IT-Kosten zu verzeichnen. Die Steigerung der Gesamtkosten zum Vorjahr wurde entsprechend des weiteren Wachstums für das Jahr 2024 im Planungsprozess adäquat bemessen. Insgesamt lagen diese auf Grund des geringeren Personalaufwuchses (-3,3% zum Planwert) unterhalb der bestätigten Wirtschaftsplanung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Reiseintensität hat weiterhin zugenommen, Weiterbildungsmaßnahmen wurden stark intensiviert. Der Anstieg fiel in Relation zum Wachstum der Eigenleistung bzw. zum Wachstum der Mitarbeitenden unterproportional aus (-2%) und liegt leicht unterhalb des Planwertes. Das geplante operative Ergebnis wurde auf Grund der geringeren Personalkosten hingegen weit übertroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild der Leistungsindikatoren:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	176.398	158.590	-17.808
Deckungsbeitrag	141.070	139.330	-1.740
Deckungsbeitrag abzgl. Personalkosten	39.449	43.939	4.490
Operative Ergebnis (EBIT abzgl. neutralem Ergebnis)	16.123	20.505	4.382

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren betrachtet die PD nichtfinanzielle Leistungsindikatoren in den Bereichen Personal, Kundenzufriedenheit und Nachhaltigkeit.

Personal: Mitarbeitendenzufriedenheit, Personalentwicklung und Weiterbildung

- Nach 2018 und 2021 führte die PD 2023 wieder eine Mitarbeitendenbefragung durch. Diese wurde mit einem zufriedenstellenden Ergebnis (Schulnote 2,36) abgeschlossen und in 2024 wurde ein Maßnahmenkatalog auf Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung erstellt und erste Maßnahmen wurden umgesetzt. Für 2025 wird angestrebt die Mitarbeitendenzufriedenheit weiterhin auf einem „guten“ Niveau zu halten und die definierten Maßnahmen umzusetzen. Eine weitere Mitarbeitendenbefragung wird voraussichtlich in 2026 durchgeführt.
- Neben den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragung ist auch die im Durchschnitt moderate Fluktuationsrate, die in 2024 bei rd. 12,1 % lag, ein Zeichen der hohen Mitarbeitendenzufriedenheit. Eine ähnliche Fluktuationsrate wird auch für 2025 angestrebt.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung. So wurden Gesundheitswochen durchgeführt und zusätzlich eine Kooperation mit dem Fürstenberg Institut, einer Plattform für Mental Health geschlossen.
- Im Bereich Weiterbildung konnte die PD ebenfalls eine positive Entwicklung verzeichnen. So haben in 2024 963 Mitarbeitende ein Training aus der sog. „PD-Lernwelt“ mit durchschnittlich 5,5 Tagen abgeschlossen. Damit konnten rund 80% aller Mitarbeitenden aktiviert werden.
- Dabei wurden 60% der Trainings digital und ca. 40 % der Trainings analog angeboten.
- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- g. Auch in 2025 sollen festangestellte Mitarbeitende möglichst durchschnittlich 5 Weiterbildungstage erhalten.

Kundenzufriedenheit

- Die PD fragt kontinuierlich nach Abschluss von Projekten bei ihren Kunden nach Feedbacks. Diese werden mindestens einmal jährlich ausgewertet. So sind im Jahr 2024 insgesamt 54 ausgefüllte Fragebögen mit einer Rücklaufquote von 55% bei der PD eingegangen. Die Auswertung der Fragebögen zeigt die hohe Qualität der Beratungsleistung sowie die Zufriedenheit der Kunden.
- In 2025 soll das Kundenfeedback weiter optimiert werden, um eine noch höhere Rücklaufquote zu erreichen. Zudem wird das Qualitätsmanagement weiter ausgebaut, um dadurch eine hohe Kundenzufriedenheit abzusichern.

Nachhaltigkeit

- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013.
- Die in 2022 beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie der PD enthält 50 Nachhaltigkeitsziele. Aufgrund der gestiegenen gesetzlichen Anforderungen aber auch wegen des hohen Verantwortungsbewusstseins der PD wird die Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Governance-Strukturen und Nachhaltigkeitsreportings stetig weiterentwickelt. So wurde in 2024 u.a. die Wesentlichkeitsanalyse ausgewertet und in unterschiedlichen Gremien besprochen und diskutiert.

- c. Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- d. Auch 2024 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an sechs gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt.
- e. Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

Prognose- und Chancenbericht

Nach einem längeren Zeitraum des starken Wachstums hat die PD in 2024 einen Konsolidierungsprozess begonnen, der auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll.

Dabei fokussiert sich die PD auf eine gezielte und strategische Kundendiversifizierung, um möglichen Haushaltsengpässen, die u.a. im zeitlichen Zusammenhang mit Wahlen entstehen, begegnen zu können. So hat die PD durch die Gewinnung von strategisch wichtigen Gesellschaftern, wie einigen Großstädten und größeren Bundesbehörden weiteres Geschäftspotenzial gewonnen. Auch das Geschäft mit den Bundesländern wird weiter forciert und weiterhin ein Fokus auf die Gewinnung der beiden verbleibenden Bundesländer als Gesellschafter gelegt. Hierdurch bietet sich für die PD auch ein Skalierungspotenzial für ihre Beratungsprodukte.

Neben der strategischen Kundendiversifikation sieht die PD in ihren Expertise-Bereichen Verwaltungsmodernisierung sowie Infrastruktur aufgrund des weiterhin bestehenden Beratungsbedarfs der öffentlichen Hand ausreichend Nachfrage, um ihren konsolidierten Wachstumskurs zu verfolgen. So werden insbesondere auf Bundesebene durch die neue Bundesregierung neue Arbeitsprogramme erwartet, bei denen eine Begleitung durch die PD angestrebt wird. Auf allen föderalen Ebenen bestehen zudem für die öffentliche Hand Herausforderungen, dem steigenden Investitionsstau, Sanierungsbedarf der Infrastruktur (z. B. Gebäudesanierung und Brücken) und zunehmenden Fachkräftemangel zu begegnen. Auch hier bietet die PD mit ihrer Expertise in ihren Kernbereichen, wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, Cybersicherheit, strategische Beschaffung, Öffentliche Gebäude etc., vielfältige Beratungsangebote, die auf eine entsprechende Nachfrage treffen. Auf Grund ihrer Größe ist die PD mittlerweile in der Lage, sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. November 2024 beschlossen wurde und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2026-2029 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein Wachstum in Höhe von 4% bis 5% auf Basis aktueller qualifizierter Einschätzungen der Marktpotentiale insbesondere der eigenen Leistung der PD vor, jedoch ein abgeschwächtes im Vergleich zu den Vorjahren. Dabei wird im Zeitraum 2026 – 2029 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 5,1% p.a. erwartet. Zur Erreichung dieses Eigenleistungswachstum muss der Personalkörper im operativen Bereich im Vergleich zu den Vorjahren leicht anwachsen, was dementsprechend in der Planung verankert wurde. Die deutlich negative Entwicklung des Deckungsbeitrages abzgl. der Personalkosten ist im Wesentlichen auf den starken Anstieg der Personalkosten in Höhe von 11,4% gegenüber dem Jahr 2024 sowie der „Overperformance“ (höhere Auslastungswerte) der Beratenden im Geschäftsjahr 2024 zurückzuführen, welche für 2025 so nicht vorhersehbar war.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Leistungsindikatoren der Gesellschaft dar:

	IST 2024 (T€)	PLAN 2025 (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	158.590	156.808	-1.782
Deckungsbeitrag	139.330	142.324	2.994
Deckungsbeitrag abzgl. Personalkosten	45.087	37.332	-7.755
Operative Ergebnis (EBIT abzgl. neutralem Ergebnis)	22.169	12.545	-9.624

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risikobewertung

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Realisierung des Risikos. Hierfür wurde eine einheitliche Systematik entwickelt, die in allen Bereichen, in denen Risiken ermittelt und bewertet werden, verwendet wird. Aufgrund dieser Systematik werden alle Risiken nach dem Ampelprinzip eingestuft. Die Risikolage wird jeweils jährlich im Risikobericht zusammengefasst, der dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates sowie dem gesamten Aufsichtsrat vorgestellt wird.

Folgende Risikokategorien sind für die PD relevant (angeordnet nach Gewichtung):

1. Strategisches und Marktrisiko

Zu den strategischen und Marktrisiken gehören unter anderem eine fehlende strategische Ausrichtung, das Außerachtlassen von Markttendenzen und Veränderungen in der Wettbewerbslandschaft, die Nichtbeachtung von Entwicklungen in zentralen Geschäftsfeldern und deren Auswirkungen auf die Nachfrage nach Beratungsleistungen, mangelndes Wissensmanagement oder eine fehlende Berücksichtigung neuer Methoden und Techniken. Auch Konjunktur- und Wirtschaftsschwankungen sowie politische Unsicherheiten und deren Auswirkungen auf die öffentliche Haushaltslage sind hier zu berücksichtigen. Insbesondere Haushaltskrisen haben direkte Auswirkungen auf das Geschäft der PD und sind auch aufgrund ihrer Häufung in den vergangenen Jahren somit als eines der wesentlichen Risiken der PD anzusehen.

2. Reputationsrisiko

Die PD steht als Inhouse-Beratung der öffentlichen Hand aufgrund des besonderen medialen Interesses für das Handeln der Verwaltung vermehrt ebenfalls im Fokus. Daher ist eine Beeinträchtigung der Reputation für die PD ein hohes Risiko, dem entgegengewirkt werden muss. Der Ruf der PD kann zum Beispiel durch negatives Medienecho oder Kundenfeedback beschädigt werden. Die Ursachen und Risiken für solch negatives Feedback liegen in unzutreffenden und abschätzigen Meinungsäußerungen Dritter, schlechter Beratungsqualität, aber auch in Verletzung von Richtlinien oder Vorgaben.

3. Projektrisiko

Projektrisiken sind vielfältig und können beispielsweise durch ein Scheitern von Projekten, etwa aufgrund von Beratungsfehlern, durch die Nichtbeachtung von internen Geschäftsprozessen, durch fehlende oder nicht kommunizierte Prozessabläufe, durch unzureichende Dokumentation oder die Vernachlässigung interner Richtlinien entstehen. Hinzukommen können außerdem Qualifikationslücken bei Mitarbeitenden hinsichtlich einer erforderlichen Fachexpertise, mangelnde Sorgfalt oder fehlende Motivation bei Mitarbeitenden. Mit der steigenden Anzahl der Projekte der PD ist die Eintrittswahrscheinlichkeit für die benannten Risiken grundsätzlich gestiegen, aufgrund der vielfältigen Qualitätsmaßnahmen und der dadurch begrenzten Auswirkungen sind die Projektrisiken insgesamt jedoch als mittel einzuschätzen.

4. Operationelles Risiko

Operationelle Risiken sind solche, die die Arbeitsfähigkeit der PD schlechthin betreffen. Ein Mangel an personellen und materiellen Ressourcen für die Bearbeitung von Projekten oder eine eingeschränkte Nutzbarkeit beziehungsweise Nichtverfügbarkeit der IT-Systeme, der Infrastruktur oder von Versorgungseinrichtungen können hier exemplarisch als Ursachen genannt werden. Da Angriffe auf die IT-

Systeme in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben, sind die operationellen Risiken in ihrer Bedeutung gestiegen, jedoch grundsätzlich weiterhin als mittel einzustufen, da die PD sich bei der Absicherung ihrer IT-Infrastruktur laufend weiterentwickelt.

5. Rechtliches Risiko

Rechtliche Risiken entstehen etwa aus Verstößen gegen Gesetze oder Vorschriften, durch Nichterfüllung von verbindlichen Anforderungen des Aufsichtsrates, durch die Nichteinhaltung von Vertraulichkeits-, Datenschutz- und Geheimschutzanforderungen, Verletzungen von Compliance-Richtlinien oder durch Lücken in den internen Kontrollsystemen. Diese Risiken werden bei der PD auch aufgrund der mehrstufigen Kontrollstrukturen und des grundsätzlich verankerten Vier-Augen-Prinzips überwiegend als mittel eingestuft.

6. Finanzielles Risiko

Finanzielle Risiken können viele Ursachen haben. Hierzu zählen finanziell nachteilige Lieferanten- oder Kundenverträge, eine unzureichende Liquiditätsausstattung, fehlerhafte Finanzplanung, unwirksames Controlling oder eine nicht ausreichende finanzielle Risikorücklage bis hin zu nicht vorhandenen Versicherungen. Da die PD ausschließlich öffentliche Kunden hat, die grundsätzlich stets als zahlungsfähig anzusehen sind, sind die Risiken eher als gering einzuschätzen.

Maßnahmen zur Risikomitigation

Bezüglich der strategischen und Marktrisiken treibt die PD die Diversifizierung ihrer Kundenbasis voran und überwacht insbesondere bei anstehenden Bundes- und Landtagswahlen die Fortführungsprognose aller laufenden Projekte auf wöchentlicher Basis. Auch entwickelt sie das interne Wissensmanagement kontinuierlich weiter, um die Transparenz über die verschiedenen Projekte und die Nutzbarkeit von Wissen zu untermauern und mögliche Redundanzen oder Widersprüche zwischen den Beratungsprojekten zu vermeiden. Mögliche regulatorische Neuerungen werden mithilfe eines Rechtskatalogs überwacht.

Um Projektrisiken zu begegnen, wird zum einen seit mehreren Jahren die Qualifizierung und Weiterbildung der Beratenden kontinuierlich verbessert und zum anderen das Qualitätsmanagement durch die Einführung von so genannten Quality Gates ausgebaut und verbindlich umgesetzt. Abgeschlossene Projekte werden mittels „Lessons Learned“ einer kritischen Nachbewertung unterzogen. Die Ergebnisse sind über die neue Projektdatenbank für alle Mitarbeitenden einseh- und auswertbar (Risikokommunikation). Zusätzlich wird ein Kundenfeedback eingeholt. Kaufmännisch wird die laufende Projektarbeit durch das Projektcontrolling kaufmännisch begleitet.

Mithilfe des Qualitätsmanagements wird auch möglichen Reputationsrisiken entgegengewirkt. Darüber hinaus betreibt die PD ein Pressemonitoring und eine intensive Marketing- und Kommunikationsarbeit, um auf negative Äußerungen z.B. auch auf den sozialen Netzwerken schnellstmöglich reagieren zu können und zugleich umfänglich über die Arbeit der PD zu informieren. Die Webseite ist hier eine zentrale erste Informationsquelle für Recherchen von Stakeholdern. Zudem hat die PD ein Compliance Management System etabliert und zertifizieren lassen sowie eine Whistleblower-Meldestelle eingerichtet.

Möglichen rechtlichen Risiken wird insbesondere durch fortlaufende Schulungen und Bekanntmachungen der Angebots- und Nachunternehmer-Prozesse bei den Mitarbeitenden und durch die Einrichtung eines zentralen Vertragsmanagements inkl. rechtlicher Prüfung der Verträge begegnet.

Im Bereich der finanziellen Risiken gibt es ein breites Spektrum an Instrumenten, wie z.B. wöchentliche Monitorings der Liquidität, des Working Capital und des Forderungsmanagements. Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Weitere Maßnahmen zur Risikomitigation, die insbesondere auf die operationellen Risiken abzielen sind ein umfangreiches IT-Sicherheitssystem, was auch durch die BSI-Re-Zertifizierung nach ISO 27001 in 2024 bestätigt wurde. Auch wurde in 2024 das IT-Tool „Trend Micro Tipping Point“ eingeführt, das in Echtzeit das gesamte Netzwerk auf Bedrohungen hin scannt und das Eindringen von Schadsoftware weitestgehend unterbindet. Im laufenden Geschäft unterstützt der Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) die Mitarbeitenden bei Fragen oder Anliegen hinsichtlich der Informationssicherheit. Im Bereich

Personal werden unter anderem Mitarbeitendenbefragungen durchgeführt, die im Hinblick auf Anhaltspunkte für Verbesserungen ausgewertet werden sowie diverse Personalentwicklungsmaßnahmen ergriffen, um die Zufriedenheit der Mitarbeitenden sicherzustellen. Zusätzlich wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement ausgebaut, das sowohl den Arbeitsschutz, gesundheitsfördernde Maßnahmen sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement langzeiterkrankter Mitarbeitenden umfänglich betreibt, um das Wohlergehen der Mitarbeitenden zu unterstützen und das Gesundheitsrisiko zu mindern. Darüber hinaus wird die Fluktuationsrate regelmäßig überprüft und Austrittsgespräche geführt, um rechtzeitig auf mögliche Austrittswellen reagieren zu können.

Neben all diesen Maßnahmen überprüft die Interne Revision entsprechend einer mehrjährigen Prüfplanung die Funktionsbereiche und Geschäftsprozesse auf Einhaltung der internen Richtlinien sowie von extern vorgegebenen Gesetzen und Verordnungen.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoeexposition im Berichtsjahr stabil gehalten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Beemelmans, Stéphane Jurist	Geschäftsführung	bis 31.10.2024
Wechselmann, Claus Kommunikationswissenschaftler	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Saebisch, Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	Vorsitzende(r)	bis 10.12.2024
Dr. Bösing, Rolf Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	1. stv. Vorsitzende(r)	
Bussmann, Jens	-	ab 19.12.2024
Cordt, Jutta	-	ab 05.04.2024
Damm, Elmar Abteilungsleiter IV im Hessischen Ministerium der Finanzen	-	
Deix, Wolfgang Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Dr. Kerst, Andreas	-	ab 19.12.2024
Dr. Klesse, Astrid Unterabteilungsleiterin I A im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	-	
Dr. Mangelsdorff, Lukas Abteilungsleiter IV im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen	-	
Dr. Werth, Jochen	-	

Aufsichtsrat		
Göppert, Verena Deutscher Städtetag, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers	-	bis 19.04.2024
Karger, Pia Abteilungsleiterin im Bundesministerium des In- nern und für Heimat	-	
Michel, Corinna Senior Consultant bei der PD - Berater der öffent- lichen Hand GmbH	-	
Munoz, Tatiana Senior Consultant bei der PD - Berater der öffent- lichen Hand GmbH	-	
Prof. Dr. Scholz, Jens Vorstandsvorsitzender Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	-	bis 10.12.2024
Pyka, Tina	-	ab 01.07.2024
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh	-	
Waßmuth, Melissa Managerin bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	bis 30.06.2024
Wohltmann, Matthias	-	ab 20.04.2024
Zimmermann, Uwe Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deut- schen Städte- und Gemeindebundes	-	

Beirat		
Fietz, Paul Johannes Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Vorsitzende(r)	
Prof. Dr. Mergel, Ines Professorin für Public Administration und Digital Governance an der Universität Konstanz	1. stv. Vorsitzende(r)	
Dr. Bastians, Uda Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag	-	
Dr. Diedrich, Martina Direktorin des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg	-	
Dr. Günnewig, Dirk Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen	-	
Mildenberger, Tanja Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwal- tung für Finanzen	-	
Prof. Dr. Kleinschrot, Katharina Professorin für Bauverfahrenstechnik und zirkul- läre Wertschöpfung an der TU Dresden	-	
Prof. Dr. Römmele, Andrea Vizepräsidentin der Hertie School	-	

Beirat		
Schallbruch, Martin CEO der govdigital eG	-	
Wendsche, Bert Oberbürgermeister der Stadt Radebeul und Prä- sident des Sächsischen Städte- und Gemeindeta- ges	-	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht und Beirat aus dem Jahresabschluss der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 33,3 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die PD hat keinen offiziellen Gleichstellungsplan. Da es sich bei der PD um keine Behörde handelt, ist sie gesetzlich hierzu nicht verpflichtet. Im Gesellschaftsvertrag wird nicht auf Landesgleichstellungsgesetze hingewiesen.

Als Unternehmen hat sich die PD jedoch darüber hinaus diverse Ziele in Bezug auf Gleichstellung gesteckt (Parität, Nachhaltigkeitsziele, etc.). Die Gleichstellung der Geschlechter ist der PD ein großes Anliegen. So hat z.B. der Anteil der Frauen in Führungspositionen bei der PD stetig zugenommen.

3.4.1.12 Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung

Basisdaten

Anschrift	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung Mariadorfer Straße 5 52249 Eschweiler
Internet	www.regioentsorgung.de
E-Mail	info@regioentsorgung.de
Telefon	02403/5550600
Telefax	02403/5550689

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des Landesabfallgesetzes NRW zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband RegioEntsorgung hat zur Wahrnehmung seiner ihm von den Kommunen übertragenen Aufgaben gemäß § 114a GO NRW das Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts „RegioEntsorgung, Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet und die von den Kommunen übertragenen Aufgaben insgesamt und mit befreiender Wirkung auf das Kommunalunternehmen übertragen. Das Kommunalunternehmen übernimmt insoweit die Pflichten des Zweckverbandes als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, ist allein verantwortlicher Aufgabenträger, soweit ihm Aufgaben vom Zweckverband übertragen wurden und verfolgt das Ziel der Vereinheitlichung der Entsorgungsstrukturen. Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Stolberg	6,3	5,88
Stadt Eschweiler	6,3	5,88
Stadt Alsdorf	6,3	5,88
Stadt Baesweiler	6,3	5,88
Gemeinde Roetgen	6,3	5,88
Gemeinde Simmerath	6,3	5,88
Stadt Monschau	6,3	5,88
Gemeinde Inden	6,3	5,88
Gemeinde Langerwehe	6,3	5,88
Stadt Linnich	6,3	5,88
Gemeinde Niederzier	6,3	5,88
Stadt Geilenkirchen	6,3	5,88
Stadt Herzogenrath	6,3	5,88
Gemeinde Nideggen	6,3	5,88
Gemeinde Vettweiß	6,3	5,88
Stadt Würselen	1,5	5,88

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
RegioEntsorgung AöR	25,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben erhält die RegioEntsorgung AöR vom Entsorgungszweckverband eine Zuweisung, die jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung festzulegen ist.

Die Höhe der Zuweisung bemisst sich nach den kalkulatorischen Kosten gem. Wirtschaftsplan, die für die Aufgabenerfüllung auf dem jeweiligen Stadtgebiet des Verbandsmitgliedes anfallen. Die Umlage für die Stadt Würselen betrug im Geschäftsjahr 2024 2.799.854,62 EUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	25	25	0	Eigenkapital	106	106	0
Umlaufvermögen	4.229	4.441	-213	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	16	8	8
				Verbindlichkeiten	4.132	4.353	-221
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	4.254	4.466	-213	Bilanzsumme	4.254	4.466	-213

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und dem Zweckverband RegioEntsorgung.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	24.936	25.697	-761
2 Sonstige betriebliche Erträge	2	0	2
3 Materialaufwand	-24.918	-25.678	760
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-20	-19	-1
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	2,5 %	2,4 %	0,1 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	425,0 %	425,0 %	0,0 %
Verschuldungsgrad	3.903,4 %	4.103,6 %	-200,2 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Lage des Verbands:

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung hat als kleiner Verband i. S. v. § 267 Abs. 1 HGB i. V. m. § 21 EigVO NRW zulässigerweise wie im Vorjahr keinen Lagebericht aufgestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Schunk-Zenker, Marion Bürgermeisterin Stadt Linnich	Stellvertreter(in)	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzende(r)	
Dr. Czech, Timo	-	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	
Dr. Krämer, Carmen Bürgermeisterin Stadt Monschau	-	
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Goffart, Bernd Bürgermeister Gemeinde Simmerath	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Münstermann, Peter Bürgermeister Gemeinde Langerwehe	-	
Pfennings, Stefan Bürgermeister Gemeinde Inden	-	

Verbandsversammlung		
Rombey, Frank Bürgermeister Gemeinde Niederzier	-	
Schmunkamp, Marco Bürgermeister Stadt Nideggen	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Weiler, Jochen Bürgermeister Stadt Heimbach	-	

Verbandsvorsteher		
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	Stellvertreter	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	

Gem. § 11 der Verbandssatzung können Ausschüsse und Beiräte gebildet werden, wobei mindestens ein Ausschuss für Strukturfragen und ein regionaler Abfallwirtschaftsbeirat zu bilden ist.

Im Jahr 2006 wurden der technische Strukturausschuss sowie die Abfallwirtschaftsbeiräte für die Nordkreise Aachen und Düren etabliert. Als Folge der Erweiterung des Verbandsgebietes wurden die Abfallwirtschaftsbeiräte im Jahr 2008 neu strukturiert und in die drei regionalen Abfallwirtschaftsbeiräte Nordwest, Nordost und Südwest.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen,

die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

3.4.1.13 Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen

Basisdaten

Anschrift	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen Übacher Weg 36 52477 Alsdorf
Internet	www.vhs-nordkreis-aachen.de
E-Mail	info@vhs-nordkreis-aachen.de
Telefon	02402/90630
Telefax	02404/906320

Zweck der Beteiligung

Die Volkshochschule Nordkreis Aachen ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß §§ 1, 2 Abs. 2, 3 und 10 des WbG NRW. Sie dient der Weiterbildung von Erwachsenen und Jugendlichen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Weitere Aufgaben der Volkshochschule Nordkreis Aachen sind auch Maßnahmen und Projekte, die der Qualifizierung und zur Unterstützung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das Schaffen eines umfangreichen Bildungsangebots, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Zu diesem Zweck führt die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen wie Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m. durch. Die Lehrveranstaltungen sollen in den Mitgliedsstädten gleichwertig angeboten werden. In allen Städten werden Lehrveranstaltungen durchgeführt, wenn die Mindestteilnehmerzahl dort gesichert ist.

Die in der Verbandssatzung genannten Aufgaben dienen der öffentlichen Bildung und erfüllen insofern einen öffentlichen Zweck.

Hinweis der Verwaltung:

Bis zur Erstellung des Beteiligungsberichtes der Stadt Würselen für das Jahr 2024 hat der Jahresabschluss des Zweckverbandes Volkshochschule Nordkreis Aachen für das Jahr 2024 noch nicht vorgelegen. Daher beziehen sich alle Angaben zum Zweckverband auf das Jahr 2023.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Umlage der Städte

	2023 T€	2022 T€
Alsdorf	30	30
Baesweiler	17	17
Herzogenrath	29	29
Würselen	24	24
Gesamt	100	100

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	18,1	23,61

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit der Finanzierungsbedarf des Zweckverbandes nicht aus Entgelten, Projektmitteln und Zuschüssen gedeckt wird, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage. Die Umlage bemisst sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder.

An den Zweckverband VHS Nordkreis Aachen wurde im Jahr 2023 eine Umlage in Höhe von 23.901,61 € und in 2022 24.317,80 € gezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	19	21	-2	Eigenkapital	1.376	1.394	-18
Umlaufvermögen	1.657	1.609	48	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	68	59	9
				Verbindlichkeiten	151	115	36
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1	1	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	83	63	20
Bilanzsumme	1.677	1.631	46	Bilanzsumme	1.677	1.631	46

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der VHS Nordkreis Aachen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	987	937	51
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.029	730	299
3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6	4	2
4 Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
5 Ordentliche Erträge	2.023	1.671	352
6 Personalaufwendungen	-1.154	-1.070	-84
7 Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	-23	-17	-6
8 Bilanzielle Abschreibungen	-7	-5	-2
9 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-860	-718	-142
10 Ordentliche Aufwendungen	-2.044	-1.811	-233
11 Ordentliches Ergebnis	-22	-140	118
14 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-22	-140	118
12 Finanzerträge	4	0	4
13 Finanzergebnis	4	0	4
15 Sonstige Steuern	4	0	4
16 Jahresergebnis	-18	-140	122

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	82,0 %	85,5 %	-3,5 %
Eigenkapitalrentabilität	-1,3 %	-10,0 %	8,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	7.144,7 %	6.544,9 %	599,8 %
Verschuldungsgrad	15,9 %	12,5 %	3,4 %
Umsatzrentabilität	-0,9 %	-8,4 %	7,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 20) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres/Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Nach Ende der Covid-19-Pandemie ist das Jahr 2023 erstmals wieder sehr erfolgreich für die VHS Nordkreis Aachen verlaufen, mit ähnlich guten und teilweise verbesserten Leistungsdaten im Vergleich zu 2019. 2023 verzeichnete die VHS 11.779 Anmeldungen (10.794) in 1.031 Veranstaltungen (795) und realisierte 22.684 Unterrichtsstunden (23.207). Der leichte Rückgang der Unterrichtsstunden ist dem allgemeinen Trend geschuldet, dass die Kund*innen vermehrt kürzere Formate wählen. Dennoch übertrifft die VHS die vom Land NRW geforderten Pflichtunterrichtsstunden (8.000 UE) fast um das Dreifache.

Seit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes NRW im Jahr 2022 stehen den Weiterbildungsträgern zusätzliche Fördermittel zur Verfügung, die die VHS alle erfolgreich beantragt und die damit verbundenen Projekte durchgeführt hat. So hat die z.B. zur Erreichung neuer Zielgruppen und zur Umsetzung neuer Formate Mittel in Höhe von 25.000 Euro aus der Entwicklungspauschale (18 WbG) erhalten. Unter anderem wurden Projekte zur Demokratieförderung, zusätzliche Sprachkurse und innovative Formate wie das Event „Gesundheit trifft Kultur“ realisiert. In Kooperation mit den Volkshochschulen Aachen, Stolberg und Südkreis Aachen hat die VHS insgesamt 70.000 Euro aus den Maßnahmen für regionale Bildungsentwicklung (§ 13a WbG) akquiriert und eine Kampagne für Alphabetisierung, Grundbildung und nachholende Schulabschlüsse gestartet. Mit den generierten Fördermitteln aus der Soforthilfe für niedrigschwellige Sprachgelegenheiten im Rahmen des Krisenbewältigungsgesetzes NRW konnten für Ukrainer*innen kulturelle Führungen durch Museen, Theater, Kloster etc. sowie Bastel- und Kochangebote realisiert werden. Diese Veranstaltungen wurden flankiert von Spracheinführungen und dienten dazu, unsere Region mit ihrer Geschichte und Kultur kennen zu lernen.

Nachdem 2022 die neue Geschäftsstelle in Würselen in der Klosterstraße 7 mit einer großen Eröffnungsfeier erfolgreich eingeweiht wurde, hat die Stadt Herzogenrath die Geschäftsstelle in der Erkensstraße 1 mit einem neuen Anstrich und Bodenbelägen renoviert. Die VHS investierte dazu in neues Mobiliar und in bessere Sichtbarkeit der VHS mithilfe neuer Außenwerbung an den Fenstern, so dass auch diese Geschäftsstelle moderner und attraktiver gestaltet ist.

Medial war die VHS oft in regionalen Zeitungen sowie den Stadtmagazinen vertreten. Den persönlichen Kontakt zu den Nordkreis-Bewohner*innen pflegte die VHS erneut erfolgreich mit Informationsständen auf den Wochenmärkten. Mit ihrem Instagram- und Facebook-Kanal erreicht die VHS mittlerweile über 550 Follower.

Neben all der positiven Entwicklung mussten leider durch Kriege, Verfolgung, Klimawandel etc. viele Menschen 2023 ihre Heimat aufgeben und flüchteten – auch nach Deutschland. Für ihre Unterbringung mussten die Kommunen auch wieder auf Hallen und Gebäude zurückgreifen, die der VHS nicht mehr zur Verfügung standen. Um den Geflüchteten unsere Sprache zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe zu vermitteln, kam die VHS an die Grenze ihrer Kapazitäten in Bezug auf Beratungsleistungen, Dozent*innen, Administration und Räumlichkeiten. Hier hat die VHS ihr Angebot seit 2015 vervierfacht.

Ausblick

Die Nachfrage nach Integrationskursen ist ungebrochen, die maßgeblich für die positiven Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre verantwortlich ist. Die VHS leistet mit ihren Sprach- und Integrationsangeboten einen wichtigen Beitrag, um zugewanderten Menschen eine Perspektive in Deutschland zu ermöglichen, die die Fachkräfte von morgen werden können. Allerdings vollzieht Europa einen politischen Richtungswechsel der Abschottung. Ob dieser umsetzbar ist und wie sich dieser auswirkt, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus bereitete das sogenannte „Herrenberger-Urteil“ unter Bildungsträgern, Universitäten, Musikschulen etc. Anlass zur Sorge. Es stellt infrage, ob gewisse Tätigkeiten auf Honorarbasis ausgeübt werden dürfen oder als sozialversicherungspflichtig weitergeführt werden müssen.

Sollte diese Urteil auch Anwendung auf die Integrationskurse (oder ggf. alle VHS-Kurse) finden, müsste die VHS Sozialversicherungsbeiträge für die letzten fünf Jahre nachzahlen, die Anzahl der hauptberuflichen Mitarbeiter*innen würde um ein Drittel steigen, ebenso wie die Personalkosten und die Integrationskurse müssten zurückgefahren werden.

Fazit

Die VHS Nordkreis Aachen hat die multiplen Krisen der letzten Jahre gut gemeistert. Sie hat ihr Programmangebot weiterentwickelt, neue Formate etabliert, Fördermittel akquiriert, wirtschaftlich gearbeitet, Kosten reduziert, neue Möglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes umgesetzt, ihre Geschäftsstellen modernisiert, ihre Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und Netzwerke ausgebaut. Sie hat gezeigt, dass sie sich auf neue Herausforderungen und Unwägbarkeiten einstellen kann. Die Gesamtergebnisrechnung zeigt eine geringere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage als prognostiziert. Dennoch ist sie durch das „Herrenberger-Urteil“ der Gefahr ausgesetzt, eine wichtige Einnahmequelle zu verlieren, die die geringe Städteumlage der letzten Jahre für die Mitgliedskommunen ermöglichte.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Baumann, Kai Heribert Anwendungsentwickler	-	
Blaney, Jana VHS Leitung	-	
Boehm, Ingo Druckermeister	-	
Ciftci, Reyhan Krankenschwester	-	
Dr. Fleckenstein, Manfred Akademischer Direktor i.R.	-	
Dr. Leipertz, Harald Lehrer	-	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	-	
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Gülpen, Renate Hausfrau	-	
Held, Manfred Rentner	-	
Hendriks, Thomas Kommunalbeamter	-	
Ivancic, Janine Buchhändlerin	-	
Kosel, Thomas	-	
Krämer, Konrad Verwaltungsbeamter	-	
Maaßen, Stephan	-	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	-	
Philippengracht, Hubert Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Stadt Herzogenrath	-	
Pokall, Roland	-	

Verbandsversammlung		
Puhl, Matthias Studiendirektor in Pension	-	
Reinartz, Daniel Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	
Schmidt, Manfred Referatsleiter Jugend, Schuler und Sport	-	
Schmittmann, Jörg Realschullehrer a.D.	-	
Schwedt, Timo Kaufmann für Versicherungen und Finanzen	-	
Strotkötter, René Erster Beigeordneter Stadt Würselen	-	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	-	
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplanes ist laut Aussage der VHS Nordkreis Aachen in Planung.

3.4.1.14 KoPart eG

Basisdaten

Anschrift	KoPart eG Kaiserswerther Str. 199-201 40474 Düsseldorf
Internet	www.kopart.de
E-Mail	info@kopart.de
Telefon	0211/59895755
Telefax	0211/4307722

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft sind Dienstleistungen jeglicher Art zur Unterstützung ihrer Mitglieder, insbesondere die Durchführung rechtskonformer Ausschreibungen sowie die Vermittlung des Wareneinkaufs für ihre Mitglieder und alle damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten, Dienstleistungen zur Unterstützung der nachhaltigen Erfüllung der öffentlichen Zwecke der Mitglieder sowie alles, was mit den oben beschriebenen Gegenständen in Zusammenhang steht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung sind die Interessen bei kommunalen Anliegen jeder Art.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<u>Genossenschaftsmitglieder</u>	<u>Zahl</u>
Mitglieder am Anfang des Geschäftsjahres	200
Während des Geschäftsjahres eingetretene Mitglieder	11
Ausgeschiedene Mitglieder	<u>1</u>
Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres	208

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanz- bzw. Leistungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2024 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	364	332	33
Umlaufvermögen	1.330	1.053	277	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	17	43	-26
				Verbindlichkeiten	949	678	271
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	1.330	1.053	277	Bilanzsumme	1.330	1.053	277

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der KoPart eG.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.417	2.406	11
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	187	155	32
3 Sonstige betriebliche Erträge	1	3	-2
4 Materialaufwand	-2.539	-2.493	-46
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-31	-19	-12
6 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
7 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0	0	-0
8 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-11	-17	5
9 Ergebnis nach Steuern	25	37	-12
10 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	25	37	-12
11 Einstellung in Ergebnismrücklagen	-25	-37	12
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
Eigenkapitalquote	27,4 %	31,5 %	-4,1 %
Eigenkapitalrentabilität	6,9 %	11,0 %	-4,2 %
Anlagendeckungsgrad 2	36.434.100,0 %	33.177.600,0 %	3.256.500,0 %
Verschuldungsgrad	265,1 %	217,3 %	47,8 %
Umsatzrentabilität	1,0 %	1,5 %	-0,5 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Nach den Vorschriften des § 366 Abs. 2 Satz 3 HGB sind die in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ebenfalls auf Genossenschaften anzuwenden. Hiernach ist die KoPart eG somit als kleine Genossenschaft einzustufen und dem Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – ist ebenfalls ein Anhang beizufügen. Auf die Erstellung eines Lageberichtes wurde aufgrund dessen verzichtet.

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat		
Sommer, Christof	Vorsitzende(r)	
Noll, Sabine	1. stv. Vorsitzende(r)	
Frömmer, Martin	-	
Görtz, Thomas	-	
Jacobi, Claus	-	
Schultz, Christoph	-	

Vorstand		
Dr. Fallack, Jan	-	
Wallbaum, Viola	-	
Dr. Queitsch, Peter	Stellvertretender Vorstandsvorsitzende(r)	
Dr. Togler, Ralf	Vorstandsvorsitzende(r)	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 6 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen,

die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die KoPart eG beschäftigte im Jahr 2024 keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

i. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2024

3.4.2.1 Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2001

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Bauland Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Bauland Würselen GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	71	-12	83
Umlaufvermögen	375	451	-76	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	4	3	1
				Verbindlichkeiten	300	460	-160
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	375	463	-88	Bilanzsumme	375	463	-88

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	479	0	479
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-365	1	-366
3 Sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
4 Materialaufwand	-1	-1	-1
5 Personalaufwand	-3	-3	0
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-8	0
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18	-18	0
9 Ergebnis nach Steuern	83	-29	112
10 Sonstige Steuern	0	-1	0
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	83	-30	113

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Sämtliche Grundstücke Dobacher Straße wurden im Berichtsjahr vermarktet. Um dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, weitere Grundstücksteile von Miteigentümern zu erwerben. Dies ist im Jahr 2022 erfolgt, so dass die Vermarktung aller Grundstücke im laufenden Geschäftsjahr erfolgen konnte.

Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeiten über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Erschließung von

Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen.

3.4.2.2 Bauland Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2010

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Würselen, Neubaugebiet Kapellenfeldchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Bauland Würselen GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	-8	-4	-4
Umlaufvermögen	24	28	-4	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	30	30	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	32	32	0	Bilanzsumme	32	32	0

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3	-3	0
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-1	-0
6 Ergebnis nach Steuern	-4	-4	-0
7 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4	-4	-0
8 Belastung auf Kapitalkonten	4	4	0
Bilanzgewinn	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Zurzeit führt die Gesellschaft keine operativen Geschäfte aus. Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeiten über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Erschließung von Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

3.4.2.3 Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	20	20	0
Umlaufvermögen	22	22	0	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	0	0	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	22	22	0	Bilanzsumme	22	22	0

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	72	72	-0
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75	-75	0
3 Erträge aus Beteiligungen	3	3	0
4 Ergebnis nach Steuern	-0	-0	0
5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-0	-0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Forschungsflugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen sowie Errichtung, Betrieb und Aufrechterhaltung hierzu erforderlicher Infrastruktureinrichtungen, soweit dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist, zum Gegenstand hat.

Auf Grund des geringen Umfangs der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde aus Kostengründen auf die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung verzichtet. Der im Rahmen der Abschlussprüfung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG beauftragte Wirtschaftsprüfer führte wie im Vorjahr auch eine plausible Durchsicht der Geschäftsunterlagen und des Jahresabschlusses durch.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließende Grundstücke für den Aero-Park 1 am Forschungsflugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können.

Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich ab diesem Zeitpunkt die

für die Entwicklung des Aero-Park 1 benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden.

Zusätzlich werden seit 2022 die für die weiteren Entwicklungsabschnitte (Aero-Park 3) erforderlichen Grundstücke mit den privaten Eigentümern verhandeln und sukzessive von der Gesellschaft erworben.

Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist.

Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 10.10.2022 wurde der bisherige Geschäftsführer, Dr. Edgar Paderski, abberufen und Herr Marc Knisch im Rahmen seiner Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG als neuer Geschäftsführer bestellt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 26.06.2025 wurde Herr Knisch zum 01.08.2025 als Geschäftsführer abberufen. Mit gleichem Datum wurde Herr Marvin Kouchen als Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Herr Kouchen ist von den Beschränkungen des S 181 BGB befreit.

Für die Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese monatlichen Kosten werden von der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG erstattet.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapitals erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3.4.2.4 Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
E-Mail	www.akm-wuerselen.de
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.525	1.544	-19	Eigenkapital	7.286	11.172	-3.885
Umlaufvermögen	20.219	18.047	2.172	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	15	15	1
				Verbindlichkeiten	14.444	8.406	6.038
Aktive Rechnungsabgrenzungen	6	6	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	4	5	-1
Bilanzsumme	21.750	19.597	2.153	Bilanzsumme	21.750	19.597	2.153

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.897	1.853	1.043
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.553	5.739	-1.186
3 Sonstige betriebliche Erträge	3	0	3
4 Materialaufwand	-8.070	-7.406	-664
6 Abschreibungen	-2.750	-863	-1.887
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-192	-148	-44
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	52	33	19
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-379	-113	-266
10 Ergebnis nach Steuern	-3.885	-903	-2.982
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.885	-903	-2.982

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Forschungsflugplatzes in Würselen bei Aachen sowie Errichtung, Betrieb und Aufrechterhaltung hierzu erforderlicher Infrastruktureinrichtungen, soweit dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen des Aero-Parks 1 abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft anschließend gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes Aero Park 1 im Norden der Start- und Landebahn zu erwerben, sodass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügte.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war in dieser Phase neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen zunächst im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen herbeizuführen. Durch die Geltendmachung von Bedenken im Hinblick auf die Verkehrssituation musste die Verkehrsführung innerhalb des Plangebietes noch einmal angepasst werden. Diese Änderung zog auch noch einmal eine gesonderte Betrachtung der Entwässerung nach sich. Insgesamt konnten die Auswirkungen allerdings als unwesentlich bewertet werden, so dass durch den Beschluss des Rates der Stadt Würselen am 01.09.2020 der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen (Gewerbegebiet Aero-Park 1) gefasst wurde. Mit der Rechtskraft des Bebauungsplans und den Kaufpreiszahlungen ist im Jahr 2020 auch der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der betreffenden Grundstücke auf die AKM erfolgt.

Mit der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verschwenkung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Merzbrück und der entsprechenden Ausbauförderung durch das Land NRW war schließlich die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Flugplatzes als Forschungsflugplatz verbunden. Dies wiederum hat ein nachhaltiges Interesse der Aachener Hochschulen und deren Kooperationspartner geweckt, sich im Gewerbegebiet entlang der Flightline mit eigenen Forschungsvorhaben und Gebäuden ansiedeln zu wollen.

Im Zusammenhang mit den aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu erwartenden Fördermitteln und der Luftfahrt-Strategie des Landes NRW in Bezug auf das rheinische Revier wird aktuell die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück mit seinen rund 80 Hektar an Gewerbefläche vor dem Hintergrund einer ausschließlichen Aviation-Ausrichtung vorangetrieben.

Der 19 ha umfassende Aero-Park 1 wird dabei derzeit eigenwirtschaftlich durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG entwickelt. Nachdem die Herstellung der Erschließung im Sommer 2024 weitgehend realisiert werden konnte, erfolgt aktuell durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG die Flächenvermarktung. Eine Vielzahl der Flächen ist bereits vermarktet oder konkret für Vorhabenträger reserviert.

Insgesamt zeigt sich, dass das Interesse von Unternehmen und Forschungseinrichtungen an Aviation-Flächen trotz der Investitionen erschwerenden wirtschaftlichen Gesamtsituation weiterhin groß ist. Die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG geht im Übrigen davon aus, dass sich dieses Interesse mit der Realisierung konkreter Bauprojekte im Aero-Park 1 und dem stetig wachsenden Bekanntheitsgrad des Forschungsflugplatzes/Aero-Park noch einmal steigern wird.

Mobility-Hub

Ergänzt wird die Standortentwicklung im Aero-Park 1 um die Errichtung eines Mobility-Hubs zur Bündelung verschiedener Mobilitätsformen an einem zentralen Ort des Aero-Parks. Dieser umfasst 520 PKW - sowie 50 Fahrradstellplätze einschließlich einer Ladeinfrastruktur, ergänzt wird das Angebot durch Sharingfunktionen und einen Foodtruck. Auf der Grundlage der Vorgaben der gebietseigenen Stellplatzsatzung ist ein zentraler Stellplatznachweis der Unternehmen im Aero-Park 1 außerhalb der eigentlichen Gewerbeflächen innerhalb des Hubs erforderlich.

Zwischen den Gesellschaftern der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wurde vereinbart, dass die KOMPAC GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der StädteRegion Aachen den Mobility-Hub errichtet. Hierzu hat die KOMPAC GmbH ein Grundstück von 5.573 m² nebst Erweiterungsoption von der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG erworben. Geplant ist, dass die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG den Hub spätestens im Jahr 2026 im Wege eines langfristigen Mietvertrages (30 Jahre) anmietet und die Stellplätze an die Unternehmen im Aero-Park 1 weitervermietet. Mit der Betriebsführung soll die KOMPAC GmbH aufgrund ihrer Erfahrung im Bereich der Bewirtschaftung von Parkhäusern beauftragt werden. Die KOMPAC GmbH soll zudem verpflichtet sein, Baulasten in Abstimmung mit der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG zu Gunsten des bauordnungsrechtlichen Stellplatznachweises der Unternehmen eintragen zu lassen.

Die Geschäftsführung rechnet aufgrund der Bau- und Betriebskosten und der daraus resultierenden Miete für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG sowie der nur bedingt skalierbaren Mieteinnahmen aus Weitervermietung an Unternehmen perspektivisch mit deutlichen Anlaufverlusten sowie einem strukturellen Defizit aus dieser aus Mobilitäts- und Nachhaltigkeitsgründen geplanten Infrastruktur. Zwecks Minimierung der wirtschaftlichen Belastung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG werden derzeit verschiedenste Interimsvermietungen an Mietwagenfirmen, große Autohäuser etc. und einnahmesteigernde Staffelmietverträge mit den Unternehmen angestrebt. Zudem befindet sich die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG in einer Abstimmung mit den Gesellschaftern, einen DAWI-Betrauungsakt für durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wahrgenommene Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu erhalten über den auch ein Ausgleich für den Mobility-Hub avisiert ist. Hierzu wird kurzfristig eine Entscheidung der kommunalen Gremien angestrebt.

Eigenkapital und Finanzierung der Gesellschaft

Bereits im Jahr 2018 wurde zur Entwicklung des Aero-Parks 1 das Eigenkapital der Gesellschaft um 6.0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge mit Dritten über insgesamt 4.5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Grunderwerbskosten und der Erschließungskosten abgeschlossen.

Zur Finanzierung des weiteren Grunderwerbs zur Sicherstellung der Entwicklung des Aero-Parks 2 haben die Gesellschafter darüber hinaus mit Darlehensverträgen aus Oktober 2023 weitere 10,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Endfälligkeit dieser Darlehen ist für den 30.06.2029 vereinbart. Erste Kaufverträge über den Erwerb entsprechender Grundstücksflächen wurden zwischenzeitlich notariell beurkundet. Aufgrund der anstehenden Fördervorhaben wird sich die Finanzierung der Gesellschaft absehbar wesentlich verändern und die benötigte Liquidität anstelle von Darlehensaufnahmen vornehmlich durch den Abruf entsprechender Fördermittel sichergestellt.

Darstellung der Lage

Vermögenslage

Im Anlagevermögen ist das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.521.099,92 € (7,01%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Aero-Park 1 und Aero-Park 2 in Höhe von 15.270.394,21 € einschließlich der vorgenommenen Wertberichtigung (70,21%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.907.614,17 € (22,56%) ausgewiesen.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (27,70%) und die satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 6.000.000,00 € (27,59%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 4.145.496,23 € (19,06%). Die Verbindlichkeiten aus dem Endausbau Aero-Park 1 wurden im Jahr 2024 neu bewertet und betragen zum 31.12.2024 6.807.831,15 € (31,30%) und werden innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 15.000,00 € Verbindlichkeiten gegenüber Kommanditisten bestehen in Höhe von 3.318.400,00 € (15,33%).

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet. Die Liquidität erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 476 auf T€ 4.908.

Kurzfristig zeichnen sich keine Liquiditätsrisiken ab.

Mittel- bis langfristig ist die Berichtsgesellschaft auf zusätzliche finanzielle Mittel angewiesen, um ihre Unternehmenstätigkeit fortzuführen. Dazu folgen weitere Ausführungen unten im Risikobericht.

Ertragslage

Die Erlöse wurden durch die Vermietung der im Besitz der Gesellschaft stehenden Gebäude in Höhe von T€ 300, Zinseinnahmen in Höhe von ca. T€ 52 sowie aus der Veräußerung von drei Grundstücken (T€ 2.595) erzielt. Dem Veräußerungserlös aus den Grundstücksverkäufen steht der Abgang von Grundstücksflächen mit einem Wert in Höhe von T€ 3.542 gegenüber. Durch die im Jahr 2024 vorgenommene Wertberichtigung war im Berichtsjahr eine außerordentliche Abschreibung in Höhe von T€

2.730 zu verbuchen. Die Erlöse aus den Zins- und Mieteinnahmen decken aktuell die laufenden Kosten der Gesellschaft. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Prognose/Ergebnisbetrachtung

Die Prognose des Vorjahres (+40.000,00 €, ohne außergewöhnliche Aufwendungen und Erträge) wurde auf Grund erhöhter Instandhaltungen der Bestandsimmobilien (+56.000,00 € gegenüber Prognose) nicht erreicht. Nach Korrektur der außergewöhnlichen Aufwendungen und Erträge und des erhöhten Instandhaltungsaufwandes ergibt sich ein Überschuss in Höhe von ca. 24.000,00 €.

Gleichwohl beläuft sich der Jahresfehlbetrag, insbesondere aufgrund der obigen Sondereffekte, auf € 3.885.408,50 und ist nicht zufriedenstellend.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem Verlust in Höhe von ca. 246.000,00 € gerechnet. Hiervon entfallen ca. 228.000,00 € auf nicht aktivierungsfähige Bereitstellungszinsen im Rahmen der Erschließung des Aero-Parks 2 + 3 und ca. 14.500,00 € auf Vermarktungs- und Verwaltungskosten des Aero-Parks 1. Die Erträge aus der Vermietung der Bestandsgebäude werden die laufenden Kosten der Gesellschaft annähernd decken (Saldo -3.500,00 €).

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Aero-Park 1

Mit den Aero-Parks 1 bis 3 entsteht ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet mit dem Schwerpunkt einer Aviation-Ausrichtung. Durch den vorhandenen Forschungsflugplatz, die hervorragenden Autobahnanbindungen sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn bzw. die geplante Anbindung an die Regio-Tram von einer zügigen Vermarktung der verbleibenden Flächen im Aero-Park 1 ausgegangen. Aufgrund der in Relation zu den Verkaufspreisen hohen Entwicklungs- und Erschließungskosten wird dabei jedoch entsprechend der vorgenommenen Korrekturen des Umlaufvermögens mit einem Defizit aus der Gesamtmaßnahme des Aero-Parks 1 gerechnet. Die Fläche erfüllt jedoch die entscheidende Funktion, mit einer Kombination aus Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen, den Grundstein des avisierten Luftfahrtclusters zu legen und trägt damit maßgeblich zur weiteren Entwicklung des Gesamtstandortes bei. Es ist zudem davon auszugehen, dass die mit der Gebietsentwicklung einhergehenden Wertschöpfungseffekte für die Stadt Würselen und die Region den verbleibenden negativen Saldo aus der Entwicklungsmaßnahme deutlich übersteigen.

Zwischenzeitlich hat die Stadt Würselen im Jahr 2025 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes 182 einen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 243 sowie eine entsprechende Veränderungssperre beschlossen. Es ergeben sich insoweit erneute Änderungen in der planungsrechtlichen Grundlage des Aero-Parks 1.

Flächenentwicklung Aero-Park 2 und 3

Mit dem Aero-Park 2 und 3 südlich des Forschungsflugplatzes sollen weitere Gewerbeflächen im Umfang von 61 ha entwickelt werden. Dabei ist es beabsichtigt, im Bauabschnitt 2 schwerpunktmäßig eine ähnliche Mischung aus innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu realisieren, wie im Aero-Park 1, die vor Ort gemeinsam an neuen Technologien für die Luftfahrt forschen und neue Anwendungen in eine Produktion bringen sollen. Im Aero-Park 2 soll für die unmittelbar am Forschungsflugplatz angrenzenden Grundstücke ebenfalls ein Zugang zum Forschungsflugplatz gewährleistet werden. Der Aero-Park 3 soll insbesondere als Standort für eine serielle Fertigung der in den beiden anderen Bauabschnitten entwickelten Produkte sowie Zulieferer zur Verfügung stehen, sodass Wertschöpfungsketten vollständig am Standort Merzbrück abgebildet werden können.

Am 09.04.2025 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG nach umfangreichen Abstimmungen mit der Bezirksregierung Köln den Förderantrag für die Flächenentwicklung zwecks Einholung der Zustimmung diverser Landes- und Bundesgremien digital voreingereicht. Diese Verfahren konnten nun alle positiv zum Abschluss gebracht werden. Eine Förderbescheidübergabe ist noch für 2025 avisiert. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich dabei für einen Zeitraum von zehn Jahren (2025 bis 2035) auf über 89 Millionen Euro mit einem unter Berücksichtigung der Einnahmen aus Vermarktung verbleibenden Fördervolumen von nahezu 38 Millionen Euro abzüglich des Eigenanteils. Kurzfristig auf Basis der Meilensteinplanung des Projektes in den nächsten Monaten umzusetzen sind insbesondere das

städtebauliche Wettbewerbsmanagement und -verfahren, Artenschutz- und Verkehrsuntersuchungen sowie eine zielführende Vermarktungsstrategie für das Gesamtvorhaben.

Darüber hinaus hat die Sicherung sämtlicher im Aero-Park 2 und 3 liegenden Flächen eine hohe Priorität. Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG daher sehr intensiv mit dem Thema des Grunderwerbs der Entwicklungsflächen. Während die unmittelbar angrenzende am Forschungsflugplatz liegenden Flächen in einer Größenordnung von ca. 18 ha bereits seit 2015 im Eigentum der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG stehen, sind zunächst weitere 43 ha noch zu erwerben.

Der Gesellschaft ist zwischenzeitlich gelungen, davon über rund 13 ha Grundstückskaufverträge notariell zu beurkunden. Mit den Eigentümern einer Fläche von insgesamt ca. 16 ha steht die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG zudem in konkreten Ankaufsverhandlungen, so dass in Kürze von weiteren Kaufvertragsbeurkundungen auszugehen ist, da diese mit einem einvernehmlichen Verhandlungsergebnis abgeschlossen werden konnten. Zu den Restflächen von ca. 14 ha werden noch weitere Verhandlungsgespräche geführt.

Aviation-Innovation-Center

Als zentrale Infrastruktur des Aero-Parks 1 und des Innovation Village plant die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG gemeinsam mit der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) die Realisierung des Aviation Innovation Centers (AIC). Für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist es im Kontext des Aufbaus eines Aviation-Clusters von elementarer Bedeutung, neben der Vermarktung größerer Flächen für einzelne Unternehmen auch eine Infrastruktur für luftfahrt-affine Start-Ups, Scale-Ups und innovativen Mittelstand und damit einen schnellen sowie flexiblen Zugang zu Gewerbeflächen zu schaffen, um diese Unternehmen für den Standort zu gewinnen und entsprechende Wachstumspotenziale nutzbar zu machen. Das AIC soll diese Funktion übernehmen und als Innovation Hub zentrale Funktionen im Aero-Park 1 sowie im gesamten Rheinischen Revier übernehmen.

Durch Bau und Betrieb dieses rd. 11.000 m² umfassenden Gebäudes werden Start-Ups, KMU und Wissenschaft aus dem Bereich der Luftfahrt an einem Ort zusammengebracht und neue Kooperationen und Kollaborationen sowie Ideen und Innovationen entwickelt. Hierdurch entstehen neue Unternehmen und Skalierungseffekte, die für direkte und indirekte Arbeitsplatzeffekte in Würselen und der Region sorgen. Aufgrund der notwendigen Größe und Ausstattung des Vorhabens in Bezug auf das Gebäude und dessen Betrieb kann dieses nicht ohne Zugang zu Fördermitteln realisiert werden. Das Projekt ist zudem mangels Vereinbarkeit mit den diesbezüglichen Fördervorgaben nicht Teil des Förderantrages der Flächenentwicklung für den Aero-Park 2 und 3. Nach mehrjähriger Suche eines alternativen Förderzugangs für das Projekt konnten die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG und die Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) nunmehr einen Förderzugang im Wege einer kriteriengesteuerten Einzelfallentscheidung erwirken, sodass die einmalige Chance besteht, das Vorhaben mit einer Förderquote von 97,5 % in zwei Teilprojektphasen zu realisieren.

Das Planungsprojekt umfasst ein Volumen von 4,4 Mio. €, das Gesamtprojekt inklusive der Bauphase 45,5 Mio. €. Der Eigenanteil für das Gesamtfördervorhaben beträgt nach aktuellen Erkenntnissen voraussichtlich 1.136.406 € und soll über das vorhandene Kommanditkapital der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG bereitgestellt werden. Mit einer Genehmigung der ersten Projektphase wird zum Jahreswechsel 2025/2026 gerechnet.

Chancen und Risiken

Insgesamt ist festzustellen, dass sich das Geschäft der Gesellschaft in den Jahren 2025 ff. erheblich dynamisieren wird, da neben der Vermarktung der verbleibenden Flächen des Aero-Parks 1 mit dem Aviation-Innovation-Center und der 61 ha umfassenden Südflächenentwicklung zwei umfassende Großprojekte anstehen, um den Gesamtstandort insgesamt zu einem zielführenden Aviation-Cluster zu entwickeln.

Im Sinne einer an die Gesamtstandortentwicklung Merzbrück ausgerichteten Aufgabenwahrnehmung durch die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG strebt die Geschäftsführung in 2026 die Abbildung einer adäquaten personellen, räumlichen und technischen Struktur der Gesellschaft an.

Die wirtschaftliche Perspektive der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist neben dem bereits in der Vermarktung befindlichen Aero-Park 1 und den damit einhergehenden Korrekturen des Umlaufvermögens im Jahresabschluss 2024 somit von verschiedenen weiteren Großvorhaben geprägt, die im Sinne eines Wirtschaftsförderungsgedankens größtenteils keine Gewinnerwartungen mit sich bringen, sondern einen erheblichen Wertschöpfungseffekt für die Stadt Würselen und die Region erzeugen.

Wie im Anhang dargestellt ergibt sich aufgrund der derzeitigen Planung zum Ende des Planungshorizonts im Jahr 2037 unter der Annahme, dass die Gesellschafter keinen Ausgleich für die neuen Aufgaben der Gesellschaft erbringen, ein negatives Eigenkapital. In Folgejahren ist mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen. Weiterhin sind im Jahr 2030 Liquiditätsengpässe zu erwarten, die eine zusätzliche Finanzierung erforderlich machen.

Risiken ergeben sich dabei insbesondere aus dem Mobility-Hub. Baukostensteigerungen sowie etwaigen nicht förderfähigen Kosten in den Fördervorhaben AIC und Aero-Park 2/3.

Die Geschäftsführung möchte diesen Risiken folgt begegnen:

Mit der anstehenden Ausweitung der Tätigkeiten des Unternehmens und der Einwerbung von Fördermitteln für die südliche Flächenentwicklung und voraussichtlich weitere Geschäftsfelder (AIC) ergibt sich für die Gesellschaft absehbar eine andere Ausgangslage. In diesem Kontext werden Risiken aus der Gebietsentwicklung und Vorfinanzierung durch mögliche Förderungen teils deutlich reduziert, eine gewinnbringende Tätigkeit der Gesellschaft ist jedoch für diese Geschäftsfelder aufgrund der Fördersystematik ausgeschlossen.

Die Ertragslage des Unternehmens kann aufgrund der öffentlichen Zwecksetzung und der vorliegenden Aufgabenstruktur daher nur in nicht geförderten Geschäftsfeldern (z. B. durch rentable neue Investitionsvorhaben, Modernisierung der Bestandsimmobilien und Mietanpassungen) bzw. im Anschluss an das Auslaufen von förderrechtlichen Zweckbindungsfristen verbessert werden.

Chancen resultieren hier perspektivisch insbesondere aus stillen Reserven des AIC und zu erwägenden Investitionen der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG im Kontext der Gebietsentwicklung, die ggfs. Gewinnerwartungen mit sich bringen (z.B. Vermietung von Gebäuden, Hangarflächen etc.).

Aufgrund der Systematik, dass die Gesellschaft als auf Wirtschaftsförderungseffekte und zur Bekämpfung des Strukturwandels ausgerichtete Entwicklungsgesellschaft umfangreiche Wertschöpfungseffekte realisiert, die jedoch ertragssteigernde Effekte in den kommunalen Haushalten der Gesellschafter und nicht unmittelbar bei der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG bewirken, sind die Möglichkeiten des Unternehmens, die im Gesellschafterauftrag entstehenden wirtschaftlichen Risiken vollständig aus eigener Kraft auszuschließen eingeschränkt.

Aufgrund der o. a. Struktur und Zielsetzung der Gesellschaft ist jedoch davon auszugehen, dass diese wie in Vorjahren adäquat durch die Gesellschafter mit dem für die Aufgabenerfüllung benötigten Kapital ausgestattet wird. Die neuen Aufgabenbereiche werden, soweit sie nicht gewinnbringend sind, zudem nur realisiert/übernommen, wenn auf Grundlage eines einklagbaren Anspruchs gegenüber den Gesellschaftern ein entsprechender jährlicher Verlustausgleich erfolgt, was eine potenzielle Bestandsgefährdung deutlich relativieren kann.

Aus diesem Grund besteht eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können, und die Berichtsgesellschaft ist daher möglicherweise nicht in der Lage ist, im gewöhnlichen Geschäftsverlauf ihre Vermögenswerte zu realisieren sowie ihre Schulden zu begleichen.

3.4.2.5 Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH Merzbrück 216 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	https://www.forschungsflugplatz.de/
E-Mail	post@forschungsflugplatz.de
Telefon	02405/73597
Telefax	02405/73390

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Beteiligung ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück. Hierzu zählen insbesondere die Bereitstellung und der Betrieb der erforderlichen Infrastruktur zu Zwecken der Forschung und Lehre, des Wissenstransfers und der Verwertung von Forschungsergebnissen sowie die Erarbeitung und Realisierung einer Gesamtkonzeption zur Nutzung des Verkehrslandeplatzes für innovative Luftfahrtkonzepte und verwandte Forschungsgebiete. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht sowie flugwissenschaftlichen Forschungszwecken. Des Weiteren ist Gegenstand des Unternehmens die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere Grundstücke erwerben, die für die Verfolgung des Geschäftszwecks erforderlich oder nützlich sind, mit anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen sowie solche gründen oder erwerben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt sowie die Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen gewährleistet. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023		2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	7.521	7.725	-204	Eigenkapital	307	307	0
Umlaufvermögen	769	728	41	Sonderposten	3.311	3.254	57
				Rückstellungen	598	772	-174
				Verbindlichkeiten	4.086	4.127	-41
Aktive Rechnungsabgrenzungen	12	13	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	6	-6
Bilanzsumme	8.302	8.465	-164	Bilanzsumme	8.302	8.465	-164

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Veränderung 2024 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	440	411	30
3 Sonstige betriebliche Erträge	657	251	405
4 Materialaufwand	-6	-4	-2
5 Personalaufwand	-343	-322	-21
6 Abschreibungen	-217	-220	4
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-372	-270	-102
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	0	6
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-180	-172	-7
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	15	-23	37
11 Ergebnis nach Steuern	1	-349	350
12 Sonstige Steuern	-1	-1	-0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-350	350

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2024:

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Unter die öffentliche Aufgabe der Mobilitäts-, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung durch die Forschungsflugplatzgesellschaft fällt auch die Bereitstellung und der Betrieb eines für die Bewohner der Region und die ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen erreichbaren Verkehrslandeplatzes, auf dem Flugzeuge starten und landen können. Der Betrieb eines solchen Verkehrslandeplatzes durch die Gesellschaft dient insbesondere der Sicherstellung von möglichst schnellen und effizienten Personentransportmöglichkeiten sowie der Erforschung und Erprobung alternativer Mobilitätskonzepte und -antriebe.

Neben den originären Tätigkeiten sowie aufgrund der öffentlichen Förderung des Ausbaus zum Forschungsflugplatz ist die Gesellschaft verpflichtet, den Verkehrslandeplatz auch zu Forschungszwecken zur Verfügung zu stellen. Er steht in dieser Funktion insbesondere der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, der Fachhochschule Aachen und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt – DLR - für wissenschaftliche Studien und Forschungszwecke zur Verfügung.

Insbesondere der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und die damit verbundene Steigerung der Bedeutung des Mobilitäts- und Technologiestandortes führt gleichzeitig zu einer hohen Verantwortung der Gesellschaft zugunsten der nachhaltigen Sicherung der Infrastruktur.

Der Flugplatz ist gem. § 49 Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) von 1964, zuletzt geändert am 12.12.2019, ein Landeplatz des allgemeinen Verkehrs. Landeplätze sind Flugplätze, die nach Art und Umfang des vorgesehenen Flugbetriebs einer Sicherung durch einen Bauschutzbereich nach § 12 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) nicht bedürfen und nicht nur als Segelfluggelände dienen. Gem. § 12 Abs. 4 i.V. mit § 17 LuftVG wurde jedoch für Merzbrück ein beschränkter Bauschutzbereich nach Maßgabe der Luftaufsichtsbehörde im Rahmen der Planfeststellung zugunsten des Ausbaus des Platzes festgesetzt. Aufgrund der Einstufung unterliegt der Flugplatz einer Betriebspflicht nach § 45 LuftVZO. Dabei ist ein betriebssicherer Zustand zum ordnungsgemäßen Betrieb vorzuhalten.

Der Forschungsflugplatz ist Schwerpunktlandeplatz, das heißt ein Luftverkehrsstandort für Luftfahrzeuge bis 5,7 t Abfluggewicht zur Abwicklung des Mittelstreckenverkehrs zu Zielen im In- und Ausland. Der Forschungsflugplatz verfügt über eine asphaltierte Piste von 1.160 m Länge und 18 m Breite bei einer für Start und Landung verfügbaren Länge in Bezug auf die versetzten Schwellen (07 und 25) von 947 m.

Die in der Vergangenheit durchschnittlich 45.000 Flugbewegungen pro Jahr (Basis: Mittelwert aus den Jahren 2018, 2019, 2021 und 2023) konnten im Berichtsjahr mit ca. 45.300 Flugbewegungen weiter bestätigt werden.

Der Platz ist Landesleistungsstützpunkt für Segelflug in NRW und mit einer 935 m langen Flugzeug- und Windschleppbahn mit Kunststoffgitterplattenbelag sowie mit einer 610 m langen schotterrasenbefestigten Segelfluglandebahn ausgestattet. Dem Prädikat des Landesleistungsstützpunktes gerecht werdend, wurde für den Segelflugbetrieb weitgehend auf lärm- und emissionsarmen Elektrowindenbetrieb umgestellt.

Die befestigten Flugplatzbetriebsflächen betragen 45.000 m², die Gesamtfläche des Flugplatzes beträgt 38 Hektar.

Der Forschungsflugplatz ist an 365 Tagen des Jahres von 9:00 Uhr bis 20:30 Uhr (Sommer) bzw. bis 30 Minuten nach Sonnenuntergang (Winter) geöffnet.

Auf Antrag besteht die Möglichkeit Flüge außerhalb der regulären Öffnungszeiten von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr und von 20:30 Uhr bis 22:00 Uhr abzufertigen. Insgesamt steht der Flugplatz an circa 3.700 Stunden pro Jahr den Nutzern zur Verfügung.

Es können folgende Luftfahrzeuge betrieben werden:

- Flächenflugzeuge mit Propellerantrieb bis zu max. 5,7 t,
- Hubschrauber bis zu einem Gewicht von max. 5,7 t,
- selbststartende Motorsegler, Segelflugzeuge mit Motor eigenstartfähig,
- nicht selbststartende Segelflugzeuge und Motorsegler im Flugzeug- und Windenstartverfahren,
- dreiachsgesteuerte Ultraleichtluftfahrzeuge,
- Luftschiffe und Ballone.

Geschäftsverlaufs

Flugbewegungen

Im Geschäftsjahr konnte die bisherige Auslastung in Bezug auf Flugbewegungen bestätigt werden. Insgesamt wurden ca. 45.300 (2023 – 44.200; 2022 - 55.200; 2021 - 43.771) Flugbewegungen von Motorflugzeugen und ca. 3.200 (2023 – 3.200; 2022 - 2.895; 2021 - 2.408) Starts von Segelflugzeugen registriert. Dabei wurden 2.472 Windenstarts, 509 Flugzeugschlepps sowie 208 Eigenstarts notiert.

Die Einnahmen aus den Start-, Lande- sowie Nutzungs- und Abstellentgelten decken die Ausgaben der Gesellschaft nicht. Dennoch konnte mit einem Wert von T€ 440 eine Umsatzerlössteigerung gegenüber dem Vorjahr (T€ 411) erreicht werden.

Personal

Für TVöD-angelegte Löhne und Gehälter wurden im Berichtsjahr T€ 275 (2023: T€ 252) sowie für soziale Abgaben T€ 67 (2023: T€ 70) aufgewendet.

Rechts- und Beratungskosten

Die im Zusammenhang mit der Umstellung der Geschäftsstruktur bedingte Gestaltung des steuer- und rechtssicher aufzustellenden Wirtschaftssystems bedingte eine intensive juristische Begleitung, die den ursprünglich kalkulierten Kostenfaktor erheblich überschritt. Gleichzeitig erhöhten notwendige Gutachten im Zusammenhang mit der sicherheits- und klimarelevanten Ertüchtigung der Flugplatzfläche (insbes. Entlastungsrollwege) sowie juristische Verfahren im Zusammenhang mit der Anwendung der aktuellen Entgeltordnung und der Gestaltung einer neuen Entgeltordnung den ursprünglich angesetzten Wert.

Diese Faktoren waren maßgeblich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf T€ 372 (2023: T€ 270).

Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse (T€ 440) und die sonstigen betrieblichen Erträge (T€ 657) der Gesellschaft bestehen insbesondere aus Lande-, Nutzungs- und Abstellentgelten, Pachteinahmen, Provisionserlösen im Zusammenhang mit dem Agenturvertrag mit TotalEnergies, Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit sowie den Ausgleichsleistungen der Gesellschafter. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse von T€ 122 enthalten.

Unter Berücksichtigung des Materialaufwands (T€ -6) ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Rohergebnis in Höhe von T€ 1.091 (2023: T€ 658). Die Steigerung des Rohergebnisses um T€ 433 ist im Wesentlichen auf die geänderten Regelungen der Kostenbezuschung bzw. des Verlustausgleichs

durch die Gesellschafter zurückzuführen. Die entsprechenden Beiträge der Gesellschafter stiegen im Berichtsjahr 2024 um T€ 384 auf T€ 511.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen (T€ -343), der nahezu konstanten Abschreibungen des Berichtsjahres (T€ -217), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ -372) sowie des Finanzergebnisses (T€ -173) ergibt sich ein Vorsteuerergebnis für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von T€ -14 (2023: T€ - 326) und ein Jahresergebnis von T€ 0 (2023: T€ -350).

Prognose, Chancen und Risiken

Der Forschungsflugplatz Würselen-Aachen ist Deutschlands westlichster Verkehrslandeplatz mit besonderer Lagegunst im Dreiländereck und unmittelbar am Autobahnkreuz Aachen gelegen. Aufgrund der zentralen europäischen und regionalen Lage hat er eine überregionale inter- und multimodale Mobilitätsbedeutung.

Für die umgebende gewerbliche Standortentwicklung ist er „Motor der Wirtschaft und Wissenschaft“ zur Erforschung, Erprobung und Produktion neuer, emissionsarmer Kleinflugzeugtechnologien und -antriebe.

Der Forschungsflugplatz ist Nukleus des Ausbaus eines wissenschaftlichen und technischen Exzellenzclusters und fokussiert die für die Transformation der Luftfahrt notwendigen Entwicklungen und Innovationen, indem insbesondere mit den Projekten „Entwicklungsstrategie für den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück (EVA)“ und „Klimaneutrale Energieträger für die Luftfahrt von morgen (KELUM)“ nachhaltige Maßnahmen und Angebote für die Luftfahrt fokussiert sind und dabei Wertschöpfung, Arbeitsplatzschaffung und der Strukturwandel aktiv mitgestaltet werden.

Insbesondere für die Absolventen der beiden Aachener Hochschulen sollen Perspektiven u.a. als Start-up vor Ort geschaffen werden, um dem regionalen betrieblichen und akademischen Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Der Gesamtstandort wird die Transformation der Luftfahrt wesentlich mitgestalten und neue Lieferketten, Geschäftsmodelle, Marktchancen und Produktentwicklungen ermöglichen und dabei wegbrechende Arbeitsplätze an anderer Stelle kompensieren.

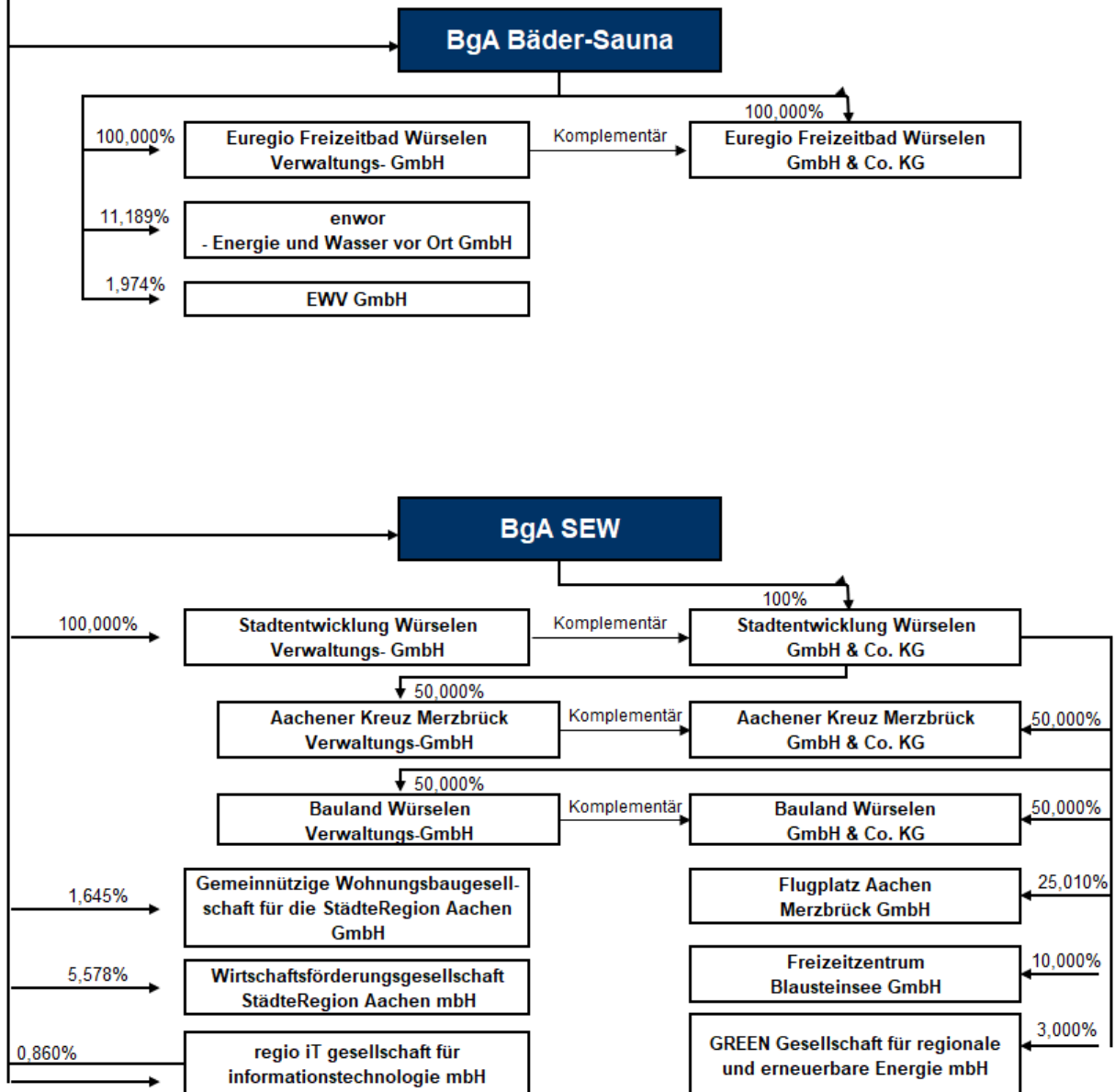
Der Fokus, am Standort neue Luftfahrttechnologien und -produkte zu entwickeln und zu erproben, verbindet einen positiven Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen.

Aufgrund bestehender starker und potenzieller Partnerschaften insbesondere zur regionalen Energiebranche und zur Wissenschaft (STAWAG, regio-Netz, RWTH Aachen, FH Aachen, FZ Jülich, DLR, FEV, u.a.) sollen sich Synergien bei der Qualifizierung des Luftfahrtstandorts (z.B. H₂, SAF, etc.) ergeben. Dabei können erzielte umweltrelevante Effekte (Klima, Lärm) modellhaft auf andere Verkehrslandeplätze übertragen werden.

Investitionen in Strategien und anschließende Umsetzungen neuer Technologien vor Ort erfordern erhebliche finanzielle Unterstützung. Knappe Fördermittel und zeitraubende Antragsverfahren können die innovative, nachhaltige und zeitnahe Qualifizierung des Forschungsflugplatzes und damit auch die wirtschaftlichen Potenziale des Standortes und seine Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Die Gesellschaft geht von der weiteren Unterstützung der Gesellschafter aus, um den Unternehmenszweck erfüllen zu können.

f. Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen

Stadt Würselen



g. Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen

Stand: August 2025

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Nießen	Roger	Bürgermeister	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vertreter	
envor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Beirat	Vertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Regio IT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Lärmschutzbeirat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Verbandsversammlung	Vorsitzender	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	
	Verwaltungsrat	Vertreter	
RegioEntsorgung AöR	Beirat	Vertreter	
EU REGIO Verkehrsschiennetz GmbH	Generalversammlung	Vertreter	
KoPart eG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH	Arbeitsgemeinschaften	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
	Regionalbeirat	Vertreter	
GVV Kommunalversicherung VAaG	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Deutsch-Französische Freundschaftsgesellschaft e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Burkina Faso / Reô e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
	Vorstand	Vertreter	
Komitee Würselener Kameval	Komitee Würselener Karneval	Vorsitzender	
Grünmetropole e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Förderverein Haus des Grenzlandkarnevals e.V.	Vorstand	Vertreter	
Spiritaner-Stiftung	Kuratorium	Vertreter	
	Beirat	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Strohkötter	René	Erster Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedenschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
	Vorstand	Stellvertreter	
	Mitgliederversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Ohlmann	Heike	Technische Beigeordnete	Verwaltung
Mitgliedenschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
EWV - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Beirat	Vertreter	
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städtereion Aachen mbH	Baukommission	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	AVV Beirat in der StädteRegion Aachen	Vorsitzende	
Zweckverband RegioEntsorgung	Ausschuss für Strukturfragen	Vertreter	
ÖPNV ASEAG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Netzbeirat STAWAG	Beirat	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kaiser	Alexander	Kämmerer	Verwaltung
Mitgliedenschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Beginn	Organ	Funktion	
regio IT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benend	Guido	Landwirt	CDU
Mitgliedenschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
enwor-energie & wasser vor Ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benja	Michaela	Qualitätsmanagementbeauftragte	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreterin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Hans	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
VfR Würselen 1911		Ehrenvorsitzender	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Markus	Angestellter	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
VfR Würselen 1911		Vorsitzender	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Claßen	Melanie	Leitung Rechnungswesen	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Kulturstiftung Würselen	Stiftungsrat	Vertreterin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Debray	Tobias	Jurist	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Drabent	Hans-Peter	Pensionär	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Vorstand	Vertreter	
Seniorenunion Würselen		Vorsitzender	
Behindertensportclub Würselen	Vorstand	Mitglied	
CDA Würselen		kommissarischer Vorsitzender	
Kreuzverein Würselen	Vorstand	Mitglied	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Dumke	Andreas	Math. Techn. Assistent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
Netzbeirat STAWAG	Beirat	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand	Vertreter	
Förderverein Asyl		Mitglied	
Wir in Würselen		Mitglied	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Eck	Alexander	Finanzbeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter	
Interessengemeinschaft Eucherer Hauptkimmis		Vorsitzender	
Interessengemeinschaft Dorfhäuser Euchen		Vorsitzender	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Franzen	Heiko	Leiter Qualitätsmanagement und Arbeitssicherheit	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Anna	Dekanatsassistentin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Max	Referent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Städtische Kindertageseinrichtung "In der Dell-		Trägervertreter	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahn	Winfried	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
KG Au Ülle		Stellv. Vorsitzender	
Rhenania Würselen		Ehrenrat	
Bissener Bürgerverein		Vorsitzender	
Bissener Maigesellschaft		Mitglied	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahn	Yvonne	Fallmanagerin Rehabilitation	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreterin	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Haus- & Wohnungseigentümerverein Nordkreis e.V.		Mitglied	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Havers	Peter	Unternehmensberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Zweckverband VHS Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Stellvertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Janas	Erwin	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
KZV R 174 Würselen-Scherberg		Vorsitzender	
Landesverband des Rheinischer Rasse-Kaninchenzüchter e.V.		Stellv. Vorsitzender	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jawher-Özkesemen	Demet	Angestellte/Leiterin Sozialamt	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Landesintegrationsrat NRW	Vorstand	Mitglied	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jochmann	Michael	Dipl. Ingenieur E-Technik/Projektleitung	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter	
Bürgersolaranlage Richterich GbR mbH			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Christoph	Leitung des Amtes für Recht und Versicherungen, Geschäftsführung, Lehrbeauftragter	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Claudia	Dipl. Sozialarbeiterin	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	
Biene e.V.	Vorstand	Mitglied	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kummann	Jörg	Pflegedirektor	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Pflegekammer NRW			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Lohmann	Josefine	Rentnerin	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand	Vertreterin	
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Mitglied	
Städtereionstag			
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.		Geschäftsführerin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Mimberg	Marietheres	Untermehmensberaterin	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreterin	
CoWorkLand eG Genossenschaft			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Parschmann	Hans-Bemid	Rentner	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Reuters	Alfred	Dipl. Designer	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Türöffner e.V.			
Metropolis e.V.			
Gesellschaft für Zeitgenössische Kunst und Gegenwartskultur			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Scherberich	Theo	Rentner	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Karl-Jürgen	Rechtsanwalt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender und Vertreter	
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter und stellv. Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
	Lärmschutzbeirat	Stellvertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
St. Hubertus Schützenbruderschaft Würselen - Scherberg 1894 e.v.		Vorsitzender	
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Vorstand	Vertreter	
Verein zur Förderung des Scherberger Maibrauchtums			
KG Au Ülle		Senat	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Sven Karl	Baufinanzierungsberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
SKS Consultings		Geschäftsführer	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schüppen-Büttgen	Brigitta	Lehrkraft für Pflegeberufe	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Sieben	Anne	Rentnerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreterin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thielen	Ferdi	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thorand	Dagmar	Steuerberaterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Mensaverein Würselen e.V.		Vorsitzende	
Reitverein Gut Klösterchen		Kassiererin	
Gynergie e.V.		Vorsitzende	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tirtey	Bathasar	Polizeibeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Stellvertreter	
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Vorstand	Vertreter	
1. Würselener Kamevalsverein 1928			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tremöhlen	Heike	Hauswirtschaftsleitung	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Vertreterin	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Voigt-Küppers	Eva-Maria	Rentnerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH Köln	Aufsichtsrat	Mitglied	
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen	Aufsichtsrat	Mitglied	
Der Sommerberg AWO Vertriebsgesellschaft mbH Rösrath	Aufsichtsrat	Mitglied	
DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH Köln	Aufsichtsrat	Mitglied	
DRK Ortsverband Würselen		Stellv. Vorsitzende	
Wir in Würselen	Vorstand	Mitglied	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung	Vorstand	Mitglied	

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Wetzstein	Wolfgang	Medizinisch-Techn. Assistent	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Woltery	Lukas	Steuerberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vertreter	
Netzbeirat STAWAG	Beirat	Vertreter	
HC Weiden 2018 e.V.	Vorstand	Mitglied	
Weidener Turnverein 1869 e.V.			
St. Sebastianusschützen Bardenberg e.V.			
Heimatverein Bardenberg e.V.			
Förderverein Kindergarten Peter und Paul Bardenberg e.V.			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Ziegenhagen	Nicole	Senior Consultant	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Weidener Sportverein			

6 Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$$

Zum einen stellt die Eigenkapitalquote das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in einem Unternehmen dar und zum anderen repräsentiert sie den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. In der Regel kann ein Unternehmen mit einer höheren Eigenkapitalquote Krisen oder andere negative Entwicklungen besser abfedern, da es über eigene Rücklagen verfügt. Deshalb dient die Eigenkapitalquote dazu, Kapitalkraft, finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens zu bewerten. Eine Eigenkapitalquote über 20 % ist im Regelfall positiv zu bewerten, ab 30 % oder mehr ist der Eigenkapitalanteil als „gut“ einzuschätzen.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100 / \text{Eigenkapital}$$

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Rendite des eingesetzten Eigenkapitals an. Sie misst die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens. Ein Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalrentabilität ist im Vergleich zu anderen Firmen aus der gleichen Branche als ein erfolgreiches bzw. wirtschaftliches Unternehmen anzusehen.

$$\text{Anlagedeckungsgrad II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / (\text{Anlagevermögen} + \text{ständig gebundenes Umlaufvermögen})$$

Der Anlagedeckungsgrad II gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Beträgt der Deckungsgrad II bspw. 80 %, bedeutet dies, dass 80 % des Anlagevermögens langfristig finanziert sind und dementsprechend die übrigen 20 % kurzfristig finanziert werden müssen.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \text{Fremdkapital} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Der Verschuldungsgrad bezeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital. Er informiert über die Verschuldung eines Unternehmens. Zu einem Unternehmensziel gehört es, den Verschuldungsgrad so gering wie möglich zu halten.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \text{Gewinn} / \text{Umsatz} \times 100$$

Die Umsatzrentabilität beschreibt, welche Summe ein Unternehmen im Vergleich zum Umsatz verdient hat. Grundsätzlich können aus der Veränderung und Entwicklung der Umsatzrentabilität Rückschlüsse gezogen werden und die Effizienz abbilden. Eine Steigerung kann daraufhin deuten, dass die Produktivität des Unternehmens steigt. Bei einer sinkenden Umsatzrentabilität kann von einem Produktivitätsabfall ausgegangen werden.

7 Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AGIT	Aachener Gesellschaft für Innovations- Technologietransfer mbH
AZUBI	Auszubildende
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHKW	Blockheizkraftwerk
EBIT	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand – ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen- (Earnings before Interest and Taxes) –
EBITDA	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand –ohne Zinsanteil der Zu-führung zu Pensionsrückstellungen- und Abschreibungen – incl. auf Finanzanlagen – (Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization)
EBT	Ergebnis vor Steuern (Earnings before Interest)
EK	Eigenkapital
enwor	enwor – energie und wasser vor ort GmbH
e.V.	eingetragener Verein
EWV	Energie- und Wasser-Versorgung GmbH
FAM	Flughafen Aachen-Merzbrück GmbH
FGA e.V.	Fluggemeinschaft Aachen e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen
GWh	Gigawattstunden
HGB	Handelsgesetzbuch
IHK	Industrie- und Handelskammer zu Aachen
KG	Kommanditgesellschaft
kWh	Kilowattstunden
MKJFGFI	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MWh	Megawattstunden
NRW	Nordrhein-Westfalen
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SEW	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH
WWV	Wärmeversorgung Würselen GmbH
ZAR	Zukunftsinitiative im Aachener Raum e.V.

Amt 20
Finanzen und Controlling

Herausgeber:
Stadt Würselen
Morlaixplatz 1
52146 Würselen